# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

## 22. Wahlperiode

## 17. Sitzung vom 21. September 2026

---

### Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis


| | | |
|---|---|---|
| 1. | Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte | S. 3 |
| 2. | Nachruf auf KommR Heinz Sramek, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter a.D.;<br>Mag. Franz Karl, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter a.D., Vierter Vorsitzender des Wiener Gemeinderates a.D.;<br>Mag. Helga Seeliger, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete a.D. | S. 3 |
| 3. | VER-1069241-2026-KFP/VG:<br>Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr. Michael Ludwig zum Thema "Das System Ludwig fördert Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft und mangelnde Transparenz in der Wiener Stadtverwaltung!" | S. 4 |
| 4. | Mitteilung des Einlaufs | S. 4 |
| 5. | VER-1069241-2026-KFP/VG:<br>Debatte zum Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zu unter Punkt 3. genanntem Thema | |
| | Rednerinnen bzw. Redner: | |
| | StR Dominik Nepp, MA | S. 4 |
| | GR Harald Zierfuß | S. 7 |
| | GR Markus Ornig, MBA | S. 9 |
| | StRin Mag. Judith Pühringer | S. 10 |
| | GR Mag. Josef Taucher | S. 13 |
| | GR Hannes Taborsky | S. 15 |
| | GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović | S. 17 |
| | GR Georg Prack, BA | S. 19 |
| | GR Maximilian Krauss, MA | S. 21 |
| | GR Jörg Neumayer, MA (tatsächliche Berichtigung) | S. 22 |
| | GRin Waltraud Karner-Kremser, MAS | S. 23 |
| | GRin Mag. Mag. Julia Malle | S. 24 |
| | StRin Mag. Ulrike Nittmann | S. 26 |
| | GR Michael Niegl | S. 27 |
| | GR Michael Stumpf, BA | S. 29 |
| | GR Lukas Brucker, MA | S. 31 |
| | GR Jörg Neumayer, MA (tatsächliche Berichtigung) | S. 33 |
| | GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc | S. 33 |
| | GRin Angela Schütz, MA | S. 36 |
| | GR Andreas Bussek | S. 38 |
| | GR Christian Deutsch | S. 39 |
| | GR Maximilian Krauss, MA | S. 40 |
| | GR Dr. Sascha Obrecht | S. 40 |
| | Abstimmung | S. 42 |
| 6. | Ordnungsruf an GR Michael Niegl | S. 29 |

*(Beginn um 9.01 Uhr.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, die Plätze einzunehmen, die Gespräche einzustellen und die Türen zu schließen.

Die 17. Sitzung des Wiener Gemeinderates ist eröffnet.

Ganztägig verhindert sind GR Arsenovic, GRin Hanke, GR Mag. Kowarik, GRin Dr. Laschan, GR Lugner, GRin Mag. Mautz, VBgm.in Mag. Emmerling und Amtsf. StR Hacker. Zeitweise verhindert sind GR Neumayer, GRin Mag. Rezaei und GR Felix Stadler.

Bevor wir mit dem Thema beginnen, darf ich kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über den Sommer sind drei ehemalige Mitglieder unseres Hauses verstorben.

Heinz Sramek wurde 1941 in Wien geboren, mitten in bewegte Zeiten hinein. Heinz hat sein Leben lang bewiesen, dass man aus schwierigen Anfängen etwas Verlässliches bauen kann. Einerseits hat Heinz mit großer Leidenschaft ein Bus- und Reiseunternehmen aufgebaut, andererseits hat er sich politisch in der SPÖ engagiert. Neben zahlreichen politischen Funktionen in seinem Heimatbezirk Brigittenau war er von 1986 bis 1999 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Gemeinderates.

Wer ihn kannte, beschreibt ihn nicht als lauten Redner, sondern als jemanden, der zunächst genau zuhörte und dann eine Antwort gab - eine Eigenschaft, die in unserer heutigen Politik seltener geworden ist, als sie sein sollte. Seine Brigittenau, wie er sie nannte, war sein Zuhause und sein Wirkungsfeld zugleich. Als langjähriger Vorsitzender der Pensionistenorganisation im Bezirk hat er die Menschen mit Reisen, Kulturfahren, Ausflügen, gemeinsamen Nachmittagen und ähnlichen Veranstaltungen zusammengebracht. Damit hat er auch seine Mission, nämlich die Gemeinschaft im Bezirk zu stärken, zu organisieren und zu pflegen, mit großem Herzen erfüllt.

Genau das ist das Fundament unserer Stadt: nicht nur die große Bühne, sondern die tausend kleinen Begegnungen und Gespräche, die einen Bezirk erst zur Heimat machen und die Menschen zusammenbringen. 2001 wurde GR a.D. KommR Heinz Sramek mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien geehrt.

Mit Heinz Sramek verlieren wir einen aufrechten Sozialdemokraten, der sich mit großer Leidenschaft für die Menschen eingesetzt hat. Er war ein Mensch, der Verantwortung gelebt hat und stets das Gemeinsame vor das Trennende stellte. KommR Heinz Sramek ist am 27. Juni 2026 verstorben.

Mag. Franz Karl wurde 1943 in Klosterneuburg geboren, aber bald zog es ihn nach Wien. Nach der Matura und dem Studium an der Universität Wien ging er 1966 in den Schuldienst und unterrichtete ab 1967 am Realgymnasium Hegelgasse.

Politisch war Mag. Franz Karl durch und durch ein Meidlinger. Als Bezirksparteiobmann der ÖVP Meidling und später als deren Ehrenobmann prägte er das Bezirksleben über Jahrzehnte mit. Von 1987 bis 2001 war er Abgeordneter im Wiener Landtag und im Gemeinderat und bekleidete dabei von 1995 bis 2001 das Amt des Vierten Vorsitzenden dieses Hauses, das er mit Überparteilichkeit, Fairness und Umsicht ausgefüllt hat.

Doch wer Franz Karl auf seine Parteifunktionen reduziert, greift viel zu kurz. Sein eigentliches Lebensthema und seine große Leidenschaft war der Einsatz für Menschen mit Behinderungen und für die älteren Generationen. Zwei Jahrzehnte lang, von 1996 bis 2017, war er Präsident des Wiener Behindertensportverbandes, dazu Vorstandsmitglied des Österreichischen Paralympischen Committees, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Muskelkranke und zuletzt Präsident der Selbsthilfegruppe Polyneuropathie.

Das ist die wahre Landkarte von Franz' Leben: sich konsequent für jene einzusetzen, deren Stimme im öffentlichen Diskurs sonst oft zu leise bleibt. Diese Haltung von Franz Karl wurde mehrfach gewürdigt: mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien 2002 und im Juni 2024 mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Mag. Franz Karl war über Parteigrenzen hinweg unumstritten und ein Vorbild für viele Nachfolgende. Er ist am 30. Juni 2026 für immer von uns gegangen.

Mag. Helga Seeliger ist am 23. Juli 2026 im 87. Lebensjahr verstorben. Helga Seeliger wurde 1939 in Linz geboren und gehörte von Juni 1994 bis November 1996 dem Wiener Landtag und Gemeinderat an. Politisch war sie in Liesing sowie in der Gewerkschaft verwurzelt. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen besonders die Pflege, die Gesundheit und der Sozialbereich.

Die Wiener Pflegeheime und Krankenanstalten, die Versorgung von Menschen mit Behinderungen sowie gute Rahmenbedingungen für Beschäftigte waren für sie zentrale Anliegen. Auch Fragen rund um die Drogenhilfe und die Pflegeberufe beschäftigten sie intensiv. Hinter all diesen Themen sah sie immer die Menschen - PatientInnen, BewohnerInnen und Angehörige sowie jene, die tagtäglich Verantwortung für andere übernehmen. Dieses Engagement prägte auch ihr berufliches Leben. Als Betriebsratsvorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und als Zentralbetriebsrätin im ÖGB setzte sie sich mit Nachdruck für die Interessen der ArbeitnehmerInnen ein.

Helga Seeliger war eine Politikerin mit starkem sozialen Gewissen. Parteipolitische Unterschiede gehörten für sie auch wegen ihrer christlich-sozialen Einstellung zur Demokratie. Die Verantwortung für Menschen stand jedoch im Zentrum ihres Handelns. Diese Werte sind gerade auch heute für Wien entscheidend. Lebensqualität zeigt sich auch darin, wie wir mit jenen umgehen, die Unterstützung, Pflege und Schutz brauchen. Für ihr Engagement wurde sie unter anderem mit dem Leopold-Kunschak-Anerkennungspreis ausgezeichnet.

Im Namen des Wiener Gemeinderates spreche ich den Familien der drei Verstorbenen und den ihnen Na-

hestehenden unser tief empfundenes Beileid aus. Wien wird KommR Heinz Sramek, Mag. Franz Karl und Mag. Helga Seeliger ein ehrendes Andenken bewahren. Ich darf Sie nun um eine Minute des Gedenkens bitten. - Vielen Dank.

Vom Klub der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates zum Thema "Das System Ludwig fördert Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft und mangelnde Transparenz in der Wiener Stadtverwaltung!" eingebracht. Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs. 4 der WStV in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderates auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden sowie keine Fragestunde, keine Aktuelle Stunde und keine dringliche Initiative stattfinden.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen 61, des Grünen Klubs im Rathaus zwölf und des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 25 schriftliche Anfragen eingelangt sind.

Von den GemeinderätInnen Keri, Zierfuß, Hungerländer, Dipl.-Ing. Olischar, Korosec, Taborsky, Mayer, Gorlitzer, Edelmann, Flicker, Felix Stadler, Mag. Mag. Malle und Mag. Berner wurde ein Ersuchen an den Stadtrechnungshof gemäß § 73f Abs. 1 der WStV betreffend Summer City Camps eingebracht. Dieses Prüfersuchen wurde an den Stadtrechnungshof weitergeleitet.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Ich eröffne die Debatte. Zur Begründung und als Erstredner ist Herr StR Nepp zu Wort gemeldet. 30 Minuten Redezeit. - Bitte schön.

StR Dominik **Nepp**, MA: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, vor allem sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben ihn zwar verzögern können, aber er war unausweichlich, nämlich der Tag der Abrechnung mit Ihrem System Ludwig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir hätten ja gerne schon im Sommer darüber gesprochen. Es wäre auch möglich gewesen, dass Sie diesen Gemeinderat im Sommer tagen lassen. Da wäre es ja auch aktuell gewesen. Sie wissen als profunder Kenner der Wiener Stadtverfassung ja selber, dass der Gemeinderat im Sommer keinen Urlaub hat und eigentlich ständig tagt, sofern es notwendig ist. Sie haben damals anscheinend gemeint, dass es nicht notwendig ist, über diese Skandale und Verfehlungen zu reden.

Aber nicht jedes Übel kommt zu Schaden für uns, denn es hat sich herausgestellt, dass das ja längst nicht alles war und sich die Skandale dann ja Woche für Woche auch noch überschlagen haben. Wenn man jetzt von Anfang an beginnt, so beginnt es mit dem Marktamt. Es beginnt mit den Volkshochschulen, es beginnt mit den Ludwig-Ruck-Files, die ja auch den Skandal um die AUVA beinhalten. Es sind die Aussagen von Herrn Ernst Nevrivy, wonach er die Gemeindebauten verklopfen will, und der Takeda-Skandal, bei dem der Stadt Investitionen durch die Lappen gegangen sind. Jetzt am Ende dieser Skandalserie, die Sie unter Ihrer Bürgermeisterschaft hier zu verantworten haben, kommt das Chaos rund um die Wien Holding Arena, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jeder dieser einzelnen Skandale muss selbstverständlich einzeln aufgeklärt werden. Wenn aber in völlig unterschiedlichen Bereichen in der Stadt Wien immer wieder Machtmissbrauch, politische Netzwerke, korrupte Postenbesetzungen, Einflussnahme auf Beamte und mangelnde Kontrolle auftauchen, dann kann man nicht mehr von Einzelfällen sprechen, sondern es gibt hier ein System, in dem Bgm Ludwig der Mittelpunkt ist. Deswegen ist es das System Ludwig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir kennen das ja schon von vorangegangenen Skandalen. Da wird die Verantwortung dann immer auf irgendeinen Abteilungsleiter, der vielleicht etwas schlecht gemacht hat, oder auf irgendeinen Funktionär, der vielleicht einen Blödsinn geredet hat, abgeschoben. Ich erwarte mir aber von einem Bürgermeister, dass er, wenn es um Skandale in seiner eigenen Partei geht und sich das auf die Stadt Wien auswirkt, auch politische Verantwortung übernimmt. Nur das wäre redlich gewesen. Sie haben es aber wieder nur geschafft, unterzutauchen, zu verzögern und zu verschleiern.

Genau deswegen haben wir im Sommer auf Grund der Nichteinberufung des Sondergemeinderates auch eine Sachverhaltsdarstellung eingebracht, weil wir selbstverständlich befürchten müssen, dass hinsichtlich der AUVA Akten verschwinden oder vielleicht zerstört werden, bei denen es ja Einseiter, die hin- und hergeschoben wurden, sowie sonstigen E-Mail-Verkehr im Hintergrund gegeben hat. Dementsprechend haben wir Anzeige eingebracht und haben auch recht behalten. Die Staatsanwaltschaft hat ja bestätigt, dass hier auch im Sinne eines Anfangsverdachtes zu ermitteln begonnen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gehen wir es chronologisch durch. Im Juli gab es im Bereich des Marktamtes schwere Vorwürfe hinsichtlich Mobbing und Machtmissbrauch. Sie haben geschwiegen, frei nach dem Motto: Füße stillhalten, der Sturm wird ohnehin vorbeiziehen. Es haben sich wirklich zahlreiche Mitarbeiter bei uns zu Wort gemeldet. Ich möchte mich bei denjenigen, die den Mut gefasst haben, zu uns gekommen sind und uns Informationen gegeben haben, herzlich bedanken, denn sonst wäre dieser Skandal - vor allem im Bereich des Marktamtes - wieder vertuscht worden. Wir werden auch noch schauen, welche Rolle Frau Emmerling hier spielt, seit wann sie davon gewusst hat, warum sie nicht reagiert hat und warum sie versucht hat, diesen Skandal für die SPÖ zuzudecken, meine lieben NEOS. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hier gab es Mobbing, hier gab es Sexismus, hier gab es Rassismus. Es wurden von den Mitarbeitern Fragen zu Personalentscheidungen aufgeworfen. Der Stadtrechnungshof wurde mit geschönten Zahlen eigentlich betrogen. Jetzt denke ich mir: Wenn eine Magistratsabteilung mit geschönten Zahlen zur Kontrollinstanz des

Stadtrechnungshofes geht, der ja so hoch angesehen ist und den jeder immer dafür lobt, wie toll er arbeitet, und den Stadtrechnungshof betrügt, belügt und auch noch hintergeht, warum gibt es dann keine klaren Worte von Bgm Ludwig? - Ich kann es Ihnen sagen: weil der Marktamtsleiter als enger Freund von Bgm Ludwig Teil dieses Systems und Profiteur dieses Systems ist. Genau deswegen hält man zusammen und drückt alles nieder. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann gleich ein paar Tage später der nächste Skandal um die Volkshochschulen, wo ja der Herr Bürgermeister auch jahrelang tätig war. Dort hat der Geschäftsführer unumwunden zugegeben, dass seine Frau gleich dort oben bei den Volkshochschulen eine geförderte Wohnung bekommen hat. Er hat dann vor seinen Parteifreunden dort salopp gesagt hat: Schaut, ich muss nur mit dem Lift von meiner Wohnung herunterfahren und bin gleich bei meiner Arbeitsstelle! - Das dürfte anscheinend auch vielen Ihrer Parteifreunde nicht gefallen haben, sodass auch das an die Medien geraten ist.

Aber auch hier zeigt sich eines: dass man sich hier eines gewissen Bonzentums bedient. Die Volkshochschulen bekommen über die knapp 20 Jahre hinweg eine halbe Milliarde Euro - nur für die Volkshochschulen, um die eigenen Leute zu bedienen. Ich habe es Ihnen schon mehrmals gesagt: Wenn wir einige Jahre in Richtung des internen SPÖ-Kampfes, wer jetzt Bürgermeister wird, Schieder oder Michael Ludwig, zurückgehen, dann waren die Volkshochschulen damals quasi die Machtbastion von Bgm Ludwig. Sie wissen ganz genau, Sie haben Ihre Volkshochschulen in jedem Bezirk. Das ist Ihre Machtbasis, wo Sie Ihr System Ludwig versorgen und auch ausbauen können.

Sie wissen, dass die Volkshochschulen intern auch einmal ein Strategiepapier dazu beauftragt haben, wie man diese Volkshochschulen umstrukturieren kann. Herausgekommen ist: Man schafft Kompetenzzentren. Man wird nur noch drei bis vier Volkshochschulen mit Kompetenzzentren haben. Dort gibt es die Sprachen, dort gibt es vielleicht Naturwissenschaften und dort künstlerische Betätigungen. Denn das wäre vernünftig gewesen. Das war das eigene Strategiepapier, das Sie dann in den Volkshochschulen - das muss zirka um 2017 herum gewesen sein - schon schubladisiert haben. Warum? - Weil es aufzeigen würde, dass dieses komplette System, diese Verästelung in allen Bezirken des Bgm Ludwig, nicht mehr notwendig wäre und viel Geld kostet. Beim Geld der Steuerzahler ist der SPÖ aber alles wurscht. Hauptsache, dieses System Ludwig kann weiter Macht ausbauen und Ihre Freunde versorgen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann kamen im Sommer die Tonbandaufnahmen, aufgenommen bei Walter Ruck im Weinkeller. Was dort gesprochen wurde, offenbart ja wirklich dieses alte Politikverständnis eines Systems, bei dem alles im Weinkeller ausgemauschelt wird, in dem sonstige Gremien wie vielleicht auch der Gemeinderat oder der Landtag hier eigentlich lächerlich gemacht werden und bei dem gesagt wird: Das werden wir einfach hier unter uns Männern regeln.

Dort wurde einfach völlig ungeniert über Postenbesetzungen, über Wahllisten und über politische Absprachen geredet, als ob es das Normalste der Welt wäre. Dann werden auch noch enge Vertraute des Bürgermeisters wie Frau Kollegin Novak wirklich schändlich diskreditiert, über die man sagt, mit der möchte man nicht einmal in einen Weinkeller gehen, und auch sonstiges Abfälliges wurde gesprochen.

Frau Kollegin Novak weiß, politisch trennen uns Welten. Sie haben die eine politische Auffassung, ich habe die andere politische Auffassung. Aber wenn es mir als Parteiobmann - oder vielleicht ab 2030 als Wiener Bürgermeister - passieren würde, dass meine engste Vertraute so despektierlich schlechtgemacht wird, so schlechtgeredet wird und man sich so abfällig über sie äußert, dann hat ein Parteiobmann, ein Chef eines Unternehmens oder auch der Bürgermeister die Pflicht, sich schützend vor diese Person zu stellen. Das haben Sie nicht gemacht, Herr Bürgermeister.

Genau Sie, der Sie immer sagen, dass Feminismus Ihnen so wichtig ist und dass Wien die Stadt der Frauen wäre, haben hier eine enge Vertraute, eine Frau, nicht verteidigt. Sie haben hier im Sinne eines vertrauten Männerbundes zu Ihrem Kollegen Ruck gehalten. So etwas gehört sich aber nicht. So etwas ist schändlich, Herr Bürgermeister. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann geht es gleich zum nächsten Projekt, zur AUVA in Meidling. Auch dort hat man ganz ungeniert gesagt: Diese Amtswege brauchen wir nicht, ich habe dem Michi einen Einseiter gegeben, und der Michi hat ihn dem Walter gegeben. - Zuerst hab' ich mir gedacht: Warum gibt er ihn dem Walter wieder zurück? Das ist ja eigentlich auch deppert. Der Walter gibt ihn dem Michi, und der Walter gibt ihn dem Michi zurück. Dann sind wir darauf gekommen: Nein, es ist Walter Hillerer gemeint, die rechte Hand und schon unter sämtlichen Bürgermeistern der Mann fürs Grobe. Dann redet man einfach so salopp und ungeniert daher: Wofür man sonst drei Jahre braucht, das haben wir in einem Monat geschafft.

Wie gesagt: Warum erklärt sich der Bürgermeister nicht? Sie hätten im Rahmen der Stadtverfassung auch die Möglichkeit, eine Mitteilung zu machen, indem Sie hier herauskommen, sich erklären und sagen, was passiert ist. Gab es Abkürzungen abseits des Verwaltungsweges? Gab es hier eine Bevorzugung bei diversen Bauvorhaben? Sind hier gewisse Menschen zum Zug gekommen, die in einer Ausschreibung sonst vielleicht nicht gewonnen hätten? - All das könnten Sie hier klarstellen, aber nein: Ihr Motto ist schweigen, aussitzen und Füße stillhalten. So leicht lassen wir Sie hier aber nicht davonkommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann gab es die Aussagen von Herrn Ernst Nevrivy. Ich meine, ein bisschen schmunzeln muss ich schon. Zuerst hat er gesagt, Herr Hacker ist unfähig. Dann hat er gemeint, die Wirtschaftsagentur, die Sie ja immer so groß loben - die Wirtschaftsagentur in Gemeinschaft mit der Wirtschaftskammer ist ja Ihr großes Wirtschaftsprojekt -, ist ein unfähiger Haufen *(Bgm Dr. Michael Ludwig: Haben Sie die Aufzeichnungen? Woher wissen Sie das?)*, und Ihr eigener Parteichef Babler ist eine Dumpf-

backe. Jetzt möchte ich mir hier keinen Ordnungsruf einhandeln, aber vielleicht gebe ich Herrn Nevrivy da doch recht, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

Wo ich ihm nicht recht gebe, ist, wie er dort über den Wiener Gemeindebau spricht. Das ist ja eigentlich Ihr Herzstück. Sie behaupten ja ständig, der Gemeindebau ist tief in der DNA der Sozialdemokratie verankert. *(Bgm Dr. Michael Ludwig: Stimmt!)*

Ich meine, erstens haben Sie die Mieter dort im Stich gelassen. Es gibt einen Sanierungsrückstau von 10 Milliarden EUR. Sie erhöhen dort ständig die Mieten. Sie schaffen es nicht einmal, dass Sie so wie die Genossenschaften bei ausfinanzierten Bauten auf den Grundzins heruntergehen, sondern Sie erhöhen den Zins nach der Ausfinanzierung sogar und sackeln die Leute dort noch mehr aus. Dennoch behaupten Sie das.

Dann sagt er dort einfach, der Neubau von Gemeindewohnungen ist ein kompletter Schwachsinn. So etwas brauchen wir gar nicht. Er redet dann auch noch schlecht über die Gemeindebaubewohner und sagt dann am Schluss: Eigentlich brauchen wir dieses ganze Klumpert überhaupt nicht. Wir verklopfen es. All das, was Sie … *(GR Mag. Josef Taucher: Wie kommt es, dass Sie das so genau wissen? Wer sagt ...?)* - Das kann man aus der Zeitung lesen, wenn Sie Zeitung lesen würden, Herr Taucher, und nicht nur Ihre Parteiorgane wie "SPÖ eins". Eins steht nämlich für den einzigen Zuseher. Jetzt wissen wir, wer das ist. Das sind Sie. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

"SPÖ eins": Der einzige Zuseher ist Herr Taucher. Sie sollten Zeitungen lesen, dann würden Sie wissen, dass Ihr eigener enger Freund, Stütze von Bgm Ludwig und auch Teil des Systems Ludwig, diese Gemeindebauten einfach verklopfen will. *(GR Mag. Josef Taucher: Blabla!)*

Jetzt könnte man sagen, das ist ein Blödsinn. Das hat er geredet und hat nicht einmal eine Kompetenz dazu. So hat der Bürgermeister das ja im ORF-Sommerinterview versucht wegzudrücken, quasi: Was der redet, ist wurscht, weil er da eh nichts machen kann. Gleichzeitig recherchiert aber das "Profil", dass es bei der Wiener Städtischen schon ein Treffen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, mit dem Vorstandvorsitzenden, mit dem Bürgermeister selber, mit Frau Novak und auch mit Herrn Faymann, der ja für solche Deals bekannt ist, gegeben hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Einfach nur zu sagen, das ist ein blödes Gerede von Herrn Nevrivy, geht also nicht. Sie haben selber schon Tathandlungen gesetzt, um den Gemeindebau zu verklopfen - und sind dabei erwischt worden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vielleicht noch kurz zu Werner Faymann, denn diese Deals von ihm sind ja wirklich immer interessant. Werner Faymann hat ja mit seiner Imfarr einen Schaden von 860 000 EUR bei der Stadt beziehungsweise beim waff hinterlassen. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Mit seiner Imfarr?)* Das haben Sie ja auch nie erklären wollen. Ich kann Ihnen nämlich das System sagen. Das hat Benko damals auch gemacht. *(GR Mag. Josef Taucher: Alles Geschichten!)* - Das sind keine Geschichten, das steht in der Zeitung: 860 000 EUR. In der Beiratssitzung haben Sie Herrn Guggenbichler sogar nicht einmal richtig Auskunft geben können, wie hoch dieser Schaden ist.

Ich kann Ihnen schon sagen, wie solche komischen Deals ablaufen. *(GR Ing. Christian Meidlinger: Bitte! Das ist klagbar, was Sie machen!)* Da sagt man, also Faymann zur Stadt Wien, ich weiß ja nicht, wer da der Ansprechpartner war: Pass auf, ich habe hier eine Immobilie. Es wäre super, wenn sich dort jemand einmieten könnte. - Da hat man den waff gefunden, der das machen kann. Ich nehme aber an, der waff wird noch einen längerfristigen Mietvertrag gehabt haben und aus dem alten Mietvertrag nicht herausgekommen sein. *(Zwischenruf von GRin Yvonne Rychly.)* Dann sagt Faymann: Weißt was? Dann machen wir die Miete vielleicht ein bisschen höher. Dann zahlen wir das selber. Denn wir zahlen diese 860 000 EUR mit der Imfarr zurück. - Was ist passiert? - Die Imfarr geht pleite. Wer bleibt auf den offenen Mieten sitzen? - Der waff und somit die Stadt Wien. *(Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc. - GR Ing. Christian Meidlinger: Halbwahrheiten! - GR Mag. Josef Taucher - in Richtung GR Ing. Christian Meidlinger: Das ist halt so bei der FPÖ!)*

860 000 EUR Schaden hat er hier verursacht, aber auch darüber werden sich die Staatsanwaltschaften mit den Zuständigen, die das gemacht haben, noch genauer unterhalten. Also der nächste Skandal.

Dann kommt der Takeda-Skandal. Takeda möchte 200 Millionen EUR in der Donaustadt investieren. Darüber würde man sich ja freuen und sagen: Toll, da kommt ein großes Unternehmen. Sie rühmen sich ja immer mit den größten Unternehmen, die sich hier ansiedeln. Nur irgendwie dürfte hier etwas schiefgegangen sein, weil die Gier bei der SPÖ halt wesensimmanent ist.

Da hat Herr Nevrivy wohl gesagt: Na ja, wir können schon beginnen, dort Flächenumwidmungen vom Bezirk zu machen. Das geht dann in den Gemeinderat hoch. Aber wir wollen auch noch etwas dafür haben, nämlich nicht nur die Investition von 200 Millionen EUR, die der Wirtschaft zugutekommen würden, sondern man braucht im Rahmen einer roten Gier ja auch ein rotes Prestigeprojekt und sagt: Wenn ihr die 200 Millionen EUR investieren wollt, dann müsst ihr aber auch ein neues Stadion bauen.

Da dürfe es Takeda zu viel gewesen sein, obwohl Herr Ruck mit Herrn Hanke ja auf PR-Tour dort hingefahren und auch vorstellig geworden ist. Sie haben gesagt: Nein, das machen wir nicht. Wenn die Roten so gierig sind, pfeifen wir auf die Investition von 200 Millionen EUR. Das ist aber ein direkter Schaden für Wien.

Jetzt geht es Wien wirtschaftlich eh so schlecht. Es kommt ein großer Investor mit 200 Millionen EUR daher. Nur wegen einer roten Gier kommt dieses Projekt nicht zu Stande. Auch diesen Schaden haben Sie hier verursacht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der nächste Skandal in dieser Skandalserie ist dann die Wien Holding Arena. 30 Millionen EUR sind schon

ausgegeben worden. Sie wird seit Jahren geplant und verschoben. Sie sollte ja schon stehen. Ich meine, gehen Sie einmal dort vorbei! Das ist die ärgste Gstätten! Dort steht gar nichts. Es ist ja noch nicht einmal irgendetwas gebaut, aber schon viel Geld ausgegeben worden. Höchstwahrscheinlich hat man damals schlecht verhandelt.

Jetzt weiß man nicht, wie man weitermachen soll. Mittlerweile steht ja auch schon die Zukunft des Projektes komplett in Frage. So ist es bei vielen Großprojekten: Es wird anfangs medial immer als Chefsache verkauft. Da kommt man dann als Bürgermeister groß irgendwohin und sagt: Chefsache, es kommt eine große Eventhalle, die wird leiwand. Jeder wird profitieren können. Kaum geht alles schief, ist der Chef weg. Da gibt es gar nichts mehr. Da lässt man dann die anderen im Regen stehen, und es wird wieder irgendein Geschäftsführer gewesen sein, der schlecht verhandelt hat. Vielleicht ist es der Vertragspartner, der ein bisschen komisch geworden ist, aber der Chef ist nie schuld.

Das ist ein ständiges Phänomen bei Bgm Ludwig. Ich möchte nur an die großartige Donaubühne erinnern. Ich weiß nicht, wie viele Konzerte Sie auf der Donaubühne schon gesehen haben. *(GR Michael Stumpf, BA: Null!)* Keines, oder? Steht die Donaubühne? - Nein. Das war eines der großen Versprechen im Sinne des Parteitages: Wenn Bgm Ludwig kommt, bauen wir die Donaubühne. 6 000 Menschen haben dort Platz, um tagtäglich Kultur zu genießen: Konzerte, Veranstaltungen, Großübertragungen - großartig. - Nichts ist gekommen.

Das meine ich: Ihre Politik besteht einzig darin, mit sauteuren Kampagnen und Werbeeinschaltungen Großprojekte anzukündigen, bei denen Sie dann gut dastehen. Im Endeffekt geht aber alles den Bach herunter, weil Sie es einfach nicht können, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es sind also das Marktamt, die Volkshochschulen, die Ludwig-Ruck-Files, weiter zurückgehend die Donaubühne, die Eventarena in Wien und die Kleingärten. Auch das ist so ein Skandal unter Bgm Ludwig. Da hat man sich gegenseitig Kleingärten zugeschanzt. Jeder andere muss vielleicht zwei Generationen lang warten, bis er auf der Liste drankommt, um einen Kleingarten zu bekommen. Nein, ist man bei der SPÖ, bekommt man gleich die Fast Lane für den Kleingarten. Da ist man auf der Überholspur. Man bekommt dann vielleicht auch noch eine Umwidmung, sodass der Kleingarten auch noch mehr wert ist. Auch das ist für die SPÖ alles kein Problem. Dieser Skandal wird ausgestanden.

Eines sage ich Ihnen aber: Irgendwann einmal ist es vorbei. Die Leute haben echt die Schnauze voll. Sie sagen: So kann es nicht weitergehen. Anstatt sich um die Stadt zu kümmern - auch in diesem Sommer -, waren die Medien voll: ein roter Bürgermeisterskandal nach dem anderen, bei dem er die Verantwortung hat. Das haben sich die Wienerinnen und Wiener nicht verdient. Sie verdienen sich eine Politik, bei der wieder der Bürger im Mittelpunkt steht und nicht der rote Bonze. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kenne schon die Verteidigungsrede der SPÖ von Herrn Taucher, der sagt: Sie beleidigen hier Wien, Sie beleidigen hier die ganzen Magistratsbeamten. Bei aller Kritik: Erstens habe ich die Magistratsbeamten gelobt und gesagt, dass sie nichts dafürkönnen. *(Zwischenruf von Amtsf. StRin Mag. Elke Hanel-Torsch.)* Zweitens möchte ich ausdrücklich feststellen: So ist Wien nicht.

Wien sind die zahlreichen Menschen, die diese Stadt am Laufen halten. Wien sind die Pflegekräfte. Das sind die Polizisten, das sind die Lehrer, das sind die Arbeitnehmer, das sind die Unternehmer. Wien sind auch die tausenden Magistratsbeamten, die tagtäglich aufstehen und hier ehrlich ihre Arbeit verrichten.

Genau diese Menschen haben eine Stadtpolitik verdient, die sich eben um die Probleme der Wienerinnen und Wiener kümmert und sich nicht ständig Gedanken darüber macht - diese Stadtpolitik herrscht hier nämlich vor -, wie das System Ludwig noch breiter werden kann, sich noch größer aufstellen kann und noch mehr Steuergeld in diversen dubiosen Kanälen absaugen kann.

So eine Politik hat Wien nicht verdient. Wien braucht einen Kurswechsel. So kann es nicht weitergehen. Diesen Kurswechsel gibt es nur mit uns. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für den Erstredner jeder Fraktion 20 Minuten beträgt. Die Redezeit jedes weiteren Redners beziehungsweise jeder weiteren Rednerin ist mit 15 Minuten begrenzt.

GR Zierfuß ist der Nächste. - Bitte schön.

GR Harald **Zierfuß** *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss sagen, Herr Kollege Nepp, Sie haben mich gerade überrascht. *(Zwischenruf von GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović.)* Es war für Ihre Verhältnisse sehr viel ruhiger und unaufgeregter und mehr eine Nacherzählung des Sommers. Das - man muss es an der Stelle sagen - bringt mich ein bisschen um viele Dinge, die ich jetzt gesagt hätte, aber wer weiß? Wir haben ja noch zwei Sitzungstage vor uns.

Wir haben von vielen Problemen in unserer Stadt gehört. Bei vielen dieser Dinge würde ich Ihnen auch recht geben, dass es hier deutliche Missstände gibt. Was ich aber nicht gehört habe, ist, was Sie anders machen wollten, Herr Kollege. Das finde ich sehr schade, ist aber ein bisschen sinnbildlich für Ihre Politik: Sie haben viele Probleme beschrieben, aber nichts, was Sie anders machen wollen, Herr Kollege. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)*

Ich möchte an der Stelle trotzdem mit etwas anderem beginnen, weil wir ja jetzt am letzten Wochenende erlebt haben, wie sich Wahlen entwickeln, und einen die Situation schon nachdenklich stimmt. In Berlin gewinnt eine Partei, die Linke. Das sind die Nachfolger von Verbrechern, die Mauern aufgestellt haben und Leute haben erschießen lassen, die vom Kommunismus weg in die Freiheit wollten. Im Osten gewinnt mit der AfD eine Partei, die auf Parteitagen darüber diskutiert, christliche

Feiertage gegen germanische Sonnwendfeiern auszutauschen, weil das Christentum ja eine ausländische Religion wäre. Da muss man schon ganz offen sagen: Da braucht es eine starke Mitte, die dagegenhält. Da ist sicher auch die Sozialdemokratie gefordert, hier in dieser Stadt etwas anders zu machen. *(Beifall bei der ÖVP. - StR Dominik Nepp, MA - erheitert: Die 4,9 Prozent schafft ihr auch noch!)*

Da muss man die Probleme in dieser Stadt sehr klar ansprechen und auch Lösungen dafür finden. Ich muss sagen, es sind ja nicht nur die strukturellen Probleme, die Kollege Nepp vorhin beschrieben hat, sondern es sind Dinge, die tatsächlich und auch langfristig Probleme machen: dass das Budget aus dem Ruder läuft, dass Sie dauernd neue Steuern und Belastungen erfinden, dass die Sozialhilfe hier in dieser Stadt ungerecht ist. In den Schulen und Kindergärten spüren wir Probleme, die uns noch in den nächsten Jahren verfolgen werden, vor allem Deutschprobleme. Ja, nicht zuletzt ist ja auch das Wegschauen bei der MA 11 symptomatisch dafür, wie hier in der Stadt umgegangen wird.

Diese Probleme muss man nicht nur benennen können, sondern Sie auch lösen. Darüber möchte ich heute vor allem reden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf dieses Budgetdesaster, das wir in Wien erleben, wird unser Finanzsprecher Hannes Taborsky sicher noch eingehen. Wir sehen ja sehr deutlich, dass Wien im ersten Halbjahr dieses Jahres für 94,8 Prozent des Defizits aller neun Bundesländer verantwortlich ist. Wenn man dann darüber streitet und sagt, dass Gemeinden da ja noch nicht drinnen sind: Das stimmt, diese Gemeindezahlen gibt es ganz einfach noch nicht. Wenn man aber die Zahlen vom letzten Jahr dazunehmen würde, dann wäre man immer noch bei 80 Prozent des Defizits aller neun Bundesländer und aller Gemeinden zusammen. Dass diese Politik auf dem Rücken der jungen Menschen dieser Stadt, die das einmal zurückzahlen werden müssen, so nicht weitergehen kann, ist vollkommen klar. Deswegen kämpfen wir auch, dass dieses Budgetdesaster ein Ende nimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir erleben die Auswirkungen dieser Budgetpolitik mit steigenden Gebühren und Belastungen aber auch schon jetzt. Sie haben den Wohnbauförderungsbeitrag um 50 Prozent erhöht, direkt vom Gehalt weg. Sie schießen die Ortstaxe nach oben. Sie wollen die Tarife bei den Bädern, beim Wasser und beim Abwasser noch weiter erhöhen, obwohl diese eh schon erhöht worden sind. Zuletzt war ja auch die Debatte, dass man auf jedes Ticket, das in dieser Stadt verkauft wird, 12,5 Prozent Steuer draufhauen will - vom Kino über das Theater bis zum Museum. Diese Belastungspolitik von SPÖ und NEOS kann so nicht weitergehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Deswegen müssen wir uns auch sehr klar anschauen, wie wir mit den Problemen in der Stadt umgehen: mit den Ineffizienzen im Magistrat, mit der ungerechten Sozialhilfe hier in Wien und auch mit der Verschwendung bei den Großbauprojekten. Ich sage Ihnen ganz offen, da gibt es wirklich viel zu holen. Allein in der MA 10 hat der Stadtrechnungshofbericht aufgezeigt, dass ein städtischer Kindergartenplatz doppelt so viel Geld kostet wie ein privater Platz. Unser Gutachten zum WIGEV hat aufgezeigt, dass die patientenfernen Kosten, also die Verwaltung und nicht die Behandlung von Patienten, fast doppelt so hoch sind wie im Rest von Österreich. Jetzt könnten wir in alle Bereiche hineinschauen. Was aber alle gemeinsam haben, ist, dass hier in dieser Stadt nicht gewirtschaftet werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir jetzt weiter in Richtung Mindestsicherung schauen, dann muss ich Ihnen sagen: Es kann niemand verstehen, dass einige Haushalte ohne Arbeit mehr bekommen als fast alle anderen, die arbeiten gehen. Das ist schlichtweg ungerecht.

Wir brauchen nicht auf Einzelfälle eingehen, bei denen es 9 000 EUR netto sind, sondern es ist ganz einfach ein strukturelles Problem, wenn man sich das am Beispiel einer Elementarpädagogin in Wien anschaut, die vielleicht alleinerziehend und damit auch alleinverdienend ist, 3 500 EUR brutto, also 2 700 EUR netto, verdient und wirklich viel dafür leistet, dass sie im Leben durchkommt und dem Kind das Beste bieten kann. Wenn man das dann aber mit einer Familie mit zwei Kindern vergleicht, in der keiner arbeiten geht, bekommt die dann mit Mietbeihilfe 2 862 EUR netto im Monat, also mehr als die Alleinverdienerin, die arbeiten geht.

Wenn man sich dann noch anschaut, dass die eine Familie für gewisse Leistungen, für den Kindergarten oder auch für das Essen, gar nichts zahlt, wohingegen die Alleinverdienerin schon, dann muss man schon sagen: Das ist ganz einfach ungerecht. So kann es nicht weitergehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir auch noch weiter in Richtung Bildungssystem schauen, dann sieht man ja, dass die Probleme immer größer werden, dass die Kinder einfach nicht Deutsch können und im späteren Leben weniger Chancen haben. Man sieht ganz einfach, dass die Deutschförderkräfte, die Sie ja einmal versprochen haben, ganz einfach nicht ankommen und dass das Ergebnis auch sehr deutlich ist. Mehr als die Hälfte der Schulanfänger in Wien kann nicht Deutsch, obwohl die meisten davon hier geboren sind und 80 Prozent mindestens zwei Jahre im Kindergarten waren. Da sieht man schon, wo die Prioritätensetzung ist.

Wenn man nämlich das System der Mindestsicherung an das von Niederösterreich und Oberösterreich anpassen würde, dann würden wir uns 200 Millionen EUR ersparen. Mit 50 Millionen EUR davon könnte man es schaffen, dass 1 000 Deutschförderkräfte in Wiens Kindergärten tätig sind, damit die Kinder auch Deutsch lernen und Chancen haben. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Prioritäten hier in dieser Stadt ganz andere sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte es nicht unerwähnt lassen, weil auch das systematisch dafür steht, wie hier in verschiedenen Bereichen der Stadt gearbeitet wird: In der MA 11, der Kinder- und Jugendhilfe, wird mit Vereinen zusammen-

gearbeitet, die sich mit Mietverträgen, die überteuert sind, mutmaßlich hohe Beträge in die eigene Tasche wirtschaften. Da sieht man dann auch, dass Betreuer wie Gawain Walter die Kinder mit Hörnern und Pentagramm zusätzlich traumatisieren und dass es in dieser Stadt genau eine Person gibt, die genau hinschaut: unsere Sabine Keri. Sie zeigt auf, wie es in der MA 11 zugeht und wie hier die Chancen von Kindern verspielt werden. - Danke, Sabine, für deinen Einsatz. Denn es geht darum, diese Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen zu bieten.

Insofern werden wir also weiter daran arbeiten. Es gibt in dieser Stadt viele Probleme. Es gibt viel, was man verändern will. Ich sage es aber auch ganz offen: Mit einer Nacherzählung der FPÖ, was im Sommer alles für Räubergeschichten waren, wird man das nicht lösen. Echte Veränderung für diese Stadt wird es nur geben, wenn man Lösungen anbietet. Das werden wir als Wiener Volkspartei tun. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: … wird es auch keine Lösungen geben!)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort ist GR Ornig gemeldet. - Bitte.

GR Markus **Ornig**, MBA *(NEOS)*: Schönen guten Morgen, werte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich sage ganz ehrlich, es ist für mich ein bisschen schwierig gewesen, wie ich mich auf diese Rede vorbereite. Es ist halt ein Thema, bei dem man, glaube ich, Gott und die Welt diskutieren kann. Was mich nur etwas sprachlos zurücklässt, ist, dass mein Vorredner wirklich Gott und die Welt diskutiert hat, aber nicht annähernd das, was wir heute hier diskutieren.

Ich muss also schon sagen, Herr Kollege Zierfuß: Sie haben eine Rede, die Sie super machen. Langsam wäre es aber vielleicht einmal super, sie hinsichtlich der Geschehnisse, die wir hier täglich diskutieren, ein bisschen zu adaptieren. Danke sehr. *(Beifall bei NEOS und SPÖ.)*

Spannend fand ich auch, dass die ÖVP der FPÖ den Vorwurf macht, dass sie eine Rede gehalten hat, ohne Änderungsvorschläge zu bringen, ohne selbst einen einzigen Änderungsvorschlag zu bringen. *(GR Harald Zierfuß: … Sprachförderkurse!)* Auch das zeigt aber wieder: Die Mindestsicherung wird ein Transparenzthema in der Stadt wahrscheinlich nicht ändern, aber gut. Kommen wir zur Sache!

Es ist über den Sommer viel passiert. Es wurde in einem Weinkeller - wie sollen wir sagen? - einiges weinselig zwischen Männern besprochen, was aufgenommen wurde. Daraufhin sind einige Dinge zu Tage gekommen, die uns, glaube ich, allen nicht taugen. Ich glaube auch nicht, dass sich der Bürgermeister gefreut hat, dass diese Leaks gekommen sind. Es ist immerhin ein Freund von ihm, der da gesprochen hat und der sich hier - wie sollen wir sagen? - sehr offen gegeben hat. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Alles, was danach passiert ist, war dann so ein bisschen typisch österreichisch.

Ich möchte viel darüber reden, wie wir sozusagen aus einer Politik des Weinkellers zu einer Politik kommen, die Vertrauen schafft. Ich glaube, dass wir in Österreich - das ist in Wien so, das ist in vielen anderen Bundesländern so, das ist auf Bundesebene so - gelebte Traditionen haben. Wir haben in der Nachkriegszeit eine Tradition der Sozialpartnerschaft aufgebaut, die sehr viel bewirkt hat. Ich bin mir auch ganz sicher, dass es früher einmal - leider Gottes - gang und gäbe war, dass sich gewisse Menschen irgendwo getroffen haben und Dinge besprochen haben, wie wir in diesem Land weiterkommen.

Fakt ist aber: Die Welt dreht sich weiter. Die Dinge haben sich verändert. Ich glaube, dass die Menschen in dieser Stadt oder diesem Land, das Recht haben, wesentlich intensiver und besser informiert zu werden, wie es zu manchen Entscheidungen kommt und warum es zu manchen Entscheidungen kommt.

Ich möchte gleich festhalten: Ich werfe niemandem vor, wenn er irgendwo mit jemandem ein Glas Wein trinkt und vielleicht darüber redet. Ich finde nur die Art und Weise, wie dann damit umgegangen wird, dass man dann ausschließlich … Auch wir haben den Rücktritt des Herrn Wirtschaftskammerpräsidenten gefordert - wie ich finde, auch zu Recht. Ich finde nur, wir müssen einen Schritt weiterdenken. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir Systeme ändern. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir auch die Sozialpartnerschaft, zu der wir uns ja laufend bekennen, wieder stärken.

Ich bin der Meinung, dass die Sozialpartnerschaft hier sehr gefordert ist. Es ist die Wirtschaftskammer massiv gefordert, ihren Mitgliedern zu erklären … Wir wissen alle, die Wahlbeteiligung liegt irgendwo, ich glaube, zwischen 20 und 30 Prozent. Ich weiß es nicht auswendig, aber bei der Arbeiterkammer ist es in etwa dasselbe Bild. Ich glaube, dass die Sozialpartnerschaft sehr hart daran arbeiten muss, wieder Vertrauen zu schaffen. *(Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)* Ich glaube, dass sich Wahlsysteme ändern müssen. Ich glaube, dass sich der Zugang zu einer Pflichtmitgliedschaft ändern muss.

Weil die FPÖ hier nickt: Ihr hättet die Chance gehabt. Ihr seid diejenigen, die es nicht gemacht haben - mit der ÖVP gemeinsam. *(GR Maximilian Krauss, MA: Seid ihr Mitglied der Bundesregierung?)* Ihr wisst, wann. Dazu kommen wir noch später. Ihr habt ja einen Antrag. Jetzt geht es sich auf Bundesregierungsebene mit einer Zweidrittelmehrheit nicht aus mit euch. Aber egal, das ist jetzt auch nicht das Thema.

Ich möchte darüber … *(Anhaltende Zwischenrufe von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.)* - Udo, redest du noch dazu? *(Neuerlicher Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.)* - Super, ich freue mich darauf.

Ich möchte nur laut darüber nachdenken, dass wir diese Systeme angreifen müssen. Wir können jetzt natürlich hergehen und sagen: Rücktritt da, Rücktritt dort, der ist schuld und der ist schuld. Das ist teilweise natürlich auch richtig, aber die Systeme müssen sich ändern. Das sagen wir hier. *(StR Dominik Nepp, MA: Ihr seid Teil des Systems Ludwig!)* - Ja, ihr auch. Herzlichen Glückwunsch, ihr seid auch Teil des Systems. *(StR Dominik Nepp, MA: Des Systems Ludwig?)*

Ich glaube, die Kollegin wird dann noch auf einige Themen der FPÖ eingehen. Hören wir doch bitte auf, uns ständig zu sagen: Der ist Teil des Systems, und der ist Teil des Systems. Wir sind alle Teil eines politischen Systems. Es gibt Menschen hier, die ehrlich und offen darüber sprechen, dass wir dieses politische System verbessern müssen, um Vertrauen zu schaffen. Denn das Vertrauen in die Politik ist gerade nicht so super, wie wir uns das alle hier wünschen.

Hier sitzen 100 Leute, die die Politik vertreten. Wir wissen, wenn man am Stammtisch, am Fußballplatz, beim Friseur oder wo auch immer wir uns bewegen, sagt, man ist Politiker, ist es nicht mehr so wie früher, dass die Leute schon am Eingang gestanden sind: Na, grüß Gott, Herr Abgeordneter, es freut mich sehr, dass Sie heute da sind! *(StR Stefan Berger - erheitert: Doch! Das ist immer noch so!)* - Bei euch vielleicht, aber ihr bleibt ja eh hauptsächlich unter euch. Wenn ich bei euch, in euren Buden, einmal ein Tonband mitlaufen lasse, na servus, dann will ich nicht wissen, was herauskommt. *(Beifall bei NEOS und SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: Bei uns sind Frauen erlaubt! Bei eurer Freimaurerloge nicht!)* Aber gut: Die FPÖ ist die sauberste Partei in Österreich. Wir haben es gelernt. Danke sehr. So viel dazu.

Ich würde also wirklich dafür plädieren, dass man sich vor allem in der Sozialpartnerschaft ein bisschen bewegt, dass man ein bisschen schaut: Wie können wir wieder mehr auf die Menschen zugehen? Wie können wir mit dem Thema Finanzen, mit Finanzhilfen, mit dem Thema Rücklagen und mit dem Thema, wie man die Wirtschaft wirklich wieder in Schwung bringt, umgehen?

Jetzt haben wir eine neue Präsidentin der Wirtschaftskammer. Ich habe bisher noch wenig gehört. Das heißt nicht, dass ich nicht glaube, dass noch etwas kommt. Ich habe nur bisher wenig gehört. Das ist aber auch klar: Sie hat, glaube ich, nicht so ganz damit gerechnet, diesen Job in dieser Geschwindigkeit zu bekommen. Ich hoffe aber, dass die Themen ganz klar und sehr zeitnah angesprochen werden.

Was ich in meiner Rede auch noch gerne ansprechen möchte, ist, wie wir in der Stadt mit Reformen umgehen müssen. Wir haben einen wahnsinnigen Weg vor uns, weil wir nicht zuletzt durch die budgetäre Situation gefordert sind. Es wurde heute schon mehrfach erwähnt, wie wir diese Stadt weiter verwalten. Wir sind natürlich aber auch durch die Situation gefordert, dass sehr viele Dinge, die in der Vergangenheit irgendwo von irgendwem beschlossen oder auf den Weg gebracht wurden, sich jetzt so nicht mehr ausgehen. Manche Projekte wurden schon genannt. Das tut vielen hier weh - auch mir, das sage ich ganz ehrlich. Ziel ist es aber, jetzt ein bisschen strukturierter an die Dinge heranzugehen.

Ich sehe das, was diesen Sommer passiert ist, tatsächlich als Chance. Das hört sich jetzt komisch an. Ich sehe es als Chance, dass wir mit gewissen Themen wesentlich besser umgehen und vor allem anfangen, neu zu denken. Denn die Politik dieser Stadt muss meiner Meinung nach neu denken. *(Beifall bei NEOS und SPÖ.)*

Dann möchte ich noch auf den kleinen Feminismus-Part des Kollegen Nepp eingehen. Bei der ÖVP war es, glaube ich, kein Thema. Ich habe es zumindest nicht gehört. Wenn ich es überhört habe, tut es mir leid. Also, da musste ich schon sehr schmunzeln, alleine wenn ich in Ihre Reihen schaue, weil Sie gesagt haben: eine enge Vertraute von mir. Wer ist denn Ihre enge Vertraute? *(StR Dominik Nepp, MA deutet auf StRin Mag. Ulrike Nittmann und auf GRin Angela Schütz, MA.)* Wenn ich in Ihre Reihen schaue, gibt es eine, die sitzt direkt hinter Ihnen. Dann gibt es noch zwei Frauen, die ich sehe. Also alleine die Quote bei Ihnen in Ihren eigenen Reihen zeigt mir, wie Sie mit dem Thema Frauen und Feminismus umgehen und dass es wahrscheinlich nicht den höchsten Stellenwert hat. *(Beifall bei NEOS und SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: Qualität vor Quantität! - Zwischenruf von StR Stefan Berger.)*

Eines möchte ich Ihnen auch sagen, weil Sie hier die Frau VBgm.in Novak so Sir-mäßig verteidigt haben: Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Frau Novak kann sich ausgezeichnet selber verteidigen. Sie müssen ihr da nicht helfen. Das haut schon hin. Da mache ich mir überhaupt keine Sorgen. *(Beifall bei NEOS und SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: Sie hat eh einen Brief geschrieben!)*

Pauschal möchte ich auch sagen, dass Sie sich hier wirklich herstellen und sagen: Na ja, das ist so, weil es in der Zeitung steht. Das ist, womit ich heute tatsächlich schließen will. *(StR Dominik Nepp, MA: Alle Zeitungen sind Fake-News! "Kurier", "Profil", "Standard", "Falter" - alles Fake-News!)* - Medienpolitisch können wir hier viel diskutieren. Auch wie Sie mit den Medien umgehen, kann man viel diskutieren. Wenn wir aber anfangen, Politik zu machen, indem wir ausschließlich mit Zeitungszitaten argumentieren, dann zeigt mir das, wie schlimm Ihr Politikverständnis ist, weil Sie nur mehr das nachplappern, was in Ihren geliebten Propagandablättern steht und alles andere komplett ausblenden. Wenn es in den Medien einmal gegen Sie geht, dann sind das natürlich alles Fake-News. - Vielen Dank. *(Beifall bei NEOS und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist StRin Mag. Pühringer. - Bitte schön.

StRin Mag. Judith **Pühringer**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, es war tatsächlich ein sehr bemerkenswerter Sommer, der hinter uns liegt, wenn ich auch an die extreme Hitze denke und an die fehlende Kühlung für so viele Menschen. Die Hitze ist inhaltlich aber heute nicht das Thema. Ich verspreche Ihnen aber, wir machen das ganz sicher noch zum Thema.

Die Hitze hat aber eines gezeigt und offenbart, nämlich eine absolute Planlosigkeit, Hilflosigkeit und Mutlosigkeit der Stadtregierung angesichts dieser Hitze und des Hitzesommers. *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Jörg Neumayer, MA: Wieso?)*

Wieso? - Darauf werden wir ganz sicher noch genau eingehen. Es war einfach absolut plan- und hilflos. Man hat nichts von Ihnen gehört. Es gab keinen Hitzeschutzplan. Es wurde nichts kommuniziert. Aber noch einmal: Wir werden einen eigenen Gemeinderat damit verbrin-

gen. *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Jörg Neumayer, MA: Das stimmt einfach nicht! Vollkommen falsch!)*

Ich möchte heute über etwas anderes reden. Es ist jetzt auch schon in den meisten Reden vorgekommen: Dieser Sommer hat nämlich noch etwas ganz anderes offenbart, nämlich ein System des Wegschauens, ein System des Verdrängens und ein System des Relativierens von ganz offensichtlichen Missständen.

Kollege Ornig hat es jetzt ein bisschen verniedlichend als typisch österreichisch bezeichnet, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir haben ein System gesehen, das von Männern geprägt ist, von Männern dominiert ist und in dem sich Männer immer noch sicher genug fühlen, Frauen wegzudrücken, auszugrenzen, verächtlich zu machen und herunterzumachen. Ich sage Ihnen, das ist nicht nur zum Schaden von uns Frauen, sondern zum Schaden von uns allen, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Aber der Reihe nach, ich gehe es jetzt noch einmal mit Ihnen durch, weil dieser Aspekt heute eigentlich noch gar nicht vorgekommen ist. Beginnen wir doch mit der MA 59, mit der Leitung des Marktamtes, die mit gravierenden Vorwürfen von Rassismus, Mobbing, Freunderlwirtschaft und Sexismus konfrontiert war.

Was in der MA 59 passiert ist, war aber kein Einzelfall, sondern das Symptom eines Systems. Denn wir wissen, dass es über lange Zeit Beschwerden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben hat, die weggedrückt und einfach ignoriert worden sind. Die SPÖ, von StRin Sima bis hin zum Bürgermeister, hat bei diesem System jahrelang weggeschaut und es einfach zugedeckt. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Das ist so ein Blödsinn!)* Erst nach den ersten Medienberichten wurden dienstrechtliche Konsequenzen gezogen. Die Vorwürfe waren aber schon viel länger bekannt.

Herr Bürgermeister, Sie stehen an der Spitze des Magistrates. Sie müssen hier Verantwortung übernehmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen und auch vorangehen und sagen, wie eine moderne und aufgeklärte Verwaltung geführt werden soll. Dazu haben wir - wie bei der Hitze - kein Wort von Ihnen gehört. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Kurz nach der Sache bei der MA 59, dem Marktamt, sind dann schon die Ruck-Files öffentlich geworden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass meine Wut und mein Entsetzen über diese Verhältnisse und diese Unkultur in der Stadt - vor allem auch über diesen unverhohlenen, offenen Sexismus im Weinkeller - nach der Veröffentlichung dieser Files wirklich unermesslich sind.

Wir Frauen wissen ja - seien wir uns ehrlich, egal in welcher Partei wir sind -, dass die Verhältnisse für uns Frauen schlechter sind, aber die Art und Weise, wie in diesem Weinkeller offengelegt wurde, wie weit Männer gehen, die wesentlichen Einfluss und Macht haben, und wie sehr sie völlig verächtlich über Frauen reden, sie instrumentalisieren und auch für ihre Interessen missbrauchen, macht mich nur noch wütend, weil ich sehe, dass die schlechten und schlechteren Verhältnisse, in denen Frauen leben, von Männern im Weinkeller auch noch besiegelt werden, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ja, da appelliere ich heute an alle solidarischen, feministischen Frauen in diesem Gemeinderat, an alle Frauen aus allen Parteien: Das kann so nicht mehr weitergehen. Da müssen wir uns doch gemeinsam verständigen und erheben und gemeinsam sagen: Es reicht uns, dass Politik so im Hinterzimmer und im Weinkeller gemacht wird.

Es wird sich leider erst dann etwas ändern, wenn wir es genauso deutlich aussprechen und es genauso deutlich sagen, dass es uns reicht, in dieser Art Politik zu machen. Es wird auch verantwortungsvolle Männer brauchen, die dafür sorgen, dass solche Haltungen, solche Positionen und so ein Verhalten Konsequenzen haben und in verantwortungsvollen Positionen und in der Politik einfach nichts zu suchen haben. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wir haben heute auch schon so viel über das fehlende Vertrauen in die Politik gehört. Ja, woher soll es denn kommen? - Insofern wende ich mich auch an alle Wienerinnen in dieser Stadt, das ist nicht die Art der Politik, die sich die Wienerinnen in Wien verdient haben, da braucht es endlich ein neues Versprechen. Raus aus der sexistischen Hinterzimmerpolitik und hinein in eine Politik, die alle einlädt, gemeinsam eine gute Zukunft in Wien mitzugestalten, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Ich kann es uns nicht ersparen, ich muss leider noch ein zweites Fass aus diesem Weinkeller aufmachen. Da sitzt der hochrangige SPÖ-Funktionär Ernst Nevrivy mit Walter Ruck im Weinkeller und fantasiert tatsächlich davon, 100 000 Gemeindewohnungen verklopfen zu wollen und neue Gemeindewohnungen wären ohnehin - das muss man sich schon auch nochmal auf der Zunge zergehen lassen, das ist wieder ein direktes Zitat - ein Schwachsinn. Für mich ist das ganz ehrlich ein wirklicher politischer Tabubruch. Da hilft jetzt auch die Kampagne der SPÖ nichts. Wir sehen ja jetzt, auf Social Media gibt es jetzt plötzlich eine große Kampagne, wie wichtig leistbares Wohnen ist, wie wichtig der Wiener Gemeindebau ist. *(Zwischenruf von GR Jörg Neumayer, MA.)* Aber ganz ehrlich, das lässt sich nicht so einfach wegwischen, und das spüren die Menschen in dieser Stadt auch, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Sie beteuern jetzt immer wieder in den Gesprächen, der Gemeindebau ist so wichtig. Jetzt haben Sie auch einen Antrag eingebracht, da kommt das Wort Privatisierungsschutz übrigens gar nicht vor. Wenn Ihnen der Gemeindebau so heilig ist, dann passt es doch wahnsinnig gut, dass Sie heute eine einmalige Gelegenheit haben, weil wir nämlich einen Antrag mitgebracht haben, um diesen Privatisierungsfantasien endlich eine Abfuhr zu erteilen. Sie können das heute klarstellen. Ich lade Sie wirklich ein, das heute ein für alle Mal klarzustellen, denn wir stellen einen Antrag auf ein Wiener Wohnungsschutzgesetz. Da gibt es eine sehr schöne Analogie zum Wiener Wasser. Das Wiener Wasser wurde auch in der Verfassung geschützt. Es ist genauso schützenswert wie der Gemeindebau. *(StR Dominik Nepp, MA: Ihr habt es*

*aber dennoch verkauft.)* Also schützen wir doch gemeinsam den Gemeindebau als eine wesentliche Säule der Wiener Daseinsvorsorge. Schützen wir ihn vor der Privatisierung, seien Sie doch mutig und stimmen Sie diesem Antrag zu, anstatt irgendeinen Antrag einzubringen, wo das Wort Privatisierung nicht einmal vorkommt. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Warum kann man das eben nicht so wegwischen als irgendeinen flapsigen Satz, der halt gesagt wurde, als irgendeine österreichische Tradition unter Männern? Warum ist das wichtig? - Weil es ums leistbare Wohnen geht. Ich glaube, das ist das Thema, das die Wienerinnen und Wiener gerade am allermeisten beschäftigt, einer der alleressenziellsten Lebensbereiche, und wir wissen natürlich alle ganz genau, wie die aktuelle Situation ist. Sie ist alles andere als rosig. Die Mieten gehen durch die Decken, die Wohnkosten gehen durch die Decken, es gibt immer noch keine Leerstandsabgabe, keine Umwidmungsabgabe, keine Freizeitwohnsitzabgabe.

Jetzt schauen wir uns noch das Thema Airbnb an. Ja, da gibt es jetzt ein paar neue Ankündigungen, nachdem wir GRÜNE wirklich monatelang Druck gemacht haben. *(Bgm Dr. Michael Ludwig: Geh bitte!)* Wir haben monatelang Druck gemacht, aufgezeigt, welche Lücken es bei Airbnb gibt, aber die Registrierung alleine, die man übrigens schon viel länger hätte machen können, die wird das Problem ganz sicher nicht lösen. Bei der Kurzzeitvermietung braucht es vor allem eines: Mut und Entschlossenheit und endlich ein Ende aller Ausnahmebestimmungen, die gibt es ja immer noch. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Es braucht ein Ende aller Ausnahmebestimmungen bei Airbnb und auch einen vollständigen Schutz von Häusern, die eines nach dem anderen in Beherbergungsstätten umgewandelt werden. Da sind Sie viel zu wenig mutig und viel zu wenig entschlossen. *(Bgm Dr. Michael Ludwig: Aber die GRÜNEN …)*

Vielleicht noch zur Erinnerung: Diese Privatisierungsfantasien sind nicht nur Fantasien. Wir haben das ja schon einmal gesehen in dieser Stadt, es gab in der Vergangenheit nicht nur im Hinterzimmer, sondern auch auf offener Bühne eine SPÖ, die unter dem damaligen Wohnbaustadtrat Faymann Gemeindebauten tatsächlich verklopft hat. *(GR Mag. Josef Taucher: Nein. Falsch.)* Wir waren im Sommer vor einem solchen Gemeindebau. Wissen Sie, was man da sieht? - Ein völlig verwahrlostes, leer stehendes Haus, wo die Mieter und Mieterinnen rausgeekelt wurden und wo am Ende jetzt noch eine verzweifelte Boutiquebesitzerin darum kämpft, dass sie nicht rausgeklagt wird. Das passiert, wenn Gemeindebau verklopft wird. Das passiert, wenn privatisiert wird.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, diese bröckelnde Fassade des Hauses kann man wirklich super vergleichen mit dem bröckelnden Versprechen, das Sie einmal gegeben haben, nämlich, dass Wien leistbar bleibt beim Wohnen. Aber ich sage Ihnen etwas: Es geht sich einfach nicht mehr für alle aus, und die Menschen merken das, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Für mich ergibt sich schon ein relativ klares Bild nach diesem Sommer. Das eine ist die Hitze. Ich finde es ja auch bemerkenswert, dass der Kollege Neumayer ernsthafterweise sagt, das Donauinselfest nächstes Jahr muss sicher nicht verschoben werden, denn das war ein Extremwetterereignis, das wir so nie wieder sehen werden. Das ist in Wirklichkeit Ihr Verständnis von der Hitze, da geht es um Wetterberichte, aber nicht wirklich darum, was Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen die ganze Zeit schon sagen.

Wenn wir dieses Bild, wenn wir die Hitze und den Weinkeller zusammenstellen, wenn wir das Wegsehen beim Marktamt und den Sexismus im Weinkeller nebeneinanderstellen, was sehen wir dann? - Wir sehen vor allem leider auch einen Bürgermeister, der schweigt. Herr Bürgermeister, Sie schweigen zu diesen Sachen, Sie tauchen ab. Wir sehen auch, dass die, die reich sind, die die richtigen Netzwerke haben, die die Hinterzimmerpolitik machen können, es sich noch so viel leichter richten können. Mir hat dieser Sommer vor allem eines gezeigt: Herr Bürgermeister, Sie erkennen die Zeichen der Zeit nicht mehr. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Zum Abschluss: Das Wien von morgen braucht wirklich ein neues Versprechen. Ich glaube, die Menschen merken, dass da ganz viele Versprechen gleichzeitig bröckeln. Ein gutes Wien von morgen braucht ein neues Versprechen. Nämlich, dass es so einen Politikstil nicht mehr gibt. Ein Versprechen, dass in Wien Sexismus und frauenverachtende Politik keinen Platz hat - und zwar nicht auf offener Bühne und auch nicht im Hinterzimmer. Es braucht auch ein Versprechen für Frauen und vor allem für Frauen, die in Führungsverantwortung gehen. Wir wissen ja, es sind nicht viele, die in Führungsverantwortung gehen. Aber auch diese Frauen brauchen ein Versprechen, nämlich dass sie auf Augenhöhe mitgestalten und arbeiten können. Es braucht auch ein Versprechen, dass wir in Wien gemeinsam verhandeln, wie wir leben wollen, wo nicht im Weinkeller gedealt wird. Es braucht auch ein Versprechen, dass wir im Sommer das Fenster aufmachen können und ein Baum kühlen Schatten spendet. Es braucht auch ein Versprechen für alle Lehrerinnen und Lehrer und für die Schülerinnen und Schüler, dass sie nie wieder so einen Sommer erleben müssen, wo sie komplett alleingelassen wurden mit der Hitze in den Klassenzimmern. Es braucht ein Versprechen, dass man sich in Wien das Wohnen leisten kann, dass das Zuhause eben nicht zu teuer ist, und ein Versprechen, dass Wien einfach alles daran setzt, Kurzzeitvermietung mit allen Ausnahmebewilligungen, die es jetzt immer noch gibt, ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben, und ein Versprechen, dass wir den Gemeindebau weder verklopfen noch verscherbeln, sondern in eine gute Zukunft holen mit Abkühlung, mit günstiger und grüner Energie und mit einer guten Nachbarschaft. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Mag. Taucher, und ich erteile es ihm. - Bitte, Sie sind am Wort.

GR Mag. Josef **Taucher** *(SPÖ)*: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen vor den Bildschirmen zu Hause!

Ja, es macht einen Unterschied, wer Wien führt. Es macht einen Unterschied, wer in Wien regiert. Das sehen wir ja bei den Gemeindebauten seit über hundert Jahren und nicht nur am Gerede hier im Gemeinderat, sondern es wird gebaute Realität.

Ja, es macht einen Unterschied, wer in Wien regiert, wenn man zurückschaut auf die Zeit, wo wir mit den GRÜNEN in Koalition waren, und wenn man dann schaut, was wir jetzt mit den NEOS in fünf Jahren zusammengebracht haben an Begrünungsmaßnahmen, Klimarat, Klimagesetz, wo Sie *(in Richtung der GRÜNEN)* dagegen stimmen. Ja, es macht einen Unterschied, wer in Wien regiert oder überhaupt, wer regiert. Ihr GRÜNEN habt im Bund kein Klimaschutzgesetz zusammengebracht. Wir haben es vorgemacht, ihr habt dagegen gestimmt. Das sind eure Hitzemaßnahmen? *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Ich finde ja, Rot-Grün hat viele Schnittmengen, aber nur Reden ist halt zu wenig. Man muss umsetzen in der Stadt. Wenn man heute durch die Stadt fährt, sieht man, dass die Stadt ein anderes Gesicht hat. Sie ist grüner geworden, "Raus aus dem Asphalt" hat gewirkt, die Radwege sind begrünt, wir haben Straßenparks gebaut. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Es gibt überhaupt Radwege!)* Wir haben für Fußgänger neue Parks gebaut, neue Grünbereiche, wir haben beschattet mit 25 000 neuen Bäumen - all das hat Rot-NEOS in den letzten Jahren umgesetzt. Das macht einen Unterschied. *(Beifall bei SPÖ und NEOS. - Zwischenruf von StR Peter Kraus, MSc.)*

Ja, ich weiß, Sie regen sich eben auf. Sie ist sinnlos, Ihre Aufregung. *(StR Peter Kraus, MSc: Ich habe gerade gesagt …)* Schauen Sie durch die Stadt, dann sehen Sie die Ergebnisse unserer Arbeit und tun Sie nicht gegen das Klimaschutzgesetz stimmen überall!

So. Dann zur Panzerknackerpartei FPÖ. Auch das macht einen Unterschied. Wir in Wien arbeiten konsequent an der Weiterentwicklung dieser Stadt. Unser Bürgermeister führt diese Stadt mit ruhiger Hand durch Krisen, durch die Covid-Krise, durch die Energiekrise. *(StR Dominik Nepp, MA: Ihr seid die Krise!)* Wien ist besser hervorgegangen aus diesen Krisen als viele andere Bundesländer.

Was Sie können, ist, nach St. Jakob zu fahren, nach Osttirol, und Ihren Tresor knacken, wo Sie Ihr Gold gelagert haben. Das ist die Panzerknacker-Partei. Sie haben noch immer Verfahren am Laufen, Sie, Herr Nepp - Inspektor Clouseau Nepp müsste man ja fast sagen -, waren ja sozusagen ein Detektiv, der aus der Zeitung herausliest, was sich alles abspielt in dunklen Kellern. Ich frage mich, was ihr alles in euren Kellern macht und auf euren Buden, was dort diskutiert wird. *(StR Dominik Nepp, MA: Bei mir darfst gern mitkommen.)* Über das können wir gerne einmal reden. Schämen Sie sich dafür, hier solchen Blödsinn zu verbreiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine Sachverhaltsdarstellung, die eingebracht wurde, wo ein Anfangsverdacht geprüft wird, das kann jeder gegen jeden machen. Das aufzubauschen, ist lächerlich. Gegen euch werden Verfahren geführt, in euren Reihen gibt es Diversionen wegen Wiederbetätigung *(StR Dominik Nepp, MA: Was meinst du jetzt? Wenn wir so beginnen, redest über … Meidlinger …)* - Nein, nein, nein. Wiederbetätigung. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)* Ja, ja, ja, der Herr Lugner, das wissen wir alles, das ist durch die Medien gegangen, das ist das System FPÖ. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Schämen Sie sich dafür, kümmern Sie sich um Ihre Parteijugend, die Schädelknochen vermisst! *(StR Dominik Nepp, MA: Das ist ja überhaupt das Beste.)* Kümmern Sie sich einmal darum. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Arier-Knochenvermessung, ich meine, das ist ja wahnwitzig. Das ist die Panzerknacker-Partei, ihr kennt die aus dem Comic, du weißt eh, die schleichen überall herum und knacken Panzer und haben das Gold irgendwo gebunkert und verhökern es. Sie waren der Schatzmeister der FPÖ in dieser Zeit, wo es um die Spesenaffäre gegangen ist. *(StR Dominik Nepp, MA: Wir sind eine Partei, die keine Schulden hat.)* - Ja, um die Spesenaffäre, wo es noch immer Ermittlungen gibt. Also Sie haben überhaupt keinen credit, hier moralisch aufzutreten, schämen Sie sich selber. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Und wo Gespräche stattfinden - bei euch finden sie halt im Vino statt, gegenüber vom Rathaus. Ob das auf einer Dachterrasse ist oder da oder dort. Diese Gespräche, von denen wir da reden, sind illegal aufgezeichnet worden. *(StRin Mag. Ulrike Nittmann: Haben sie stattgefunden? - StR Peter Kraus, MSc: Nach der Logik könnten wir die ganze Ibiza-Sache …)* Da kann man die Inhalte kritisieren, aber ich möchte nicht wissen, was ihr redet. Gibt es da Aufnahmen? Das können wir auch alles propagieren, das ist egal. *(StR Dominik Nepp, MA: Reden wir über das, was vorliegt.)*

So. VHS, Marktamt … Ich meine, das Marktamt hat hervorragende Arbeit geleistet die letzten Jahre. Dass eine Person *(StR Dominik Nepp, MA: Wo ist der untergekommen, der Marktamtsleiter? Wo ist er zum Schweigen hingesetzt worden?)* persönlich eine Grenze überschreitet, wenn sie so mit Mitarbeitern umgeht, da kümmert sich die Stadt darum, da gibt es die interne Revision und, und, und. Aber das Marktamt lasse ich mir nicht schlechtreden, das ist eine hervorragende Abteilung, die zu unserer Lebensmittelsicherheit in dieser Stadt beiträgt. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Ja, ja, gehen Sie ins Vino, dort können Sie Ihre Gespräche führen. *(StR Dominik Nepp, MA: Bist nur neidisch.)* - Schau, ich will gar nicht weiter eingehen auf Ihre Skandalserie der eigenen Partei, diese Panzerknacker von St. Jakob in Osttirol, Inspektor Clouseau, bla, bla, blaue Blasen, das kennen wir ja alles. Sie leben ja in diesen blauen Blasen mit Ihrem eigenen blauen Medienimperium, wo Sie sich selber die Geschichten erzählen. Die Geschichten, die ihr irgendeinem Blattl erzählt's, die tut ihr dann wieder kopieren und wieder bei euch publizieren - das ist so ein selbstbefruchtender Kreislauf. Und dann glaubt ihr es auch noch, dass das die Wirklichkeit

ist! Ihr lebt ja vollkommen in einer Parallelwelt! Geht einmal raus nach Wien, schaut euch die Stadt an, dann wisst ihr, wie wunderbar sie ist. Ich lebe gerne hier, und ich lasse mir meine Stadt nicht schlechtreden. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Denn unser Bgm Michael Ludwig ist nämlich der Garant für ein prosperierendes, also für ein blühendes, für ein wachsendes, für ein nachhaltiges und enkelgerechtes, Wien. *(Heiterkeit bei GR Michael Stumpf, BA.)* Und ich bin deswegen unheimlich glücklich darüber, dass er gesagt hat, dass er 2030 wieder als Bürgermeister antritt. *(Beifall bei der SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: 30 Milliarden Schulden!)*

Mit diesem Team und mit diesem Bürgermeister werden wir die Stadt in die Zukunft führen, und nicht mit diesen Panzerknackertypen, die Schädelknochen vermessen. Das ist nicht mein Wien. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Zum Arbeitsmarkt. Wir können ganz ruhig bleiben, Herr Inspektor Clouseau Nepp, wir können ganz ruhig bleiben. Schauen wir uns einmal die Arbeitsmarktzahlen an. Wien ist das einzige Bundesland mit einem Wirtschaftswachstum. Wien verzeichnet 2025 überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, die Prognose des WIFO für 2026 ist plus 1,1 Prozent. Wien weist auch das höchste Beschäftigungswachstum auf, plus 5 722 Personen, das sind 0,6 Prozent plus. Die Zahl der unselbstständig beschäftigten Ausländer steigt. Das ist ja, was Sie *(in Richtung der FPÖ)* nicht wollen. *(StR Dominik Nepp, MA: College 25+ …)* Sie stimmen ja gegen alle Arbeitsmarktinitiativen, wo wir Menschen integrieren, und schreien dann, die müssen sich integrieren. Sie sind gegen das College 25+, ein überaus erfolgreiches arbeitsmarktpolitisches Projekt, wo wir 51 Prozent Vermittlung in den Arbeitsmarkt haben, wo Menschen hierherkommen und sich über den waff ausbilden, sich gemeinsam mit dem AMS integrieren *(StR Dominik Nepp, MA: Das sind die Raketenwissenschaftler!)* und Steuern zahlen und Sozialversicherung zahlen und in die Pensionskassa einzahlen, damit unsere Leute hier in Österreich Pensionen kriegen können, Arbeitslosenversicherung und, und, und. Das sind die Menschen, die etwas beitragen. Und gegen die sind Sie! Sie sind nämlich die Partei, die gegen die Menschen ist, die etwas leisten, so schaut es aus ja. *(Heiterkeit bei der FPÖ. - Beifall bei SPÖ und NEOS. - StR Dominik Nepp, MA: Ah wirklich?)*

Ja, ja. Ende August sind 29 458 Personen mit Fluchthintergrund in Arbeit gekommen. Das müssen Sie sich einmal vorstellen, das ist ein Minus in den Arbeitslosenzahlen zum Vorjahr von 6 200 Personen oder ein Minus von 17,3 Prozent in diesem Bereich. Das sind Erfolgszahlen, die Wien da liefert. Unsere Projekte sind österreichweit vorbildlich, in ganz Österreich liegen arbeitsmarktpolitische Projekte bei 30, 35 Prozent Vermittlungsquote, unser Jugend-College hat über 50 Prozent. Das ist ein Vorzeigeprojekt - und dagegen stimmen Sie! *(StR Stefan Berger: Die anderen Bundesländer …)* Sie wollen gar nicht, dass die Leute arbeiten. Sie wollen gar nicht, dass sie Deutsch lernen. Sie wollen gar nicht, dass sie Steuern zahlen, dass sie in die Sozialversicherung einzahlen. Sie wollen nur Krawall machen, das ist die Panzerknacker-Partei FPÖ! *(Zögerlicher Beifall bei SPÖ und NEOS. - StR Dominik Nepp, MA: Da applaudieren nicht einmal deine eigenen Leute.)*

So. Ich war erst am Wochenende beim Band Fußball Cup 2026, wo Musiker und Musikerinnen, Kabarettistinnen und Kabarettisten, InfluencerInnen sich zusammengeschlossen haben und ein Fußballturnier gemacht haben für die Frauenhäuser, für White Ribbon, für Männer, die auftreten gegen Gewalt an Frauen. Das sind die Wiener Initiativen. *(StR Dominik Nepp, MA: Aber sind sie gegen Ludwig aufgetreten?)* Ich habe dort keinen GRÜNEN gesehen. Ihr wart nicht dort. Hier am Rednerpult seid ihr recht feministisch, aber in der wirklichen Tat, in der Arbeit, sehe ich euch nicht. *(Zwischenrufe von den GRÜNEN.)* Deswegen bin ich stolz, dass wir in Wien solche Projekte haben, wo Künstler auftreten gegen Gewalt an Frauen, denn das ist Männersache! Wir Männer müssen etwas dazu beitragen, das kann nicht alleine Frauensache sein. Wir Männer müssen beitragen zu einem neuen Männerbild, zu einer neuen Männerbewegung, wo wir auch für gewaltfreie Kommunikation stehen, wo wir dafür stehen, dass Gewalt in unserer Gesellschaft keinen Platz hat. *(Beifall bei SPÖ und NEOS. - StR Dominik Nepp, MA: Sag's deinen Syrern und Afghanen.)*

Auch da ganz leise sein. Ich glaube, ich habe in der Zeitung - natürlich nur in der Zeitung -, von doch einigen Abgeordneten der FPÖ gelesen, die ihre Frauen daheim birnen. Das haben wir auch schon alles gehabt. *(StR Dominik Nepp, MA: Was ist mit dem Axtmörder der SPÖ? SPÖ-Stadtregierungsmitarbeiter köpfte Frau mit Axt! Der Axtmörder der SPÖ!)*

Jedenfalls - Wien ist die Stadt der Frauen. Wir haben FRECH - FRauen Ergreifen CHancen, wir haben die Frauenarbeitsstiftung, das Frauengesundheitszentrum, ein fünftes Frauenhaus, Wien hat den niedrigsten Gender-Pay-Gap. Und wenn du in die Stadtregierung schaust, haben wir vier Stadträtinnen und zwei Stadträte, Michael Ludwig hat also die weiblichste Stadtregierung, die es je gegeben hat. *(StR Stefan Berger: Wir haben auch eine Frau.)* Deswegen bin ich stolz, in seinem Team zu sein, und dass wir bis 2030 ordentlich arbeiten und auch abliefern in dieser Stadt, gemeinsam mit den NEOS, und dann wird abgerechnet, nicht heute auf Grund eines Sonder-Gemeinderates, der wegen Zeitungsartikeln, wegen Hörensagen und irgendetwas Gelesenem entstanden ist. *(StR Stefan Berger: Aber wenn's dir passt, zitierst du schon aus der Zeitung.)*

So. Wiener Wohnen, Gemeindebau: 500 000 Menschen wohnen im Gemeindebau, 610 ha Grünflächen, also das könnte ich weiterfortführen, aber darauf wird die GRin Waltraud Karner-Kremser dann noch eingehen.

Klimaschutz: Smart Klima City Strategie, Klimagesetz, Tiefen-Geothermie: Jetzt werden wir dann das nächste Tiefen-Geothermie-Kraftwerk bauen, das zweite schon. Wir machen den Photovoltaik-Ausbau, unser Bürgermeister hat das gesagt bei "Wien heute", wir sind

Solarhauptstadt, wir sind Spitzenreiter, wir tun etwas für diese Transformation und nicht nur reden am Rednerpult. *(StR Peter Kraus, MSc: … hat überhaupt nichts dazu beigetragen …)*

Windkraftausbau: Bis 2030 werden alle Wiener Haushalte mit Ökostrom versorgt werden, bis 2040 der ganze Verkehrssektor, Bim, Bus, U-Bahn und zusätzlich noch E-Autos.

Trinkwasserausbau - wir tun nichts, gel? *(in Richtung der GRÜNEN)* Hitzevorbeugemaßnahmen - 1 800 öffentliche Brunnen. Aber wir tun nichts seit Jahren! In ganz Deutschland gibt es nicht mehr Trinkbrunnen als in Wien! Wir bauen die Wasserversorgung aus, unser Bürgermeister betont das auch immer wieder, das neue Grundwasserwerk, das wir gerade auf der Donauinsel bauen, oder der neue Speicher mit einer Milliarde Liter Wasser. Wir bauen mit der Wasserversorgung ein starkes Rückgrat für diese Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger.

Die FPÖ kriegt das anscheinend alles nicht mit, die redet nur von irgendeinem dunklen, grauenhaften Wien, wo man nicht leben kann. Ich lebe gerne hier, und ich bin stolz, dass wir so viele Maßnahmen setzen. Gleichzeitig machen wir auch Hitzeanpassungen in der Stadt, das ganze Schwammstadtprinzip, wo wir eigenes Granulat entwickelt haben, das Bäume länger feucht halten kann. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Nachbegrünen tun wir.)* Die Nachbegrünung natürlich, die Umgestaltung der Bahnhofsvorplätze, Beispiel: Nachbegrünung des Nelson-Mandela-Platzes, Nachbegrünen in der Seestadt, Simone-de-Beauvoir-Platz. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima - in Richtung der GRÜNEN: Eure Betonwüsten.)* Der Platz wurde zum Beispiel von der grünen Stadträtin zubetoniert, Ulli Sima hat ihn aufgerissen und grün gemacht und Bäume gepflanzt. *(Beifall bei SPÖ und NEOS. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Wir schaffen neue Grünverbindungen mit dem Bahnhof Breitenlee, ein Naturschutzareal, ein EU-LIFE-Projekt, eine Grünbrücke vom Bisamberg über den Regionalpark DreiAnger bis Süßenbrunn, Breitenlee, Seestadt, Hosenträger, runter bis zur Kirschenallee bis in die Lobau und dann bis Bratislava. Das sind Artenschutz-Trails, die wir in dieser Stadt bauen, das sind Klimawandelanpassungsmaßnahmen, das sind Kühlungsmaßnahmen, wo durch die Bäume kalte Luft in die Stadt kommt. So geht gute Politik. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Vielleicht noch, damit es nicht ganz so düster ist - aber die FPÖ ist schon weggetreten. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Das können sie gar nicht mehr aufnehmen, glaube ich, man merkt, sie sind geistig schon vollkommen abwesend, so viel gute Dinge an einem Tag sind anscheinend nicht erträglich. *(GR Michael Stumpf, BA: Es wird immer schlimmer!)*

Ich sage noch ein bisschen etwas zur Gesundheit. Wir erneuern unsere WIGEV-Spitäler mit einem kompletten Modernisierungsprogramm bis 2030, 3,3 Milliarden Investment. Was ist das? - Das ist ja nicht nur Geld in Zahlen, das sind Arbeitsplätze, das ist Wirtschaft, das ist Input in die Wirtschaft, das sind Löhne, wo Leute dann wieder zum Friseur gehen, in den Urlaub fahren können, sich irgendetwas leisten können, vielleicht einmal ein gutes Essen mit der Familie. Das ist ein Impuls in die Wirtschaft, und das sind Arbeitsplätze. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Die 200 Millionen von der KELAG, wo sind die?)*

Wir bauen natürlich die regionalen Gesundheitszentren aus, da war Wien auch ganz vorne dabei. Die Bundesländer schauen schon ein bisschen auf uns und sagen, eigentlich haben wir überall zu wenig Hausärzte, eigentlich bräuchten wir auch solche primären Versorgungszentren, dezentrale ambulante Gesundheitsvorsorgeeinrichtungen. Wir haben sie in Wien - und zwar schon an die 70. Wir werden jetzt noch einmal 29 dazu bauen. Damit ist Wien super regionalisiert, dezentralisiert, und das ist ein super Angebot. *(Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.)* Die Nummer 1450 wird auch noch ausgebaut Richtung Geburten, dass man sich dort anmelden kann, weil das auch wichtig ist, dass man nicht suchen muss.

Also conclusio: Ich lebe gerne in dieser Stadt, ich liebe diese Stadt. Ich finde, die Stadt wird immer schöner. Sie wird in die Zukunft entwickelt, wir haben Klimawandelanpassungsmaßnahmen en masse, wir setzen diese Pfeiler ein, gemeinsam, Rot und NEOS, und wir gehen mit dir, Michael, in die Zukunft, weil er unser bester Bürgermeister ist. - Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist GR Taborsky, und ich erteile es ihm. - Bitte schön, Herr Gemeinderat.

GR Hannes **Taborsky** *(ÖVP)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich möchte einmal mit etwas Positivem beginnen. Ich habe nämlich etwas Positives zu berichten, das beweist, dass Zusammenarbeit ein wesentlicher Punkt ist, dort, wo sie funktioniert. Ich habe das schon im Umweltausschuss gesagt, dass man sich bei mir bei einer Veranstaltung im Land Niederösterreich sehr herzlich von Seiten der Feuerwehr bedankt hat für die Kooperation der Stadt Wien beim Brand im Föhrenwald, denn das wäre nicht möglich gewesen, ohne dass man von der zuständigen Stelle dort das Wasser freigegeben hätte. Ich glaube, das beweist, wenn man über alle Fraktionen und auch über Landes- und vielleicht auch Bundesgrenzen zusammenarbeitet, etwas Positives zu Stande kommt. Deswegen ist es mir wichtig, im Auftrag des Herrn Kommandanten der Niederösterreichischen Feuerwehr das hier auch dem Gemeinderat, der Stadt Wien ausdrücklich auszurichten. Das habe ich hiermit im Gemeinderat erledigt. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ, NEOS und GRÜNEN.)*

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, der heurige Sommer war ja gewissermaßen ein Baustellensommer - und zwar nicht nur, was die Baustellensituation in Wien betroffen hat, sondern auch, was die Krisen in der Welt betrifft: Energiekriege, Wirtschaft, Arbeit. Eine dieser Baustellen ist auch das Budget in Wien, meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu werde ich noch kommen.

Zu Beginn allerdings zum ursächlichen Thema dieser Gemeinderatssitzung. Ich glaube, die ÖVP hat ganz klar gesagt, was sie von dieser Sache hält. Markus Figl, unser Parteiobmann, war der Erste, der klargestellt hat, ich zitiere: "Als Wiener Volkspartei stehen wir ganz klar für ein völlig anderes Politikverständnis als jenes, das in den Medienberichten zum Ausdruck kommt. Wir distanzieren uns klar von diesen Vorkommnissen und Aussagen."

Es wurde dann von der Bundespartei der Parteiausschluss vollzogen, einstimmig. Was mich durchaus etwas verwundert hat, war, dass es unserer Frauenvorsitzenden Sabine Keri übrig war, dass sie entsprechend eine Aussendung machen musste - Kein Salut für ein frauenfeindliches System -, denn das Schweigen der SPÖ zu diesem Thema war etwas lautstark für mich. Also man hätte sich hier vielleicht auch entsprechend äußern können, allerdings hat man das unterlassen. Ich glaube, echte Männer nehmen Frauen ernst, die haben es nicht notwendig, in dieser Art und Weise über Frauen zu sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Richtung SPÖ - übrigens auch nicht über die Geschlechtsreife von Frauen in diversen Glaubensrichtungen, das hat mich auch etwas befremdet im heurigen Sommer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht noch zu einem vorliegenden Antrag: Die FPÖ hat einen Antrag gestellt, die Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer Österreich abzuschaffen. Ich kann mich da an ein Zitat eines NEOS-Abgeordneten erinnern aus dem Nationalrat, der gesagt hat - und das ist gar nicht so lange her, ich glaube, ein oder zwei Jahre erst: "Wir werden auf dem Grab der Pflichtmitgliedschaft tanzen." - Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bin ich relativ unverdächtig, ich bin weder Mitglied der Arbeiterkammer noch der Wirtschaftskammer, allerdings möchte ich kurz einmal innehalten und Ihnen vielleicht erklären, was das bedeuten würde.

Österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben nach OECD-Schnitt eine 98-prozentige Abdeckung im Kollektivvertragsbereich, das ist eine unheimliche Errungenschaft in Österreich. Andere Länder, wie zum Beispiel Deutschland, haben nur 50 Prozent Abdeckung, die Slowakei 27 Prozent, Polen 12 Prozent, der EU-Schnitt liegt in etwa bei 60 Prozent, und Österreich überschreitet deshalb auch die Mindestrichtlinie der Europäischen Union. Wenn man jetzt die Pflichtmitgliedschaft abschafft, dann bedeutet das, dass auf der Seite der Wirtschaftstreibenden keine Verbände mehr dafür zuständig sind, diese Dinge entsprechend umzusetzen.

Mich wundert es, dass das gerade von einer Partei kommt, die angeblich für die kleinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuständig ist. Bei den NEOS als wirtschaftsliberale Partei verstehe ich das noch irgendwo, dass ihnen das wurscht ist. Aber bei der FPÖ habe ich mir doch etwas mehr Insiderwissen erhofft. Ich nehme zur Kenntnis, es ist dort nicht vorhanden. Wir werden auf alle Fälle nicht dafür sorgen, dass die Kollektivvertragsfähigkeit in Österreich massiv nach unten geht und man damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schutzlos der Willkür des Arbeitsmarktes aussetzt. Da sind wir als ÖVP ganz klar dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Davon unabhängig geht es um Reformen, das möchte ich schon dazusagen, dass man gewisse Systeme und Strukturen sicher anpassen muss an die heutige Zeit. Allerdings soll man nicht, wie man so schön sagt, das Kind mit dem Bade ausschütten, bei diesen Dingen.

Jetzt zur Baustelle Budget, ein kurzer Faktencheck. Nachdem wir eine dringliche Anfrage vorhaben zu diesem Thema, wollte ich nur sagen: Das Budget dieser Stadt hat natürlich etwas mit dem Arbeitsmarkt zu tun und mit der Wirtschaft. Der geschätzte Herr Taucher hat da vorher wunderbare Blumen gemalt zum Befinden dieser Stadt.

Also ich lebe auch sehr gerne in dieser wunderschönen Stadt, und es ist so, dass sie Gott sei Dank schöner wird. Nur, der Erfolg des Arbeitsmarktes hat, wie ich aus einer Sitzung des waff mitgenommen habe - und das ist jetzt nicht meine Aussage, sondern die des stellvertretenden AMS-Leiters von Wien -, mehr damit zu tun, dass es gelungen ist, den subsidiär Schutzberechtigten inzwischen jenen Status zuzuerkennen, der es ihnen ermöglicht, auch den Arbeitsmarkt entsprechend wieder als positiv anzunehmen. Die Differenz, die sich jetzt am Arbeitsmarkt wiederfindet, durchaus in positiven Zahlen, ist in etwa die, die vorher die subsidiär Schutzberechtigten waren. Wenn man da dem Vorschlag der ÖVP früher gefolgt wäre, wäre dieser Effekt vielleicht schon früher eingetreten. Mit anderen Worten: Was die ÖVP fordert, wirkt, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da jetzt von großen Initiativen zu sprechen - also ich würde mich freuen, wenn Wien endlich einmal von der Zweistelligkeit wegkommt bei der Arbeitslosigkeit. Wien ist das einzige Bundesland, das zweistellig ist, wie übrigens noch immer die drei SPÖ geführten Bundesländer die negative Arbeitslosenstatistik anführen. Das ist vielleicht auch ein bisschen gschmackig, dass in dieser Republik ausgerechnet jene Bundesländer, die von einer Partei geführt werden, die angeblich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas übrig hat, dafür sorgt, dass dort die meisten Arbeitslosen sind, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es wäre vielleicht auch gut, dort Überlegungen anzustellen.

Nun zur Baustelle Budget. Also Wien verursacht fast das gesamte Minus aller Bundesländer, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das hat natürlich massive Auswirkungen. Denn das, was da alles angekündigt worden ist, muss auch jemand zahlen. Wir haben ja schon gehört, dass die U5 möglicherweise nicht in Betrieb geht oder die Inbetriebnahme verschoben wird, weil schlichtweg das Geld ausgegangen ist. *(Amtsf. StRin Mag. Ulli Sima: Nein, nein.)*

Im ersten Halbjahr 2026 betrug das Nettofinanzierungssaldo aller neun Bundesländer zusammen minus 1,2 Milliarden EUR, davon entfielen allein minus 1,1 Milliarden auf Wien. Rechnet man Wien heraus, verbleibt für die übrigen acht Bundesländer zusammen lediglich ein Minus von 61 Millionen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist natürlich eine Katastro-

phe, denn so wird dieses Österreich nicht in eine budgetär vernünftige Zukunft geführt werden können. Die Bundesregierung macht ihre Hausaufgaben, alle anderen Bundesländer machen ihre Hausaufgaben, nur Wien macht sie nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das ist so nicht akzeptabel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr zeigt einen deutlichen Unterschied. Die übrigen acht Bundesländer haben ihr gemeinsames Minus innerhalb eines Jahres von 1,45 Milliarden auf nur 61 Millionen reduziert, also um knapp 96 Prozent. Wien konnte seinen negativen Nettofinanzierungssaldo hingegen lediglich um rund 36 Prozent verringern. Da ist noch einiges zu tun.

Weiters möchte ich hier nur anmerken, dass wir auch in der letzten Sitzung bereits zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Abgaben und Ertragsanteile einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Also was die SPÖ - und es wundert mich ja immer wieder, dass die NEOS hier ungescheut mitmachen - wirklich kann, ist der Griff in die Taschen der Wienerinnen und Wiener, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieses Geld versickert dann in irgendwelchen Kanälen, in Großprojekten - der Herr Kollege Nepp hat das angesprochen -, wo wir nicht wissen, ob sie jemals errichtet werden. Die neueste Geschichte in dem Bereich ist die Eventarena, wo ich ein bisschen neugierig bin, wie viele Millionen da in die Planungen einer Baustelle gesteckt wurden, wo auch niemals etwas passieren wird.

Also meine sehr verehrten Damen und Herren, wer mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener so umgeht, der ist nicht in der Lage, diese Stadt in eine gute Zukunft zu führen. Allerdings möchte ich da auch jetzt zu diesem heutigen Antrag einer sofortigen Neuwahl etwas sagen.

Gerade in Krisensituationen ist es so, dass man die Menschen auch nicht aus der politischen Verantwortung entlassen soll. Ich glaube, dass der Herr Bürgermeister und die Stadträtinnen und Stadträte insgesamt durchaus in der Verantwortung sind, um jetzt einmal darzustellen, wie sie das in den Griff bekommen wollen. Wir haben ja noch die Aussage der Frau Finanzstadträtin, dass zwei Drittel über Einsparungen und ein Drittel über Einnahmen vorliegen werden am Ende des Jahres.

Die Einnahmen kennen wir in der Zwischenzeit sehr genau, bei den Einsparungen haben wir noch nicht viel gesehen. Das letzte Schmankerl war da der Kultureuro, wo man sich wieder überlegt hat, wie kann man den Wienerinnen und Wienern noch einmal kräftig in die Tasche greifen. Das wurde jetzt zurückgezogen, irgendwo in der Zeitung habe ich gelesen, man will jetzt eine Haushaltsabgabe einführen. Das ist auch eine unglaubliche Idee, mit anderen Worten mehr Geld aus den Taschen der Wienerinnen und Wiener ziehen, das ihnen übrigens die Bundesregierung über die kalte Progression zurückgegeben hat. Da die Kritik in Richtung der Regierung zu stellen, man soll dort etwas tun, ist der falsche Adressat, denn es ist sehr viel passiert in dem Bereich. Man hat Steuerreformen beschlossen, man hat die kalte Progression, die seit Jahren und Jahrzehnten gefordert wurde, abzuschaffen, in der letzten Regierung entsprechend abgeschafft mit einem Anteil, der zurückbehalten wird für Krisensituationen. Aber zwei Drittel sind den Menschen zur Verfügung gestellt worden, das war für jeden Haushalt viel Geld.

Was ist der Stadt Wien dazu eingefallen? - Wir nehmen es den Leuten gleich wieder aus der Geldtasche heraus, weil die haben ja jetzt mehr und wir können es entsprechend verbraten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist keine nachhaltige Budgetpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, wir lassen die Stadtregierung nicht aus der Verantwortung. *(Zwischenruf von StR Stefan Berger.)* Wir verlangen, dass dargestellt wird, wie man gedenkt, die Baustellen, die Löcher, die da aufgerissen werden, wieder zuzuschütten - und zwar nicht dadurch, dass man die Menschen in der Stadt weiter belastet, sondern dass man uns endlich ein vernünftiges Konzept vorlegt, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist GRin Arapović. - Bitte, Frau Gemeinderätin, Sie sind am Wort.

GRin Dipl.-Ing. Selma **Arapović** *(NEOS)*: Werte Kolleginnen und Kollegen, herzlich willkommen aus der Sommerpause, mehr oder weniger!

Ich habe mich eigentlich auf die heutige Debatte sehr gefreut, weil ich mir gedacht habe, okay, jetzt geht's um die Sache, wir reden über das, was unsere Verantwortung ist. Was bekommen wir aber geliefert? - Einmal mit alles, ohne Scharf. *(Beifall bei den NEOS und von Amtsf. StRin Mag. Veronica Kaup-Hasler. - GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Hast einen Rhetorikkurs …)*

Genau. Wenn wir aber den Eindruck gewinnen, dass generell in der Stadt - das muss ich schon ehrlich sagen - Wohnungen, Aufträge, Chancen, Posten oder Ähnliches ohne faire, transparente Verfahren passieren, dann sollte man das thematisieren, das ist ganz wichtig. *(StR Dominik Nepp, MA: Das haben wir ja gemacht, oder?)* Deshalb ist diese Debatte ernst, und deswegen habe ich mir wirklich auch eine ernsthaftere und fokussiertere Debatte gewünscht und nicht eine Budget-Kampagnen-Debatte, die alle so irgendwo parat gehabt hat. Die FPÖ hat jetzt eine Kampagne, die GRÜNEN haben die andere Kampagne und die ÖVP redet hauptsächlich über die Bildung oder dann auch über das Budget, außer sie sind gerade verantwortlich für das Budget. *(StR Dominik Nepp, MA: Und die NEOS haben die SPÖ-Kampagne.)*

Aber Transparenz und die Folgen einer intransparenten Politik sind schon verheerend für das demokratische Verständnis in der Bevölkerung, für das Vertrauen in unsere Institutionen und in uns. Warum sind die NEOS angetreten, warum kam es zu einer Gründung der NEOS? - Gerade deswegen, weil man gesehen hat, dass es diese verkrusteten Strukturen, Parteienkorruption, Postenschacherei und die Politik hinter den verschlossenen Türen gibt, dass das gang und gäbe war, deswegen sind die NEOS gegründet worden, und deswegen sind wir angetreten. *(Beifall bei den NEOS. - StR Dominik Nepp, MA: Und genau deshalb sind eure*

*Gründer auch ausgetreten oder ausgeschlossen worden. Wie schaut's aus mit …)*

Gerade deswegen gehört auch Transparenz, Herr Kollege Nepp, zu unseren Grundprinzipien, zu unseren Grundwerten und zu unserer Politik. Transparenz ist de facto nicht ein politisches Thema. Transparenz *(Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.)* ist eine Haltung, die ich von allen hier einfordere, auch von der FPÖ. Das ist der Unterscheid: Die FPÖ ist beim Einfordern bei den anderen sehr stark und sehr laut, ganz vorne mit dabei, aber wenn es um die eigene Partei geht, wenn es um die eigenen Leute geht, dann ist es anders. Die FPÖ hat tatsächlich die Gelegenheit gehabt, das in der Vergangenheit oft genug zu beweisen, wie *(StR Dominik Nepp, MA: Wer hat denn in der WKO vieles ausverhandelt? - GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Euer Vizepräsident.)* die FPÖ mit Transparenz und mit der Postenschacherei umgeht. *(Beifall bei den NEOS und von Amtsf. StRin Mag. Veronica Kaup-Hasler.)*

Auf die Wirtschaftskammer und auf die Geschehnisse des Sommers komme ich noch zu reden. Aber worauf ich auch eingehen wollte, sind diese ganzen Postenlisten und Sideletter der FPÖ gemeinsam mit der ÖVP, wo bis zu den Höchstgerichten ganz genau geklärt war, wer welchen Posten bekommt. *(StR Dominik Nepp, MA: Das sieht nur in Ihrem Außen- und in Ihrem Bildungsministerium …)* - Nicht die Person, die geeignet ist, sondern welche Partei, und dagegen kämpfen wir ständig an, und das ist das Wichtigste! Das ist die Transparenz, die wir einfordern. *(Beifall bei den NEOS. - Zwischenruf von StRin Mag. Ulrike Nittmann.)*

Ich möchte jetzt hier nicht die Personen in den Vordergrund stellen, aber wir alle erinnern uns an den Fall von Peter Sidlo, dass ich den Namen richtig ausspreche, den Wiener FPÖ-Bezirksrat. Er wurde 2019 Finanzvorstand der teilstaatlichen Casinos Austria. In der damaligen Berichterstattung hat auch der beauftragte Personalberater schon gewarnt und gesagt: Ob das passt, ob dieser Mensch auch dementsprechend Qualifikationen mitbringt, ist zu hinterfragen. *(StR Dominik Nepp, MA: Das Einzige … wir … der Personalberater war …)* Nichtsdestotrotz wurde dieser Posten so besetzt wie vorher von der FPÖ und ÖVP ausgemacht. *(Beifall bei den NEOS. - Zwischenruf von GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.)*

Das bringt mich auch zu einem anderen Satz, der uns NEOS trägt und der auch in der Öffentlichkeit ein NEOS-Label hat: Es ist nicht, wen du kennst, sondern was du kannst. Das ist das tatsächlich Wesentliche.

Weil auch das Thema Wohnungsvergaben angesprochen wurde von Herrn Kollegen Nepp, möchte ich darauf hinweisen, dass gerade im Sommer das Thema der Wohnungsvergaben in Oberösterreich, wo die FPÖ in der Verantwortung war, in den Medien thematisiert wurde. *(GR Maximilian Krauss, MA: Jetzt darf man schon wieder aus den Medien zitieren?)* Und zwar ist es um die Wohnungsvergabe von den gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften in Oberösterreich gegangen, wo die Wohnungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom damaligen Wohnbaulandesrat Haimbuchner so irgendwie vergeben wurden, ohne dass es eine transparente und nachvollziehbare Vorgangsweise gewesen wäre. *(StR Dominik Nepp, MA: Das stimmt überhaupt nicht. … dass der nichts getan hat.)* - Ist in den Medien kolportiert worden. *(Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)* Die Medien haben nachgefragt und auf einmal gibt es die Firma nicht, auf einmal ist niemand zuständig, und man kann dem nicht nachgehen.

Gerade das, möchte ich als Wohnbaupolitikerin sagen, ist mir vor allem im geförderten und sozialen Wohnbereich total wichtig: dass es Fairness, Transparenz, aber auch eine Art der Treffsicherheit geben muss. Das sind wir den Menschen draußen schuldig. *(Beifall bei den NEOS. - GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Immer bis zum Ende lesen, das hilft.)*

Jetzt habe ich hier einen langen Absatz, aber den werde ich auslassen, weil ich hoffe, das ist auch einzulesen. Da geht es um Posten und die Angehörigen von Politikerinnen und Politikern der FPÖ und wie die Familien oder Verwandten zu Posten kommen, wie das irgendwie schon sehr verschachtelt ist - die Frau, die Tochter von dem und dem ist dort und da. Das kann man alles super im "Standard" nachlesen. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Ich lese ja den "Standard" nicht.)* - Oder ich freue mich über die Aufklärung, wenn sie von dir kommt.

Also die Verwandten und Familienmitglieder von Politikerinnen und Politikern können tatsächlich sehr gut geeignete Personen sein. *(Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)* Aber gerade bei solchen Postenbesetzungen muss die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz A und O sein, damit wir uns da nichts vorwerfen lassen können von der Öffentlichkeit, nicht transparent vorgegangen zu sein. *(Beifall bei den NEOS. - StR Dominik Nepp, MA: Wo ist die Intransparenz, wenn jeder es weiß?)*

Dann komme ich letztendlich … *(Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)* Ich rede jetzt kurz über den Sommer, der war wirklich sehr ergiebig, muss ich schon sagen. Das haben so Sommer in sich, manchmal steigt die Hitze zu Kopf, manchmal der Wein. Auf Ibiza, ich weiß nicht, war es wahrscheinlich die Hitze oder die kühle Nacht. Aber das ist tatsächlich etwas, was mich de facto entsetzt. Wirklich, das hat mich richtig wütend gemacht - einerseits. Andererseits habe ich mich mir gedacht, woher kommt dieses Gefühl? Wir wissen ja eh, dass das so ist und dass das so vor sich geht. Nur tut es wirklich weh, wenn es irgendwie so ungefiltert an die Öffentlichkeit kommt. Wenn ich es so genau weiß, tut das wirklich weh. *(StR Dominik Nepp, MA: Also was ist dann der Fehler? Dass es im System passiert oder dass es an die Öffentlichkeit kommt?)*

Wo ist der Fehler? - Das ist genau auch das Thema, was auf Ibiza passiert ist, ganz ehrlich. Ich habe mich da für Österreich fremdgeschämt, muss ich ehrlich sagen. Obwohl ich mit der FPÖ gar nichts zu tun hatte und nichts zu tun habe. Aber wie ein FPÖ-Politiker, ein hochrangiger österreichischer Politiker da auftritt und das Land verscherbelt, das tut mir wirklich weh. *(Beifall bei den NEOS. - Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Noch einmal: Die Verantwortung ist etwas, worauf wir achten sollten, wenn wir tatsächlich mit den öffentlichen Geldern und mit unserer Macht umgehen. Das ist wirklich wesentlich. Was auch noch wesentlich ist, ist die Art und Weise, wie wir über die Menschen reden. Das ist eigentlich die wesentliche Verantwortung. Was tragen wir mit unserem Beitrag dazu bei, dass es der Gesellschaft, dass es den Menschen, den Wienerinnen und Wienern da draußen gut geht? - Da muss ich schon sagen, diese Liste eines FPÖ-Politikers in Innsbruck, die am Wochenende in den Medien gewesen ist, von den Kindern, die gerade eingeschult werden, das ist wirklich widerlich und mit einem widerlichen Wort verknüpft. Geht man so mit den Kindern um? Was wollt ihr damit bewirken? *(Beifall bei NEOS und SPÖ.)*

Die sind am Anfang ihrer Schulzeit, schauen neugierig und offen in die Welt, und dann bekommen sie es so auf den Kopf, weil sie heißen, wie sie heißen. Wirklich? Ist das Ihre Verantwortung? Ist das, wie Sie diesen Wechsel umsetzen wollen? - Mich graust es davor, wirklich. *(Beifall bei den NEOS. - GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Haben Sie nicht früher gesagt, wir sollten über Themen reden?)*

Und dann, Herr Nepp, muss ich auch sagen, das "Sommergespräch" von Ihnen habe ich mir auch noch ein bisschen angehört, und da gab es schon merkwürdige Sätze. *(StR Dominik Nepp, MA: Ah ja?)* Und zwar einerseits ist sehr offen dargestellt, wie Sie zum Beispiel mit queeren Menschen umgehen wollen, wie Sie der Transgenderlobby unterstellen, dass sie Familie, Tradition zerstören will *(Zwischenruf bei der FPÖ: Fakten!)*, dass Menschen und ihre Interessensvertretungen zu Bedrohungen in unserer Gesellschaft werden. Das ist das, was Sie wollen. *(StR Dominik Nepp, MA: Wir brauchen sie nicht fördern. Jeder soll leben, wie er will. Ich brauche nicht …)* Das ist es.

Was mich, aber nicht nur mich, sondern auch alle Menschen, die im Bildungsbereich unterwegs sind, auch sehr entsetzt hat, ist Ihre Aussage, Inklusion sei gescheitert. *(StR Dominik Nepp, MA: Reden Sie einmal mit den Lehrern. Die Schule ist gescheitert. Und Ihr System ist gescheitert. Fördern Sie doch Kinder individuell. Sie sind …)* Und Inklusion ist tatsächlich der State of the Art in der Bildungsdebatte. *(StR Dominik Nepp, MA: Die Schüler können kein Deutsch mehr, die Lehrer sollen sie unterrichten und Sie wollen auch noch inkludieren. Geht's Ihnen noch?)* Aber was wollen Sie? - Sie haben einen Antrag auf Sonderschulen in Oberösterreich gestellt. Ist das tatsächlich Ihr Weg? Hier zu trennen, anstatt zu inkludieren? *(Beifall bei den NEOS. - Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)*

Dann ist es tatsächlich unsere gesellschaftliche Verantwortung diesen Kindern gegenüber, die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, aber nicht, sie abzusondern. *(Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)* Das ist, was ich einfordere. *(Beifall bei den NEOS.)*

So. Also. Wie schon gesagt, es ist unsere Verantwortung, wie wir tatsächlich mit den öffentlichen Geldern und mit unseren Machtpositionen beziehungsweise auch mit den Möglichkeiten und Privilegien, die wir als Politikerinnen und Politiker haben, umgehen. Darüber hinaus ist es auch unsere Verantwortung, wie wir mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft umgehen. Das sagt viel mehr über uns selbst aus als über die Menschen, über die wir sprechen. Deswegen sage ich auch, dass wir NEOS tatsächlich für Politik sind, die Kontrollen gern zulässt, die Verantwortung übernimmt, aber wo wir uns auch selbst kontrollieren lassen und das auch von den anderen verlangen. Das ist unser Anspruch, und daran wollen wir gemessen werden, weil wir den Wienerinnen und Wienern das schuldig sind. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Prack. - Bitte, Herr Kollege, Sie sind am Wort.

GR Georg **Prack**, BA *(GRÜNE)*: Ich brauche keine 220 000 Sozialwohnungen, hat der Bezirksvorsteher der Donaustadt im Keller gesagt, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

150 000 oder 100 000 Wohnung würden laut Ernst Nevrivy reichen, oder wie er es ausdrückt: "Einen Teil verklopfe ich." - So tritt einer der mächtigsten Bezirksvorsteher der SPÖ das Erbe des Roten Wiens mit Füßen. Dem Wiener Bürgermeister und dem SPÖ-Vorsitzenden dieser Stadt fällt dazu nicht mehr ein als: Nevrivy hat sich entschuldigt, Nevrivy ist ja eh nicht zuständig. - Das ist ein Tabubruch, und das sage ich jetzt mit aller Klarheit: Wer Wiener Gemeindewohnungen verklopfen will, hat einen Klopfer, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wir brauchen ein Gesetz, das die Wiener Wohnversorgung, das den Wiener Gemeindebau, das das Erbe des Roten Wiens vor solchen Privatisierungsideen schützt. Wir haben ja sofort, als wir diesen Vorschlag gemacht haben, den Vorwurf der Polemik erhalten. Wir sagen aber eigentlich einfach nur: Machen wir es wie beim Wiener Wasser. Schützen wir die Wiener Gemeindewohnungen, die Wiener Wohnversorgung mit einer Verfassungsbestimmung vor dem Verkauf. Schützen wir das Zuhause von hunderttausend WienerInnen mit Zweidrittelmehrheit vor einem kurzsichtigen Handeln einer Stadtregierung mit einfacher Mehrheit. Auch beim Wiener Wasser hat es keine konkreten Privatisierungsideen gegeben, trotzdem hat man diese Verfassungsbestimmung geschaffen, übrigens auch mit unserer Zustimmung.

Jetzt behaupten Sie, seit die Nevrivy-Aussagen öffentlich geworden sind, dass es keine Privatisierungspläne für den Gemeindebau gibt. Ja, dann spricht aber erst recht nichts dagegen, den Gemeindebau besser gegen Privatisierung abzusichern. Wir stehen bereit, den Gemeindebau mit Zweidrittelmehrheit abzusichern, stimmen Sie unserem Antrag zu. Der Antrag der SPÖ und der NEOS, dem wir auch zustimmen werden, vermeidet übrigens jedes Bekenntnis, dass Gemeindebauten nicht privatisiert werden sollen. Also das ist ein bisschen zu wenig, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Es ist ja nicht so, als wäre die SPÖ noch niemals in Versuchung geraten, Gemeindebauten zu verkaufen. Ich

möchte nur an den Verkauf von 36 atypischen Gemeindebauten erinnern. Da wird dann immer eingewendet, das sind ja atypische Gemeindebauten. Das Atypische daran ist, dass die Stadt sie nicht erbaut hat, aber sonst standen sie in der Verwaltung der Stadt, von Wiener Wohnen und waren Gemeindebauten. Diese 36 atypischen Gemeindebauten sind unter dem Wohnbaustadtrat Faymann verkauft worden. Mehr als 500 Wohnungen sind der Spekulation preisgegeben worden. Wenn ich sage, der Spekulation preisgegeben, dann meine ich das ganz genau so.

Ich nenne Ihnen das Beispiel noch einmal, das die Kollegin Pühringer schon gesagt hat: Am Bauernmarkt 9 kann man bis heute die Folgen dieser Privatisierung von Gemeindebauten anschauen. Dort steht ein ganzes Haus in bester innerstädtischer Lage, zwei Minuten vom Stephansplatz entfernt, leer, 25 Jahre nach der Privatisierung. Die letzte Mieterin, die Mieterin eines Geschäftslokales, kämpft, übrigens ohne jegliche Unterstützung der Stadt, die dieses Problem mitverursacht hat, immer noch gegen die Delogierung.

Zweites Beispiel, im 3. Bezirk, Hetzgasse 8: Auch dort sind die MieterInnen nach dem Verkauf dieses ehemaligen Gemeindebaues nach und nach aus dem Haus geekelt worden, und 25 Jahre nach dieser Spekulation steht das Haus im Moment immer noch leer und wird jetzt einer Luxussanierung zugeführt, wo der Quadratmeter 10 000 EUR kostet. Schauen Sie es sich an, schauen Sie sich dieses Projekt Hetzgasse 8 an. Das ist, was passiert, wenn sozialer Wohnbau privatisiert wird. Es ist immer ein schlechtes Geschäft für die Gesellschaft, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Die Mieten der betroffenen Personen werden teurer, die MieterInnen mit alten Mietverträgen werden rausgeekelt, und den Profit machen Private. Also, machen wir es wie beim Wiener Wasser, schieben wir solchen Privatisierungen in Zukunft den Riegel vor und schaffen wir ein Wiener Wohnversorgungsgesetz, sehr geehrte Damen und Herren.

Die Privatisierungsideen des Bezirksvorstehers Nevrivy sind ja nur der Gipfel einer Entfremdung der SPÖ des Roten Wiens vom Wiener Gemeindebau. Ich zitiere noch einmal den Bezirksvorsteher: "Wir brauchen mehr Gemeindewohnungen? Das war ja unglaublich, als ich das gehört habe. Völliger Schwachsinn, viel dümmer kannst du es ja nicht mehr machen!" - Also wenn der Bezirksvorsteher der Donaustadt das im Keller sagt, spricht er ja eine Haltung, die es in mächtigen SPÖ-Kreisen gibt, offen aus. Zu diesem Kreis gehört übrigens auch der aktuelle Bgm Michael Ludwig, der, wie ich weiß, gar nicht begeistert war, als Michael Häupl damals den Wiedereinstieg in den Gemeindebau verkündet hat.

Wenn man die Aussendungen und Kampagnen der SPÖ betrachtet, dann würde man ja fast glauben, Wien baut nur mehr Gemeindewohnungen und geförderte Wohnungen. Auch der Bezirksvorsteher der Donaustadt macht übrigens bei dieser PR für diesen völligen Schwachsinn, wie er es nennt, regelmäßig mit *(Der Redner hält Zeitungsausschnitte in die Höhe, während er weiterspricht.)*: Spatenstich Gemeindebau NEU, völliger Schwachsinn in der Melangasse am 3. Juli, Spatenstich Gemeindebau NEU, völliger Schwachsinn in der Weidingergasse, 2. Oktober 2025, der Herr Nevrivy ist immer dabei. Ich nenne das Chuzpe, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Die Realität ist, dass seit 2015 200 Gemeindewohnungen pro Jahr gebaut worden sind. Das sind die offiziellen Zahlen. Das sind nicht einmal 2 Prozent des jährlichen Wohnungsbedarfes. Das zeigt, wie ernst es die SPÖ wirklich mit dem Gemeindebau NEU meint. Es zeigt, wie ernst es der Bürgermeister wirklich mit dem Gemeindebau NEU meint. Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, das ist viel zu wenig. Wir brauchen mindestens 2 000 neue Gemeindewohnungen, um mit dem Wachstum der Stadt Schritt zu halten, und das geht.

Wenn man sich die Bauperiode 1961 bis 1970 anschaut, sind 41 000 Gemeindewohnungen gebaut worden. Schauen wir uns die Bauperiode 1971 bis 1980 an: 35 000 Gemeindewohnungen, und in der Bauperiode 2015 bis 2025 waren es 2 000 Gemeindewohnungen. Das Zuhause ist für viele Menschen in Wien zu teuer und deshalb brauchen wir mehr neue Gemeindewohnungen, sehr geehrte Damen und Herren.

Zu der Entfremdung der SPÖ vom Gemeindebau gehört auch die katastrophale Bilanz bei der Sanierung der Gemeindebauten. Ein Viertel der Gemeindewohnungen des Wohnungsbestandes, ist länger als 30 Jahre oder noch nie saniert worden. Weitere 50 Prozent müssen bis 2040 saniert werden. Warum nehme ich 2040 her? - Weil das das Ziel der Klimaneutralität ist. Also, statt 10 000 Wohnungen pro Jahr zu sanieren, was wir aktuell bräuchten, um diesen Rückstand aufzuholen, wird nicht einmal ein Drittel davon saniert. Man lässt den Gemeindebau seit Jahren verkommen, das Erbe des Roten Wiens wird herabgewirtschaftet. Das schadet dem Image des Gemeindebaues, das schadet den Geldbörsen der MieterInnen im Gemeindebau. Wir müssen endlich einen Sanierungsturbo zünden, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Der Gemeindebau war einmal ein Vorzeigeprojekt, und wir müssen ihn auch wieder zu diesem Vorzeigeprojekt machen, nicht nur in den Broschüren über die Vergangenheit, sondern auch beim Zustand der Bauten.

Zur Entfremdung der SPÖ vom Erbe des Roten Wiens gehört auch die fehlende Erneuerung im Gemeindebau, die fehlende Innovation. Der Gemeindebau ist einfach nicht auf der Höhe der Zeit. Erstes Beispiel: erneuerbare Energie. Überall in Österreich, also wirklich überall in Österreich, floriert die Solarenergie, sogar in Wien außerhalb des Gemeindebaues. Im Gemeindebau herrscht auf den Dächern gähnende Leere. Ich habe diese Zahlen immer wieder genannt: 17 PV-Anlagen in 1 670 Wohnhausanlagen, Stand 1.1.2026. Überall im Land werden Wärmepumpen eingesetzt, die MieterInnen im Gemeindebau bleiben weiterhin auf teures Gas angewiesen, es gibt genau vier Wärmepumpen im gesamten Gemeindebau. Irgendeinen Plan dafür, das zu ändern, gibt es auch nicht. Der Gemeindebau war technisch und baukulturell Vorbild. Aber, wenn man die Ent-

wicklungen der Jetztzeit, die erneuerbare Energie verschläft, dann verspielt man genau dieses Erbe des Roten Wiens, dass der Gemeindebau Vorbild bleibt.

Zweites Beispiel, die Kühlung: Es steht mittlerweile völlig außer Streit, dass der Vermieter für eine funktionierende Heizung von Wohnungen zuständig ist. Aber bei der Kühlung wälzt man das auch im Gemeindebau auf die MieterInnen ab. Es gibt ja jetzt die Erleichterung zum Einbau von Splitanlagen, das ist als Akutmaßnahme auch sinnvoll. Aber am Ende bedeutet das nichts anderes, als dass die GemeindebaumieterInnen dafür zuständig sind, die Splitanlage zu beschaffen, dass sie mit den hohen Energiekosten einer Splitanlage dann alleine bleiben und dass die heiße Luft zu denen geblasen wird, die sich keine Splitanlage leisten können. Da gäbe es schon auch andere Zugänge, dass man nämlich Kühlung zukünftig wie die Heizung zum Wohnungsstandard macht und dass man die Verantwortung dafür nicht individualisiert. Das bedeutet, dass man strukturiert Außenbeschattung einsetzt, dass man saniert und dass man erneuerbare Kühlung für alle Gemeindebauten umsetzt. Die Sozialbau, die Ihnen nicht ganz unbekannt sein sollte, weil Ihre Wohnbaustadträtin gerade dorthin gewechselt ist, die macht das strukturiert mit allen ihren Bauten. Also warum, verdammt nochmal, schafft es Wiener Wohnen nicht, sehr geehrte Damen und Herren? *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Es braucht ausreichend neue Gemeindebauten, es braucht einen Sanierungsturbo, den wir zünden müssen. Es braucht leistbare erneuerbare Energie und leistbare Kühlung in jedem Gemeindebau, und wir müssen den Gemeindebau nachhaltig vor Privatisierung schützen. All das könnte man angehen, stattdessen startet die SPÖ eine PR-Kampagne, die im Wesentlichen nur versucht, die Dinge zu verschleiern.

Schauen wir der Wahrheit ins Gesicht: Für viel zu viele Menschen, gerade für die, die auf den privaten Wohnungsbau angewiesen sind, ist das Leben und das Wohnen in Wien zu teuer geworden. Es braucht mehr sozialen Wohnbau, um dieses Problem zu lösen. Mit sozialdemokratischer PR wird das Problem sicher nicht gelöst werden. Dazu braucht es eine soziale Wohnungspolitik, und dazu sind Sie offensichtlich nicht mehr im Stande, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Maximilian Krauss. - Herr Gemeinderat, Sie sind am Wort.

GR Maximilian **Krauss**, MA *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das System Ludwig ist in Wien gescheitert. Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft, Kontrollverlust, Budgetkrise, eine drohende Pleite der Stadt Wien, all das hat Michael Ludwig zu verantworten. Die Zeit, wo man dieses ganze Versagen durch teure Inserate, durch Hochglanzbroschüren, durch Inseratenkampagnen einfach wegkaufen konnte, ist vorbei. Die Wienerinnen und Wiener haben nicht nur ein Anrecht auf Transparenz und dass all dieser Wahnsinn endlich endet, die Wienerinnen und Wiener haben auch ein Anrecht auf Neuwahlen in dieser Stadt, um mit diesem ganzen roten Skandalsumpf endlich abrechnen zu können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist ja ein roter Sumpf und bezeichnend war auch die Rede von Kollegen Ornig, der in seiner Wortmeldung wenig inhaltlich gesagt hat, aber in Wahrheit als kleiner Regierungspartner schon fast panisch die SPÖ und all die Skandale, die dort verursacht und von den NEOS in den letzten Jahren mitgetragen und mitgedeckt wurden, verteidigt hat. *(GR Markus Ornig, MBA: … verteidigt?)*

Wenn man sich einmal vor Augen führt, wofür die NEOS eigentlich noch vor zehn Jahren in diesem Haus angetreten sind - für Transparenz, gegen Freunderlwirtschaft, gegen Hinterzimmermentalität - und dann stehen Herr Ornig und Frau Arapović hier und machen all diesem Wahnsinn, all diesem Packeln, all diesen korrupten und komischen Deals auch noch die Mauer und kritisieren inhaltlich überhaupt nichts daran, sondern kritisieren diejenigen, die das aufdecken oder Medien, die darüber berichten, dann ist das wirklich ein trauriger Befund über den Zustand der NEOS heute. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist interessant, dass Medien wie der "Standard" oder der "Falter", die eigentlich immer den Linken nahestehen, und von ihnen auch mit Millionen an Inseraten durchgefüttert werden, heute nicht einmal als Quelle dienen sollen. Wenn über rote Skandale berichtet wird, dann sagt man: "Das steht halt in der Zeitung, das stimmt nicht, das stimmt nicht, das stimmt nicht." - Für Millioneninserate in genau diesen Medien, die auch über ihre Skandale berichten, da ist das Geld dann aber doch noch gut genug investiert seitens der Stadt Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Beim Kollegen Taucher war es auch interessant: Er hat inhaltlich kein Wort zu dem gesagt, was Kollege Nepp beleuchtet hat. Da wird kritisiert, das Tonband dürfte es eigentlich gar nicht geben und habt ihr das überhaupt und man darf gar nicht wissen, was da gesprochen wurde und vielleicht war es doch nicht so. Und dann wird so getan, als hätte die FPÖ oder irgendein Medium da versteckt mitaufgenommen.

Nein, da sind zwei Rote und zwei Schwarze gesessen, wo zumindest einer von denen, wenn nicht vielleicht sogar mehrere, sich gegenseitig abgehört und aufgezeichnet haben. Also jetzt so zu tun, als wären die Medien schuld, die FPÖ schuld und man darf nicht darüber reden: Nein, eure Packelei im Hinterzimmer, im Weinkeller, in den tiefen Abgründen eurer Männerbünde, die ist offensichtlich geworden, weil ihr euch selbst und gegenseitig aufgezeichnet und abgehört habt. Das war kein Medium und das war nicht die FPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Interessant war damals auch - er ist jetzt nicht da - die Reaktion des SPÖ-Landesparteisekretärs, der damals dem SPÖ-Wirtschaftschef - ich glaube, er ist es auch heute noch - medial gedroht und gesagt hat, wer so etwas getan hat und wahrscheinlich warst du es, der fliegt aus der SPÖ raus. Jetzt sind zwei Monate vergangen, ich habe das Gefühl, Sie mögen Herrn Fischer nicht mehr so, er mag Sie auch nicht. Ich weiß nicht ob er es war oder ob es nicht doch Herr Ruck und sein Umfeld

waren. Tatsache aber ist, Herr Neumayer, Ihr eigener SPÖ-Parteisekretär hat in der ersten Reaktion nicht die Medien, nicht die FPÖ, sondern den eigenen SPÖ-Wirtschaftschef de facto beschuldigt, hier mitgeschnitten zu haben. Und das ist doch mehr als interessant, dass offenbar gewisse Bünde im Hintergrund doch stärker halten als sogar die eigene Parteifreundschaft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn dann eine ehemalige Stadträtin und Abgeordnete der ÖVP auch noch aufgedeckt hat, dass es kein Wunder ist, dass Sie hier den eigenen Parteifreund verteidigen und nicht einmal zumindest vermuten, es könnte doch von der ÖVP kommen, dann muss man natürlich wissen - wie die ÖVP-Abgeordnete genau postet und genau aufzeigt -, dass auch ihr Bruder ein hochrangiger Funktionär in der Wirtschaftskammer und sogar der Stellvertreter des Sohnes von Herrn Ruck in der Sparte der Wirtschaftskammer ist.

Also wenn man all diese Verbindungen im Hintergrund kennt und dann weiß, dass hier offenbar gewisse Kreise zwischen SPÖ und ÖVP sogar mehr zusammenhalten als zwischen der SPÖ im Rathaus und dem SPÖ-Wirtschaftsverbund, dann kann man sich wirklich nur wundern. Und dann kann man sich die Frage stellen, wo noch überall im Hintergrund und im Hinterzimmer und im Weinkeller und wer weiß, wo sonst noch, irgendwelche Deals laufen, die vielleicht nicht zufällig von den Beteiligten selbst mitgeschnitten und aufgenommen werden. Da kann einem ja wirklich nur schlecht werden, was in dieser Stadt offenbar alles möglich ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man könnte dann noch etwas zu Frau Arapović sagen, die über die Bildungspolitik gesprochen hat, aber es zahlt sich fast nicht aus, wenn man als Klubobfrau einer Partei hier steht, die sowohl den Bildungsminister als auch seit sechs Jahren die Bildungsstadträtin und davor den Bildungsstadtrat in Wien stellt, und diesen Scherbenhaufen sieht, wo Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter sich eigentlich nur noch auf den Kopf greifen und sagen, alles ist schlechter geworden.

Alle Kennzahlen werden schlechter, ob es internationale Tests sind, ob es die Sprachstandserhebungen sind. Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler spricht bei der Einschulung nicht einmal mehr Deutsch. Und Frau Arapović stellt sich hier her und sagt, wir müssen die Bildung an die erste Stelle stellen. Diese Partei, die NEOS, hat die Bildung zuerst in Wien kaputt gemacht und jetzt führt sie diesen Feldzug auch noch auf Bundesebene fort, mit roter und schwarzer Unterstützung. Das ist wirklich skandalös.

Transparenz ist bei den NEOS einmal ein Thema gewesen, nichts ist mehr davon übrig. Ein Ende der Postenschacherei ist bei den NEOS einmal ein Thema gewesen, nichts ist mehr davon übrig. Bildungspolitik ist bei den NEOS einmal ein großes Thema gewesen, auch davon ist nichts mehr übrig. Es ist wirklich eine Schande, was aus dieser Partei geworden ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir uns dann noch die Rahmenbedingungen anschauen, die hier in Wien herrschen, in diesem ganzen Skandalumfeld, dann sind das wirklich katastrophale. Egal, ob es die vielen gebrochenen Wahlversprechen sind, die Michael Ludwig vor der Wahl noch vollmundig gemacht und jetzt im ersten Jahr seiner neuen Amtsperiode alle gebrochen hat; ob es die 365-EUR-Jahreskarte war, deren Preis sofort in die Höhe geschnalzt wurde - vom Bürgermeister vor der Wahl versprochen, kurz nach der Wahl gebrochen - und die Menschen belastet; ob es das U2/U5-Desaster ist, wo hunderte Millionen Euro Mehrkosten in den letzten Jahren entstanden sind und wir bei Weitem nicht einmal von einer Fertigstellung sprechen können, im Gegenteil, mittlerweile weiß in Wien schon jeder, dass diese U-Bahn-Linien in der geplanten Form niemals realisiert werden können, weil Ihnen das Geld ausgegangen ist und weil Sie die Stadt in Wahrheit in die Pleite getrieben haben: Lauter Großprojekte, vom Bürgermeister vollmundig angekündigt - und die Umsetzung ist null. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Gleiche gilt auch für die Wien Holding Arena, über die gesprochen wurde, für die Donaubühne, für den Fernbusterminal, der oftmals angekündigt wurde und bis heute nicht in der entsprechenden Form umgesetzt wurde und auch nur mit Mehrkosten und einem Planungsdesaster in Verbindung gebracht wird.

Ein Thema, das wir dann natürlich auch nicht außen vorlassen dürfen, ist das Thema AI-Gigafactory, wo Sie rund um die Wien-Wahl hier und in der Öffentlichkeit damit geprotzt haben, Wien wird international, wir werden der KI-Hub und in Wien wird es alles toll werden und da werden Arbeitsplätze geschaffen werden und von der EU schauen alle schon zu uns. Jetzt, eineinhalb Jahre später, sind wir in Wahrheit nicht einmal mehr im Rennen und von Sondertagesordnungspunkten und von Sondermitteilungen der Vizebürgermeisterin und all ihren vollmundigen Versprechungen in der Öffentlichkeit und in den Medien, die Sie sonst immer fördern und heute kritisieren, ist in Wahrheit überhaupt nichts übriggeblieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt Wien ist durch Sie an den Rand der Pleite getrieben worden. Dieses Jahr ist sie auch noch von einer Skandalwelle gepackt worden. Gleichzeitig haben Sie die Menschen weiter über Gebühr belastet. Mit diesem faulen roten System in Wien muss endlich Schluss sein. Wir brauchen Neuwahlen. Wir brauchen einen Politikwechsel hin zu den Menschen, weg von Ihrer Politik des Abkassierens auf der einen Seite und der Hinterzimmerdeals auf der anderen Seite. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich GR Neumayer gemeldet. - Herr Gemeinderat, Sie haben, wie Sie wissen, drei Minuten. Bitte, Sie sind am Wort.

GR Jörg **Neumayer**, MA *(SPÖ)*: Vielen herzlichen Dank. - Sehr geehrte Damen und Herren!

Maximilian Krauss, Sie haben scheinbar gut geschlafen oder so etwas in der Art und Weise, trotzdem muss man Dinge richtigstellen, wenn sie falsch sind. Ich nehme nur drei Punkte heraus, die definitiv zu 100 Prozent falsch sind. Punkt Nummer eins, es ist der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband und nicht der Sozialdemo-

kratische Wirtschaftsbund, aber gut. *(Erheiterte Oh-Rufe bei der FPÖ.)*

Zweitens, und dann wird es ein bisschen weniger lustig, denn da reden wir dann zumindest über Unwahrheit, wenn nicht doch über Lüge, aber das muss jemand anderer entscheiden. Ich habe ganz klar ein Pressestatement zu Genossen Marko Fischer, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes abgegeben. *(Zwischenruf von StR Stefan Berger.)* Ich habe es mir gerade herausgesucht: "Wir stehen für ein faires und respektvolles Miteinander, das gilt auch für den politischen Diskurs. Wir nehmen die medial erhobenen Vorwürfe gegenüber dem SWV-Wien-Funktionär sehr ernst und werden diese sorgfältig prüfen." *(StR Dominik Nepp, MA: Gab es denn die Krisensitzung?)* "Solche Methoden sind strikt abzulehnen. Bei uns steht die politische Argumentation im Vordergrund. Wenn sich die erhobenen Vorwürfe erhärten, dann werden wir Konsequenzen ziehen." *(StR Dominik Nepp, MA: Wie oft ist er nicht gekommen?)*

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Verlaub, jeder der in der Politik oder auch in der Privatwirtschaft oder sonst wo tätig ist, weiß haargenau, in welchem Dreiklang man in so einer Situation kommunikativ vorgeht. *(StR Dominik Nepp, MA: Wie oft ist er nicht gekommen?)* Und genau so sind wir natürlich auch vorgegangen *(StR Dominik Nepp, MA: Wurde er herzitiert?),* und dementsprechend ist es unpassend, wenn Sie hier Unwahrheiten bringen. *(StR Dominik Nepp, MA: Ja? Nein?)*

Letzter Punkt, und der ist auch hier in diesem Raum schon mehrfach als Unwahrheit dargelegt worden, ist Ihre Geschichte über die KI-Gigafactory. Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen mittlerweile alle, dass die Ausschreibung seitens der EU noch wartet und die FPÖ macht nichts anderes, als die ganze Zeit politisches Kleingeld. Das kann man machen, Sie kommen aber damit in der politischen Diskussion und vor allem in der Lösung für die Wienerinnen und Wiener keinen Schritt weiter. - Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist GRin Karner-Kremser. - Sie sind am Wort.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS *(SPÖ)*: Herzlichen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde den Beschlussantrag der NEOS und der SPÖ einbringen, den alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der SPÖ auch mitunterschrieben haben. Ich tue das am Anfang, nicht dass es in der Hitze des Gefechtes vergessen wird und mir daraus ein Vorwurf gemacht wird. *(Heiterkeit bei der SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: Die Verbindung von Ruck gibt's aber schon, oder?)*

Bevor ich starte, möchte ich eine persönliche Bemerkung machen. Einerseits, weil es mir wichtig ist, dass es im Protokoll von heute steht, andererseits, weil es um einen persönlichen Freund seit vielen Jahren geht, und der auch Liesinger ist. Ich möchte etwas zu Werner Faymann sagen, der Stadtrat war und wenn wir heute schon 120 Jahre zurückgehen, dann können wir auch locker 20 Jahre zurückgehen.

Werner Faymann hat in seiner Tätigkeit als Stadtrat über 70 000 geförderte Wohnungen auf den Weg gebracht. Er hat die Stärkung der sanften Stadterneuerung und damit die Altbausanierung auf den Weg gebracht. Er hat initiiert, dass die Bauträgerwettbewerbe angeregt wurden, und er hat die Aufstockung der Subjektförderung ganz massiv durchgeführt. Und er ist einer der integersten Menschen, die ich kenne und das möchte ich heute hier im Protokoll stehen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ja, es stimmt auch, dass atypische Gemeindebauten, nämlich über 500 Wohnungen - das ist, wenn man es von damals sehen möchte, nicht einmal ein Viertel des gesamten Bestandes -, verkauft wurden, auf Bestreben des Österreichischen Rechnungshofes, der gesagt hat, die MA 17 soll mit diesen atypischen Bauten nicht befasst sein. Das sind Gründerzeithäuser, Dinge, die irgendwann einmal in weiter Vorzeit in den Besitz der Stadt Wien kamen, durch Schenkungen, durch andere Dinge. Diese Objekte, es waren damals 36, sind nicht dem Gemeindebau zuzuordnen und deswegen zu veräußern. Das war der Sukkus des Österreichischen Rechnungshofes, dem Rechnung getragen wurde. Ich sage das jetzt ohne Emotion, einfach nur weil das die gesamte Wahrheit ist.

Wenn wir über Politik reden, dann finde ich, sollten wir nicht über Schlagzeilen reden, sondern darüber, was Menschen im Alltag tatsächlich brauchen. Das ist eine leistbare Wohnung, das ist ein sicheres Zuhause. Das ist die Möglichkeit, nach einer Trennung nicht vor dem Nichts zu stehen. Das ist Schutz, wenn Gewalt droht und das ist eine Gesellschaft, in der Frauen selbstbestimmt leben und wirtschaftlich unabhängig sein können. Und das garantieren wir in Wien. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Deswegen ist der Wiener Gemeindebau auch so wichtig, und seit 120 Jahren tun wir nichts anderes, als dieses Juwel zu schützen, zu erweitern, zu sanieren und zu optimieren. Deswegen hat die Sozialdemokratie in diesen letzten 120 Jahren ein Statement abgegeben, für das es jetzt nicht zwingend einen Antrag auf Verfassungsschutz braucht. Selbst wenn wir den irgendwann einmal für notwendig erachten, ist das nichts, was wir aus der Hüfte geschossen machen oder nur weil man uns heute dazu drängt. Ich denke, 120 Jahre gelebte Politik ist ein wirklich gültiger Nachweis dafür, wofür die Sozialdemokratie steht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wien verwaltet rund 220 000 Wohnungen und mehr als eine halbe Million Menschen leben darin. Dazu kommen noch 200 000 geförderte Wohnungen. Ich weiß, dass Sie das hier in diesem Raum wissen. Ich sage das auch für Menschen draußen, denen das vielleicht nicht so bewusst ist. Die Stadt Wien investiert laufend in die Sanierung und in die Modernisierung und allein 2025 wurden dafür 200 Millionen EUR auf den Weg gebracht. Das ist keine abstrakte Statistik, das sind 100 000 Menschen, Wienerinnen und Wiener, für die Wohnen nicht ausschließlich eine Ware auf dem Markt ist.

Genau da lohnt sich dieser Blick zurück, den ich vor dem Sommer ja auch schon gemacht habe. Die FPÖ und die ÖVP sind 2004 mit den ihnen anvertrauten Wohnungen, mit den BUWOG-Wohnungen und anderen Bundeswohngesellschaften, hergegangen und haben sie

an den privaten Markt verkauft. Das hat ihnen 961 Millionen EUR gebracht und zusätzlich den größten Korruptionsskandal, den wir im letzten Vierteljahrhundert hatten.

Maßgeblich mit dabei, das wissen wir alle, war Herr Grasser, der sowohl der ÖVP und der FPÖ zugehörig war. *(StR Dominik Nepp, MA: Meischberger, Hochegger!)* Ich weiß nicht, wo er sich heute sieht, aber zumindest verurteilt. *(StR Dominik Nepp, MA: Wo saßen die noch? - Im gleichen Männerbund wie Ihr Chef!)* Tatsache bleibt, dass diese Wohnungen, wenn sie nicht mehr in öffentlicher Hand sind, auch nicht mehr dafür zur Verfügung stehen und damit auch nicht mehr stabilisierend auf den Wohnungsmarkt wirken können.

Genau deswegen ist die Frage auch so wichtig, welche Wohnbaupolitik wir heute betreiben. Wien hat sich vor Jahrzehnten dazu entschieden, einen großen kommunalen Wohnbestand zu errichten, weiterzuentwickeln und auch zu erhalten. Zentral dafür ist auch der vor über 40 Jahren gegründete Wohnfonds, der in dieser Stadt mehr als drei Millionen Quadratmeter an Flächen hält, die zukünftigen Generationen für den Wohnraum, für die Wohnraumschaffung zur Verfügung steht. Ich denke, das ist eine eindeutige Handschrift der Sozialdemokratie. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was passiert, wenn Wohnen immer stärker zur Ware wird? Was passiert mit jenen, die sich diese Ware nicht mehr leisten können? - Damit kommen wir auch zur Frauenpolitik. Die Frauenpolitik beginnt mit der Frage nach der Ausbildung der Frauen, nach ihren Chancen am Arbeitsmarkt, ob sie von ihrem Gehalt selbstbestimmt leben können, ob sie sich ein eigenes Zuhause leisten können, ob sich eine Alleinerziehende eine Wohnung leisten kann. Sie beginnt auch dort, wo eine Frau sagen möchte, sie will aus einer Gewaltbeziehung raus.

In Wien gibt es dazu konkrete Strukturen, es gibt den 24-Stunden-Notruf, das Frauenzentrum, die Wiener Frauenhäuser. Der Notruf berät kostenlos, vertraulich und rund um die Uhr und die Frauenhäuser bieten gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern Schutz und Unterstützung und auch die Möglichkeit danach, wenn es nicht mehr notwendig ist, im Frauenhaus Schutz zu suchen, auch wieder beschützt alleine zu wohnen. Auch das ist durch die sozialdemokratische Regierung in dieser Stadt möglich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei der Neuregelung der Wohnungsvergabe wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass vielen differenzierten Problemen der Wienerinnen und Wiener Rechnung getragen wird. Wien zeigt mit seinem Gemeindebau, dass eine Stadt Wohnraum für alle schafft, unabhängig vom Gewicht des Börsels. Wien zeigt mit seiner Wohnungsvergabe, dass unterschiedliche Lebenssituationen konkrete politische Antworten brauchen. Was es auch zeigt, ist, dass Wohnbaupolitik und Frauenpolitik keine getrennten Themen sind. Ein Wohnraum kann ein Stück Freiheit sein. Ein Schlüssel kann bedeuten: Ich kann gehen, ich muss nicht bleiben, ich kann neu anfangen, und ich kann selbst entscheiden. Diese Politik leben wir seit vielen Jahrzehnten für eine weltoffene Stadt, für eine Stadt der Begegnungen, eine Stadt der vielen Möglichkeiten, eine Stadt der Frauen. - Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist GRin Malle. - Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

GRin Mag. Mag. Julia **Malle** *(GRÜNE)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuseherInnen!

Ich wollte eigentlich gar nicht so viel auf meinen Vorredner eingehen, aber mir ist heute vorgekommen, er stellt sich als Frauensprecher der SPÖ hier heraus und erklärt uns, was feministisch ist, was feministisch genug ist, der Herr Klubobmann der SPÖ. Ich muss ehrlich sagen, ich finde das wirklich unangebracht. - Sie waren offensichtlich bei einem sehr wichtigen Fußballmatch, das sicherlich, keine Frage, wichtig ist, aber dann sind wir auch schon sehr gespannt, ob wir Sie auch bei der "Safe Abortion Week", bei den "16 Tagen gegen Gewalt an Frauen" oder am 8. März sehen werden. Ich freue mich, dass Sie offensichtlich eine neue Rolle haben, und ich freue mich, dass wir Ihnen ganz oft begegnen werden und vielleicht dann auch dort vor Ort über den Feminismus reden werden. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Von Ihrer Rede sind mir geblieben: die sicherlich wichtige Kampagne "FRECH", Wien als "Stadt der Frauen" und eben besagtes Fußballmatch, das ohne Frage wichtig ist. Die "Stadt der Frauen" in erster Linie, das höre ich in jeder Ihrer Reden, und ich frage mich, ob Sie dabei auch an die Kürzungen bei der Mindestsicherung denken, an deren Folgen für die Frauen. Uns erzählen Beratungseinrichtungen, dass das Thema Wohnungslosigkeit bei Frauen durch die Decke geht. Das ist hausgemacht. Das haben Sie verschuldet als Stadtregierung, dass die Finanzierung von Frauen- und Mädchenarbeit von Projekten um fast 50 Prozent gekürzt wurde mit dem neuen Förder-Call *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* - das stimmt ganz sicher -, und dass die Finanzierungen in Zukunft ähnlich wie im Kulturbereich Ein-Jahres-Finanzierungen sein werden und nicht mehr abgesichert sind.

Über den Gender-Pay-Gap im eigenen Wirkungsbereich brauchen wir gar nicht zu reden, denn das wäre beschämend. Aber eines möchte ich schon sagen: Unter Rot-Pink I stagniert es im eigenen Wirkungsbereich mit der Einkommensgerechtigkeit und seit Rot-Pink II wird es sogar noch schlechter. Sie aber stellen sich jedes Mal heraus und sagen: "Wien, Stadt der Frauen, so toll, wow."

Dass im Gewaltschutz einiges richtig Wichtiges passiert, das weiß ich. Dass die Frauenhäuser gute Arbeit machen, davon bin ich überzeugt. Ich finde aber, man soll schon auch einmal woanders hinschauen, und das vermeiden Sie gerne *(Beifall bei den GRÜNEN.),* nämlich dorthin, wo auch die Macht zu Hause ist, in die obersten Hierarchien. Das zeigt nämlich auch wirklich, was dieser Politik Frauen tatsächlich wert sind. Wenn wir heute auch über die MA 59 reden - wir haben es schon gehört, Mobbing, Sexismus, Rassismus, die hier im Raum stehen -, dann frage ich mich schon, warum es die Stadt Wien nicht schafft, ihre Mitarbeiterinnen ausreichend zu schüt-

zen, nämlich vor den obersten Führungsetagen, die meistens Männer sind und auch in dem Fall wieder.

Natürlich reicht es uns auch nicht, zu sagen, wir müssen da jetzt sauber und unabhängig prüfen. Das ist wichtig, aber am Ende ist die Frage, warum es überhaupt so weit gekommen ist, warum es möglich ist, dass Mitarbeiterinnen in der Stadt Wien nicht ausreichend geschützt sind vor Sexismus, Rassismus, Mobbing und Frauenverachtung. - Ich verstehe es nicht. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Das sind Fragen, auf die wir Antworten brauchen.

Man kann sich auch schwer "Stadt der Frauen" nennen und gleichzeitig wegschauen, wenn in ihren Hierarchien Frauen nicht mit Respekt behandelt werden. Gleichzeitig schreiben Sie den Respekt auf jedes Plakat. Also draußen Frauen empowern, drinnen Männernetzwerke unangetastet lassen. Draußen Mädchen sagen, ihnen stehen alle Türen offen und gleichzeitig Strukturen akzeptieren, wo es um persönliche Netzwerke geht, um Männerfreundschaften, Männerbünde, die im Keller ausgedealt werden.

Da kann man sich schon fragen, ob es reicht, Gleichstellung zu feiern, wenn sie dort endet, wo die wirkliche Macht beginnt, und das hat dieser Sommer gezeigt. Männer haben uns allen in diesem Sommer sehr viel Arbeit gemacht. Es ist einerseits gut, dass wir über die Themen diskutieren, andererseits ist es ein Armutszeugnis in der sogenannten "Stadt der Frauen". *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wenn man über Männerzirkel redet, dann müssen Sie sich schon die Frage gefallen lassen, ob Sie hier in einem anderen Jahrzehnt stehen geblieben sind. Für mich waren die Aussagen des Herrn Ruck eigentlich genauso bemerkenswert wie die Reaktion des Bürgermeisters. Eigentlich muss man sagen, die Nicht-Reaktion, denn er hat ja nicht reagiert. Und das ist nicht irgendein Beobachter der Debatte, das ist der Bürgermeister der Stadt Wien, der Vorsitzende der Wiener SPÖ.

Er trägt die Verantwortung, welche Haltung an der Spitze vorgelebt wird. Er hat kein kritisches Wort zu Sexismus und Frauenverachtung gesagt, die im Weinkeller zutage kamen, kein kritisches Wort, kein klares So-spricht-man-nicht-über-Frauen, kein klares Das-hat-in-Wien-keinen-Platz, keine klare Distanzierung. Stattdessen aber: Walter Ruck ist ein umsichtiger und vertrauensvoller Gesprächspartner und Dank für die langjährige Zusammenarbeit.

Dem Herrn Bürgermeister - ich sehe ihn hier nicht mehr - hätte ich aber gerne gesagt, dass sich die Frauen in seiner Partei oder grundsätzlich alle Frauen etwas anderes verdient hätten, nämlich Solidarität und nicht einen Bürgermeister, der schweigt, wenn es darauf ankommt, einen Schweigebürgermeister. Am Ende waren es auch die SPÖ-Frauen, die sich eine klare Reaktion des Bürgermeisters auf Rucks Aussagen gewünscht haben. Frauen aus der eigenen Partei, das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen, müssen den Bürgermeister der Stadt Wien daran erinnern, dass man zu Sexismus und Frauenverachtung eine Haltung haben sollte. Es waren wieder einmal die Frauen, von den Männern in Ihren Reihen habe ich, außer heute den offensichtlich neuen Frauensprecher Ihrer Partei, nichts gehört - und genau da liegt das Problem. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Sonntagsreden - Stadt der Frauen, Kampagnen - Stadt der Frauen, Broschüren - Stadt der Frauen, aber wenn ein mächtiger Mann frauenverachtend über Frauen spricht, wenn er ein Freund des Bürgermeisters ist, dann wird es plötzlich sehr, sehr still. Dann ist halt auch die Bezeichnung "Stadt der Frauen" schwierig, wenn man weiter Mut braucht, um Sexismus überhaupt anzuklagen oder zu melden und da können wir bei der MA 59 auch ein Lied davon singen.

Es geht da nicht nur um einzelne Männer, sondern das sind schon historisch gewachsene Strukturen der Männernetzwerke. Dass Männer miteinander reden, dass sie über Frauen reden, das ist *(erheitert)* wahrscheinlich sogar in einem Weinkeller jetzt nicht einmal so ungewöhnlich. Das Problem beginnt aber dort, wo man beginnt, sich Posten zu verschaffen, wo die Freunderlwirtschaft regiert, wo Loyalität wichtiger wird als Verantwortung. Da ist das Problem zu Hause und das ist es, was wir meinen, wenn wir von Männernetzwerken und Männerbündnissen sprechen.

Unser System muss Frauen schützen und nicht Frauen müssen sich da durchkämpfen. Das werden wir an anderer Stelle noch einbringen, das haben wir im Sommer auch schon getan, meine Kollegin Barbara Huemer war da auch sehr stark dahinter und Peter Kraus: unabhängige Beschwerdestrukturen, anonyme Möglichkeiten, Missstände zu nennen - ich bin übrigens bei der MA 59 -, Schutz für Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber, klare Verfahren, klare Fristen, wenn Sexismus, Diskriminierung oder Machtmissbrauch gemeldet werden und auch transparente Besetzungsverfahren für Führungspositionen.

Denn am Ende stellt sich schon die Frage, wer hier eigentlich wen kontrolliert und wer die kontrolliert, die ganz oben stehen. Das sind unangenehme Fragen, aber eine Frauenpolitik, die diese unangenehmen Fragen nicht mehr stellt, wird Machtverhältnisse niemals verändern und deshalb darf unser Anspruch nicht kleiner werden, sondern muss größer werden - und zwar parteiübergreifend.

Ich appelliere wirklich an alle hier in diesem Raum: Wer sich wirklich "Stadt der Frauen" nennt, muss auch für die Gleichstellung kämpfen, hier im Rathaus, in den Magistratsabteilungen, in den Führungsetagen, bei den Postenbesetzungen, bei den Beschwerdestellen, bei den Beschwerdeverfahren und auch, wenn es unangenehm wird. "Stadt der Frauen" soll auch kein Titel sein, den man sich selbst verleiht, den muss man sich verdienen. Der Herr Bürgermeister hat ihn sich jedenfalls derzeit nicht verdient, nicht im Umgang mit der MA 59, nicht im Umgang mit Herrn Ruck. Wir werden auch schauen, was dieser Titel "Stadt der Frauen" wert ist, wenn es dann wirklich ums Eingemachte geht.

Wie gesagt, steigende Wohnungslosigkeit bei Frauen, Kürzungen in der Mindestsicherung, subsidiär

Schutzberechtigte, gewaltbetroffene Frauen, die schwer aus ihren Beziehungen rauskommen können auf Grund der Sozialkürzungen, die Finanzierung der Frauen- und Mädchenarbeit und der Gender-Pay-Gap im eigenen Wirkungsbereich, das habe ich am Anfang gesagt. Sie werden noch viel von uns dazu hören, aber inzwischen müssen Sie sich mit zwei anderen Themen auseinandersetzen. Sie haben genug zu tun, wir haben mit Ihnen genug zu tun. Und wir hoffen, dass Ihre Initiativen nicht mehr bei Plakaten bleiben, sondern endlich dort etwas passiert, wo die Macht wirklich zu Hause ist. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Bevor ich Frau StRin Nittmann das Wort erteile, darf ich bei uns auf der Besuchergalerie Schülerinnen und Schüler des Lyceum 90 aus Odessa recht herzlich begrüßen. - Willkommen hier bei uns im Wiener Rathaus! *(Allgemeiner Beifall.)* Ich wünsche noch einen schönen Aufenthalt bei uns in Wien.

Als Nächste ist Frau StRin Nittmann zu Wort gemeldet. - Bitte, Frau Stadträtin, Sie sind am Wort.

StRin Mag. Ulrike **Nittmann**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Gäste auf der Galerie, werte Kollegen im Saal!

Es war sehr spannend, diese Debatte bis jetzt mitzuverfolgen. Nach unserem Erstredner stellt sich die ÖVP da heraus … Ich meine, dass ihr das Schicksal der CDU in Mecklenburg-Vorpommern teilen werdet, ist vorprogrammiert. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ihr habt ja überhaupt keine Haltung. Kollege Zierfuß beginnt mit einer Bildungsdebatte, Kollege Taborsky hat die Budgetdebatte vorverlegt, zum Thema selbst kein Wort, aber klar, weil Sie überall dabei sind.

Was die ÖVP nur nicht verstanden hat: Die Achse heißt Ludwig-Ruck und nicht Ludwig-ÖVP, denn der gute Ruck hat mit der ÖVP gar nichts zu tun. Der sagt nämlich: Wenn ich auf den Tisch haue, dann spurt die ÖVP. - Ihr aber rennt noch immer hinten nach. Und anstatt dass ihr endlich einmal ausbrecht, was macht ihr? - Ihr lenkt vom Thema ab, wie es nur geht, weil es euch hinten und vorne peinlich ist, aber euer Schicksal ist vorprogrammiert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die NEOS, viele sind ja nicht mehr da, weil es natürlich auch schwierig ist: Wie windet man sich in so einem System bei Bgm Ludwig heraus, wo man eigentlich überhaupt keine Rolle spielt. Es wird ja auch vom Koalitionspartner von der "sozialdemokratischen Stadtregierung" gesprochen. Ihr kommt da überhaupt nicht vor. Mit all euren Ansprüchen, mit denen ihr in die Politik gegangen seid, seid ihr auf ganzer Linie gescheitert. Ansonsten hätten wir diesen Sommer heuer nicht gehabt, ansonsten hätten wir alle diese Skandale nicht, wenn ihr all den Anspruch, mit dem ihr in die Politik gegangen seid, nur zu einem Teil verwirklicht hättet. Eure Parteigründer treten aus, weil ihr in demselben Fahrwasser fahrt. Und auch euer Schicksal ist vorprogrammiert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zurück aber zum eigentlichen Thema Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft, Intransparenz. Wir haben heute schon einiges gehört, und ich möchte mich jetzt auf diese Ruck-Files konzentrieren und dabei auf zwei Aspekte. Was haben uns diese Ruck-Files gezeigt? - Sie haben uns genau gezeigt, wie Politik in dieser Stadt gemacht wird, und sie haben uns gezeigt, wie Freunde des Herrn Bürgermeisters, enge Vertraute des Herrn Bürgermeisters über diese Stadt und über die Wirtschaftspolitik der Stadt denken, aber auch wie hochrangige SPÖ-Funktionäre über diese Stadt und die Wirtschaftspolitik dieser Stadt denken.

Der einzige, der dazu schweigt, ist der Herr Bürgermeister, so frei nach dem Motto "Reden ist Silber, Schweigen ist Gold". Nur, in dem Fall wäre Reden Platin gewesen. Es wäre wichtig gewesen, wenn er sich zu diesen Themen einmal äußert, aber er äußert sich nicht, und auch das hat einen Grund. Dieses Schweigen ist beredter als manche Aussage. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zwei Aspekte, der eine ist der Einkaufsbummel. Wir haben in der Zeitung gelesen - ob es jetzt stimmt, weiß ich nicht, denn Herr Kollege Taucher meint, wenn es in der Zeitung steht, heißt das noch gar nichts -, es gab den Einkaufsbummel im KaDeWe in Berlin. Ehepaar Ruck, Ehepaar Ludwig, soll ja so sein, kann man ja befreundet sein, gar kein Thema. Man hat sich aber nicht über die Sehenswürdigkeiten von Berlin ausgetauscht oder wie einem Berlin gefällt, sondern man hat sich über die Wien Energie unterhalten. Man hat sich über die Wien Energie unterhalten und dann hat doch Herr Ruck, der nicht irgendwer war und nicht nur ein Stammtischfreund, sondern immerhin der Präsident der Wiener Wirtschaftskammer, gemeint: Na, richtest du dir einen gescheiten Vorstand ein, dann funktioniert das Werkl.

Was hat Herr Ludwig dazu gesagt? Hat er gesagt, nein, eigentlich funktioniert das eh alles so super, das ist immerhin eines der größten Unternehmen in Wien? - Es gab gar nichts. Es gab keine Äußerung dazu, dass die Wien Energie das überhaupt nicht braucht, ohnehin eine super Geschäftsführung hat, kein Thema dazu.

Sein enger Vertrauter und offenbar mit Wirtschaftskompetenz ausgestatteter Freund Ruck sagt, hol dir einen gescheiten Vorstand. - Das heißt im Umkehrschluss, er hat keine vernünftige Geschäftsführung. *(Beifall bei der FPÖ.)* Er hat sich dazu nie geäußert, ob er das so sieht oder nicht, er hat sich nie vor die Geschäftsführung der Wien Energie gestellt, mit keinem Wort. Das ist die vielgepriesene Solidarität der SPÖ, so geht man mit den eigenen Leuten um. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und dann das nächste Thema. Man kann jetzt sagen, okay, das ist jetzt der ÖVPler - der auch kein ÖVPler mehr ist -, aber selbst in den eigenen Reihen sieht man, dass es hinten und vorne nicht funktioniert, wenn es um die Wirtschaft geht. Was sagt Ernst Nevrivy über die Wirtschaftsagentur, Riesenunternehmungen, soll der Standortsicherung, der Wirtschaftssicherung dienen? - Der inkompetenteste Haufen. - Und was ist die Antwort oder die Reaktion des Herrn Bürgermeisters? - Schweigen im Walde. Was heißt das? - Es ist offenbar tatsächlich ein inkompetenter Haufen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und da hätte ich gern einmal, dass man mit diesen Themen aufräumt und da schaue ich natürlich zu den

NEOS. Räumt einmal auf mit dem Thema, ihr seid der Wirtschaftsflügel in dieser Koalition. Ihr schweigt genauso zum inkompetentesten Haufen, kein Wort von euch. Macht den Weg für Neuwahlen frei, sprengt die Koalition, es funktioniert einfach nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eines ist klar, der Bürgermeister ist gewählt worden um die Interessen der Wiener und Wienerinnen zu vertreten und nicht, um sich schützend vor seine Freunde zu stellen. Genau das macht er, denn Herr Ruck ist nach wie vor ein kompetenter Gesprächspartner und seriös. Na, dann muss man diese Aussagen aber auch in diesem Lichte sehen und analysieren. Und das passiert in diesen Reihen gar nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme jetzt noch zur zweiten Dimension, in den Keller, meine Vorrednerin hat es angesprochen. Also ganz ehrlich, wenn Kollege Taucher sich jetzt herstellt und sagt, es braucht mutige Männer: Das habe ich immer gesagt, dass es mutige Männer braucht, aber die gibt es bei euch in der SPÖ ganz sicherlich nicht. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn der Herr Bürgermeister sich von Freund Ruck anhören lassen muss, oder die Tonbandprotokolle liest, der über seine von ihm gewählte Finanzstadträtin Novak sagt: "Heast, was soll ich mit einer Frau, mit der kann ich im Keller nicht Wein saufen." - Freunde, das ist ja so etwas von letztklassig, das ist unterste Schublade. Offensichtlich wird die Politik bei der SPÖ nur bei Wein und Zigarren gemacht und eine Frau wird nicht nach ihrer Kompetenz, nicht nach ihrer Verantwortung taxiert, sondern ausschließlich auf Grund der Tatsache, dass sie eine Frau ist, und damit wird sie abgewertet. - Das seid ihr, ihr von der SPÖ. *(Heiterkeit bei der SPÖ. - Zwischenruf bei der FPÖ: Nicht lachen!)* Ich habe kein Wort von Bgm Ludwig gehört, kein Wort, dass er sich vor seine Finanzstadträtin gestellt hätte und seinem Freund Ruck gesagt hat, diesen Ton verbitte ich mir. Also ich habe nichts gehört, kein Wort. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihr SPÖ-Frauen habt ausrücken müssen, wie immer. Wie immer müssen es die Frauen machen, die ausrücken müssen, die ausrücken und den SPÖ-Bürgermeister zur Rede stellen müssen. Keiner der Männer von der SPÖ, die hier sitzen, hat sich dazu geäußert, nicht ein einziger. Dann stellt euch bitte nicht als die emanzipierten SPÖ-Männer hin. - Alle schauen jetzt in die Bänke, keiner schaut her. Allen ist dieses Thema unglaublich peinlich, alle rollen mit den Augen. Alle rollen mit den Augen. Und es müssen immer wieder die Frauen diejenigen sein, die dieses Thema aufbringen müssen.

Und da stehen sie heraußen: Wien, die Stadt der Frauen und was wir nicht alles für die Frauen machen. Und dann habt ihr einmal die Chance, so easy, so einfach, dass der Bürgermeister sich anhören lassen muss, dass die eigene Finanzstadträtin abgekanzelt wird und keiner der Männer, nicht ein einziger steht auf und äußert sich dazu. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wie immer müssen es eure Frauen richten, aber auch die scheitern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe mich noch erinnert oder es hat mir eine Kollegin gesagt, Herr Taucher hat bei der Abschiedsrede für die StRin Gaál auch so freundlich angemerkt, dass sie nie hysterisch war. Da sieht man, was ihr für ein Frauenbild habt. Da Frauen offenbar nur hysterisch sind, müssen Sie hervorheben, dass sie wenigstens nicht hysterisch war. *(Zwischenrufe von GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Und bitte, kommt mir nicht mit der "Stadt der Frauen". *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Warum habt ihr gar keine?)* Na, was soll denn das, ihr habt nichts. *(GR Mag. Josef Taucher: Warum habt ihr keine Frauen?)* Kehrt einmal vor eurer eigenen Tür. Ihr wollt halt die Wahrheit nicht hören, genau das ist euer Thema. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Faktum ist, Ludwig schweigt beim Vorstand der Wien Energie, der umgebaut gehört. Ludwig schweigt bei Ernst Nevrivy, der die Wirtschaftsagentur als "inkompetentesten Haufen" bezeichnet. Bei den verkauften Gemeindewohnungen, gibt er zu, er hat sich entschuldigt, und er hat nichts zu melden, viel mehr kommt da nicht. Und wenn es um frauenfeindliche Äußerungen gegen seine eigene Finanzstadträtin geht, schweigt er. Genau das ist das politische Dilemma dieser Affäre, und das müsst ihr euch einmal vor Augen halten. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und in dem Fall wäre Reden Gold gewesen. Damit ist auch klar: Wien braucht einen Kurswechsel. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Niegl. - Herr Gemeinderat, Sie sind am Wort.

GR Michael **Niegl** *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kollegen und Kolleginnen, werte Zuseher!

Gleich einmal vorweg, weil der liebe Joe Taucher noch da ist. Er hat von Realität gesprochen, von unserer angeblichen Realitätsabstinenz und selbst lebt er offenbar in einer sozialdemokratischen Sektion, in einer politischen Blase, ohne dass er die Realität in der Stadt mitkriegt. Er ist ja auch der, der die Zuwanderung zum Gemeindebau so gut findet, die Gewalt, die damit einhergeht. Und er ist natürlich jemand, der das komplett negiert.

Er sieht auch nicht, wie sanierungsbedürftig viele Gemeindebauanlagen sind, aber das Wasserwerk auf der Donauinsel, das ist ganz super. Dass das vermutlich der allerallerletzte Wunsch der Wiener war, dass man das Wasserwerk mit erster Priorität baut, ist halt auch klar. Das ist aber egal, ihr geht einfach an den Wünschen der Wiener vorbei. *(GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović: Das ist die Weisheit der FPÖ!)*

Und die NEOS, da haben wir die NEOS, sehr gut, dass Sie uns jetzt daran erinnern. *(Weiterer Zwischenruf von GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović.)* Wenn ein mit Teufelshörnern und Piercings im Gesicht ausgestatteter Mann von euch in der Kinderhilfe bei schwerstbeeinträchtigten Kindern eingesetzt wird, ohne dass es euch auffällt, dann braucht ihr von Realität gar nicht mehr sprechen. Ihr lebt einfach in der Limbussphäre. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist halt euer Problem, aber wie gesagt, wollen wir einmal zum Thema zurückkehren, nachdem wir ein wenig über das gesprochen haben, was wir zuvor gehört haben.

Der Grund für unsere Sitzung, die wir hier einberufen haben, ist mehr als besorgniserregend, und es geht nicht

nur um die Weinkellergespräche des Herrn Ruck, des Bürgermeisters und des Herrn Bezirksvorstehers Nevrivy. Nein, es geht um ein Treffen hochrangiger SPÖ-Funktionäre und der hochrangigen Führungselite der Vienna Insurance Group. Bereits am 21.10.2025 hat dieses stattgefunden, bereits vor dem Gespräch, das der unselige Problembär Nevrivy aufzeichnen ließ, sagen wir es einmal so.

Bei diesem hochrangigen Treffen in Räumlichkeiten der Wiener Städtischen waren Bgm Ludwig, Finanzstadträtin Brauner *(StR Dominik Nepp, MA: Novak!)* - Entschuldigung, mein Fehler, ich habe mich jetzt natürlich negativ erinnert, hat sich *(erheitert)* ein bisschen eingebrannt bei mir -, natürlich Finanzstadträtin Novak, VIG-Boss Hartwig Löger, dessen Aufsichtsratschef Günter Geyer, die Dritte Nationalratspräsidentin Doris Bures, Walter Ruck und der Ex-SPÖ-Bundeskanzler und heute zur neuen Lichtgestalt der SPÖ erkorene Werner Faymann dabei.

In dieser illustren Runde wurde der Verkauf der Gemeindebauten erörtert *(StR Dominik Nepp, MA: Und der Spitäler!),* und der Spitäler natürlich auch. Genau das wurde damals diskutiert. Uns liegen selbstverständlich diese Protokolle vor, die "Presse" hat Informationen, und der liebe Walter Ruck hat es ja auch bestätigt. Also mehr kann man dazu nicht sagen *(Beifall bei der FPÖ.),* außer dass der Plan, die Gemeindebauten zu verkaufen, schon weitaus weiter fortgeschritten ist, als es so mancher wahrhaben möchte.

Der Grund dafür ist einfach die Finanzierung der maroden Stadtfinanzen. Sieht man sich die Entwicklung des Wiener Gemeindebaues an, würde es uns von eurer Seite her gar nicht verwundern, denn euer ehemaliges Leuchtturmprojekt ist schon lange in Schieflage geraten, und ihr Sozialdemokraten habt euch schon lange - schon lange! - vom Gemeindebau abgewandt. Das wissen die Wiener, das wisst ihr, und ihr wollt es nur nicht zugeben. Das verstehe ich, aber das ist halt einmal so.

Denn die Schulden des Unternehmens sind auf 3 Milliarden EUR angestiegen und der Sanierungsrückstau beträgt erschreckende 10 Milliarden EUR. Viele Gemeindebauten sind einfach nur mehr als gefährlicher Schandfleck zu betrachten und zu benennen, denn es gibt marode Fassaden, morsche Fenster, desolate Dächer, Strukturen, die keinem modernen Wohnbau mehr entsprechen. Und diese Dinge habt ihr einfach nicht mehr im Griff. Das kostet euch Milliarden, die ihr lieber anderweitig ausgeben wollt.

Es ist aber vielleicht auch der Umstand, dass Wiener Wohnen als Unternehmen, als Hausverwaltung nicht unbedingt die Beliebtheitswerte hat, die ihr dringend benötigt oder ihr gerne hättet. Nehmen wir einmal die Wohnungsvergabe Neu her. Die Wohnungsvergabe Neu, das aktuelle Projekt, hat nicht unbedingt Begeisterungsstürme bei der Wiener Bevölkerung hervorgerufen, das ist einmal fix. Und warum? - Das System, die Plattform, wurde nach zwei Jahren Entwicklungsarbeit und beachtlichen 14 Millionen EUR Entwicklungskosten online gestellt, aber am Versuch, einen Antrag über die neue Plattform zu stellen, sind leider sehr viele Wiener gescheitert. Und deswegen hagelt es Beschwerden.

Der Grund ist, dass die IT-Plattform fehlerbehaftet ist, Systemfehler beinhaltet, sehr komplex ist, durchaus IT-Bedienerkenntnisse beansprucht, und man braucht auch technische Ausrüstung wie zum Beispiel einen Scanner, um Dokumente hochzuladen. Daran scheitern leider viele. Diese Fehlfunktionen haben nicht zuletzt dazu geführt, dass bei einem Fehler, der im System drinnen ist, es keine Möglichkeit mehr gegeben hat, ihn wieder herauszubekommen, und eine neue Registrierung der Wohnungswerber nicht funktioniert hat. Also hinten und vorne funktioniert es nicht.

Die Wohnungswerber, die Probleme bei der Anmeldung hatten, haben sich dann vertrauensvoll an Wiener Wohnen, an das Wohnservice gewandt. Anders als von StRin Hanel-Torsch versprochen, hat es keine Hilfeleistung gegeben, und die Wiener wurden damit alleine gelassen. Das ist das Problem, denn der Eindruck ist entstanden, dass die Mitarbeiter den Mietern nicht helfen konnten, weil sie selbst wenige Kenntnisse hatten und eigentlich mit dem System überfordert sind.

Daher stellen wir natürlich heute auch einen Antrag, damit das IT-Tool der Wohnungsvergabe Neu einer kompletten Revision unterzogen wird, neu gedacht wird, vereinfacht und bürgerfreundlich gemacht wird, damit das funktioniert, was sich die Wiener verdienen: eine einfache Anmeldung zum Wohnticket Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es sind aber nicht nur die neuen Projekte, die ihr in Wien habt, die die Wiener nicht begeistern, es sind vor allem Wiener Wohnen und die finanzielle Lage des Unternehmens. Durch offensichtliche Misswirtschaft, durch fehlerhafte Strukturen, durch missbräuchliche Verwendung der Wohnbauförderung ist diese finanzielle Schieflage entstanden. Und die ist derartig dramatisch, dass das Unternehmen eigentlich per se bankrott ist und Insolvenz anmelden muss.

Damit sind wir jetzt dort, was Sie planen. Sie würden gerne diesen Klotz am Bein loswerden *(Zwischenruf bei der SPÖ: Geh, bitte!),* mit einem eleganten Verkauf abstoßen, um dann mit den lukrierten Millionen weiter Ihre linksideologischen Träumereien finanzieren zu können. Das ist Ihr Plan, und es ist Ihnen jetzt unangenehm, weil Sie dabei erwischt wurden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Bürgermeister, die Finanzstadträtin und der rote Problembär, Bezirksvorsteher Nevrivy, träumen einfach davon, dies zu veräußern. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Nicht wir, ihr habt es gemacht!)* Und der einzige Grund, warum ihr es noch nicht gemacht habt, ist nur, weil ihr nicht wisst, wie ihr es den Wiener erklärt, wie Ihr sehen werdet, wie die Wiener darauf reagieren. Das ist das einzige. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Ihr habt die Wohnungen verkauft!)* Ja, um die Lichtgestalt Faymann vielleicht noch einmal zu besprechen, das ist ja jener, der den Gemeindebau an die Ausländer verschenkt hat. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Bravo, bravo, das seid ihr Sozialdemokraten. Ihr verschenkt den sozialen Wohnbau an die Ausländer. *(Beifall bei der FPÖ. - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ja, alles klar und 100 000 Ausreden, und wie Sie sich ereifern, das ist ja schön. Ich freue mich ja richtig darüber. Endlich habe ich Sie aufgeweckt, und Sie sind aus Ihrer Lethargie erwacht. *(Weitere Zwischenrufe von GRin Martina Ludwig-Faymann.)*

Wie auch immer, das ist auf alle Fälle die traurige Wahrheit: Mit dem Gemeindebau haben Sie als Sozialdemokraten schon lange nichts mehr am Hut, der ist Ihnen nur mehr zur Last geworden. Sie wollen das an und für sich elegant loswerden, privatisieren, damit Sie sich in der Sonne der Unschuld sonnen können. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das stimmt alles nicht!)*

Wir auch immer, mit uns Freiheitlichen wird es natürlich keinen Verkauf der Gemeindebauanlagen geben. Wir stehen zum sozialen Wohnbau *(Zwischenrufe von GRin Martina Ludwig-Faymann.),* wir sind für die Bürger, wir sind auch für leistbare Mieten. Wir sind gegen hysterische Zwischenrufe und wir sind einfach dazu da, um hier einen Kurswechsel herbeizuführen. *(Zwischenrufe von GRin Martina Ludwig-Faymann. - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. - GR Mag. Josef Taucher - in Richtung StRin Mag. Ulrike Nittmann: Frau Stadträtin, Frau Stadträtin!)*

Wie schön es ist, wenn die Emotionen der SPÖ hochgehen. Das freut mich, das freut mich wirklich jedes Mal aufs Neue. *(GR Mag. Josef Taucher: Frau Stadträtin, hysterisch! - StR Dominik Nepp, MA: Er hat dich zitiert!)* Wir haben recht. Wir haben recht damit, wir haben *(erheitert)* genau die richtigen Tasten gedrückt, genau die richtigen Tasten. Also wir Freiheitliche verlangen, dass es hier ein klares Bekenntnis gibt, den sozialen Wohnbau, den Gemeindebau nicht zu verkaufen, ihn weiter für die Wiener zur Verfügung zu stellen und weiter noch, ihn auch auf die Staatsbürgerschaft zu beschränken. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit, Freundschaft. *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Armin **Blind**: Herr Kollege Niegl, wenn Sie kurz Ihre Aufmerksamkeit auf mich richten.

Für die Bemerkung des hysterischen Zwischenrufes mit der Blickrichtung zur sozialdemokratischen Abgeordneten Ludwig-Faymann erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Stumpf. - Bitte, Herr Kollege, Sie sind am Wort.

GR Michael **Stumpf**, BA *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender - ich wollte sagen, Herr Bürgermeister, aber der ist nicht mehr da -, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute steht über dieser Sitzung ein Wort, das in Wien seit Jahren von Rot-Pink entwertet wird. Das ist das Wort "Macht" und gleich daneben das Wort, das dazugehört, wenn man in die Tiefe der Materie eintaucht, und das ist "Missbrauch": "Machtmissbrauch". Am Vormittag saß der Herr Bürgermeister noch da. Seit einigen Stunden macht er das, was er den ganzen Sommer über getan hat, nämlich abtauchen, verstecken, sich wegducken. Ich bin da, bin wieder weg, das scheint so *(erheitert)* das durchgängige Motto des Herrn Bürgermeisters zu sein, aber vielleicht hört er zu.

Als er am Vormittag hier gesessen ist, saß er in Wirklichkeit nicht als Zuschauer eines Marionettentheaters da, sondern als oberster politischer Verantwortlicher dieser Stadt, als Verantwortlicher, dem der Magistrat untersteht, als Verantwortlicher, dem das System untersteht, sein System natürlich. Und wenn in einer Dienststelle jahrelang Angst herrscht, dann ist das kein Betriebsunfall, sondern ein Versagen an der Spitze. Es ist sein Versagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Deswegen spreche ich jetzt heute auch über das Marktamt und reden wir ein bisschen über den Herrn Andreas Kutheil oder reden wir über das System Kutheil, das eng mit dem System Ludwig verbandelt war beziehungsweise ist und reden wir vielleicht auch darüber, wer diesem System über Jahre den Rücken freigehalten hat. Was ich Ihnen heute vortrage, kommt nicht aus irgendwelchen Gerüchten vom Gang oder ausschließlich aus Presseberichten, sondern von wochenlangen, intensiven, persönlichen Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Marktamtes, die sich an uns gewandt haben und uns ihr Leid, das sie über viele Jahre hinweg erfahren mussten, geklagt haben.

Sie fühlen sich sehr wohl im Stich gelassen, sie wollen anonym bleiben, weil sie Angst um ihren Job in dieser Stadt haben und weil sie der Internen Revision und der UBSB nicht mehr vertrauen. Was uns diese Menschen geschildert haben, hat einen wirklich sprachlos zurückgelassen. Was da in ihrer Dienststelle passiert ist, los war, von ganz oben gedeckt wurde, ist etwas, wo die Politik in Wirklichkeit nicht zur Tagesordnung weitergehen kann.

Acht Jahre lang - acht Jahre lang! - hat Andreas Kutheil die Magistratsabteilung 59 geführt. Rund 220 Mitarbeiter unterstanden ihm, die für die Wiener Märkte, für Kontrollen, für Verbraucherschutz zuständig waren, eine Behörde, die nach außen hin Ordnung predigen soll. Nach innen aber, so berichten es Beschäftigte öffentlich und uns in vertraulichen Gesprächen intern, herrschte ein Klima der puren Angst. Mobbing stand auf der Tagesordnung, Demütigung, ein System, in dem man den Mund hält. Wenn man es gewagt hat, den Mund aufzumachen, ist man gegangen worden.

20 Beschäftigte haben sich an den Unabhängigen Bedienstetenschutz der Stadt gewandt. Eine Person ist, Informationen zufolge, nach einem Wutausbruch des damaligen Chefs, des Amtsleiters, zusammengebrochen. Er befindet sich heute noch im Krankenstand, kämpft mit schweren Depressionen. Ein Psychologe hat damals auch geschrieben, ein Kontakt mit der Dienststelle würde den Gesundheitszustand dieser Person erheblich verschlechtern.

Ein Personalvertreter hat öffentlich gesagt, es gibt Aktenschränke - Aktenschränke! - voller Vorwürfe gegen Kutheil. Und Kutheil selbst? - Der hat sich sogar selbst damit gebrüstet, in der internen Abteilung, sinngemäß. Der hat ja selber gewusst, die haben Aktenschränke voller Informationen und Vorwürfe gegen ihn, und er hat das vor sich hergetragen wie einen Orden. So wie er das geschildert hat, dass er auch diverseste psychologische

Hearings durchgemacht hat und ihm mangelnde Empathiefähigkeit attestiert wurde, war er sogar stolz darauf, weil er Empathie als Schwäche empfunden, als Schwäche betrachtet hat. Und so ein Mann durfte unter Ihrer Stadtregierung acht Jahre lang über 220 Menschen bestimmen und deren Leben zur Hölle machen. Pfui Teufel, sage ich da nur.

Meine Damen und Herren, es ist ja klar, dass das kein Führungsstil ist und dass das ein System der Angst ist, aber die entscheidende politische Frage ist doch: Wie lange konnten diese Missstände andauern, warum konnten sie so lange andauern? - Wegen Ihrer Politik. Gehen wir ein bisschen zurück in der Geschichte. Es war das Jahr 2018, als die damalige Umweltstadträtin Ulli Sima Andreas Kutheil zum Leiter des Marktamtes gemacht hat. Sie hat ihn aufgebaut, sie hat ihn gehalten, und sie trägt natürlich auch, wie Bgm Ludwig, die politische Verantwortung für die Bestellung dieser Person und für die Jahre danach.

Beschäftigte haben genau das kritisiert, dass die politische Nähe und dieser unverbrüchliche Schutz von ganz oben, den Herr Kutheil genossen hat, es unmöglich gemacht haben, aus diesem System auszubrechen und der Probleme Herr zu werden. 2024 schickte der damalige Leiter des veterinärmedizinischen Bereiches, das war Herr Riedl, an seinem letzten Arbeitstag, ein Mail mit Empfehlungen an Kutheil.

Laut Berichterstattung - darüber haben auch der ORF und die "Presse" berichtet- standen StRin Sima und die Magistratsdirektion in Kopie dieser Mail. Heute damit konfrontiert, hört man, dieses Mail ist nie angekommen. Es ist nie angekommen. Dann erklären Sie uns, wozu es CC in den Mailprogrammen gibt. Und was ist passiert? - Nichts ist passiert, meine Damen und Herren, nichts ist passiert, denn das ist das System Ludwig in einem Satz: Wer dazugehört und kuscht, der wird gehalten. Und wer sich beschwert, der bleibt allein und muss sich schleichen. Und das ist das Problem. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Viele Funktionsträger, die dieses System über Jahre mitgetragen haben, sitzen heute in diesem Saal, sofern sie die Sitzung nicht schwänzen. Macht erkennt man oft daran, wer kommt und wer sich am Ende des Tages, wenn es brenzlig wird, drückt.

Jetzt ist seit Juni 2025 das Marktamt bei Frau Vzbgm.in Emmerling von den NEOS, also bei jener Frau, die sich Transparenz am liebsten in fetten Lettern auf jede einzelne ihrer Visitenkarten draufschreiben lassen würde. Ich bezeichne sie hier als das, was sie im Zuge dieser Causa geworden ist, nämlich eine Desaster-Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht deswegen, weil ein Skandal passiert ist, der schon lange vor ihrer Amtszeit begonnen hat - Skandale passieren -, sondern weil man ihr als Amtsführender Stadträtin den gesamten Situationsbericht - einen zehnseitigen Bericht, persönlich und vertraulich an Frau Emmerling ergangen - damals auf den Tisch gelegt hat, nämlich am 1. Juni 2026, in dem die Lage im Marktamt schonungslos beschrieben wird - und die Lage ist dramatisch gewesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine betroffene Person bereits im Krankenstand ist. Der Name steht im Bericht. Spätestens seit dem Tag wusste die Frau Vizebürgermeisterin auch, dass die Gesundheit eines Menschen in Gefahr ist. Hier greift im Arbeitsrecht normalerweise - was greift da, Herr Kollege *(in Richtung GR Markus Ornig, MBA)*? - die Fürsorgepflicht. Die hat sie nicht wahrgenommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dazu kamen Beschwerden von rund 20 Mitarbeitern über Herrn Kutheil und Herrn Hengl. Am selben Tag geht der Vorgang in die Magistratsdirektion ein. Die Stadt sagt selbst, am 2. Juli wird die Interne Revision beauftragt. Was passiert dann? - Das haben uns die Damen und Herren vom Marktamt auch berichtet.

Da sitzen sie, sieben Betroffene, mehr als vier Stunden bei der Internen Revision. Die Prüfer wirkten teilweise sehr unvorbereitet. Sinngemäß haben sie auch gesagt: Wir müssten überhaupt erst schauen, ob ein Verfahren eingeleitet wird. Es gibt ja die Deckung von ganz oben. Wir haben eigentlich keine Personalressourcen für diese Dimension. Wenn Sie etwas haben, dann gehen Sie bitte doch gleich lieber selber zu einem Rechtsanwalt. - Na, herzlichen Dank. Das klingt wie die MA 2412. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt also zu wenig Personal - außer es braucht schnell Leute für einen öffentlichen Markttermin für die damalige StRin Sima. Dann ist plötzlich Personal da.

Genau deshalb kommen die Informanten zu uns. Nicht weil sie Lust haben, mit dieser Sache an die Öffentlichkeit zu gehen oder damit Politik machen wollen, sondern weil die Interne Revision vollkommen versagt hat, weil die UBSB für sie keinen Schutz mehr geboten hat und weil man sie komplett im Dunklen gelassen hat.

Sie, Frau Emmerling, haben jetzt eine umfassende Anfrage von uns Freiheitlichen bekommen. Wir wollen wissen: Wer wusste was wann? Was wurde getan? Was haben Sie getan? Wo war Ihre Leistung? *(Heiterkeit bei GR Jörg Neumayer, MA.)* Wer hatte Zugriff auf die Akten? Was ist mit dem PR-Budget? Wurde es ebenso wie die Besucherzahlen teilweise missbräuchlich dargestellt und verwendet sowie umgemodelt?

Wir erwarten uns - das ist politisch wahrscheinlich Ihre einzige Chance, wenn Sie noch irgendeinen Rest an Glaubwürdigkeit haben wollen, denn in ganz vielen Bereichen haben Sie die sowieso schon verspielt -, dass Sie diese Anfrage wirklich vollumfänglich beantworten, für Transparenz sorgen und die volle Wahrheit auf den Tisch packen. Denn das, was Sie machen, ist keine Transparenz. Das ist im Moment ein Verwaltungstheater mit freundlicher Unterstützung der SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da wurden von den Informanten Sachen geschildert, dafür reicht mir fast die Redezeit nicht, etwa, was aus dem PR-Budget alles besorgt worden ist. Da ist die Rede von Blumensträußen für Frau Emmerling. Frau Emmerling hat einen Strauß in Pink bekommen, Frau Sima einen in Rot, rund 100 EUR das Stück. Das finde ich sehr nett. Wessen Geld war das? - Das wissen wir eh alle.

Es gab ein Treffen mit der Geschäftsgruppe am Cobenzl. Da wurde gegessen, da wurde getrunken: 3 500 EUR. Es gab Fotoaufträge an Oswald "Ossi" Schellmann am Naschmarkt und am Schlingermarkt: für ein einzelnes Projekt 9 600 EUR. *(GR Markus Ornig, MBA: … haben wir uns leider nicht leisten können! - GR Jörg Neumayer, MA: Sollen wir auf die freiheitlichen Konten schauen?)* - Ha, da schreit jemand. Schauen wir einmal, was der Informant über Sie alles berichtet hat. Darauf komm ich in der nächsten Rede noch zu sprechen.

Frequenzzählungen auf den Märkten wurden organisiert. Mitgezählt worden seien auch Leute, die bloß zur U-Bahn unterwegs waren. Bei der Auswertung gab es dann die Anweisung: Geh, macht 10 oder 15 Prozent mehr daraus! - Auf Grund dieser Skandalgeschichte muss man mittlerweile ja sämtliche Befragungen oder irgendwelche Zählungen in Wien in Frage stellen.

Sie haben also durch Täuschung und durch das Decken eines kaputten Systems wirklich einen Riesenschaden angerichtet. Das Beste ist ja: Wir erinnern uns alle, wie erregt Sie alle damals bei der Tankstellenaktion der FPÖ waren. Da gab es eine Sonderprüfung gegen den Tankstellenbetreiber, der mit uns gemeinsam eine wunderbare Aktion gestartet hat. Das ging auch von Herrn Kutheil aus. Das war laut Informantenquellen im Übrigen die einzige Anzeige, die ausgesprochen worden ist.

In der "Zeit im Bild" am 9. März hörten wir aber etwas anderes. Da wurde gesagt, gegen fünf Betreiber wurden entsprechende Prüfungsverfahren eingeleitet. Falsch, gegen einen einzigen. Das heißt, das Marktamt wurde als parteipolitische Waffe missbraucht. *(StR Dominik Nepp, MA: Das ist das System! - StR Stefan Berger: Pfui!)* - Pfui Teufel, wirklich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da ist so viel zu erzählen. Ich warte jetzt einmal die Anfragebeantwortung ab, dann gehen wir in Runde zwei.

Ich sage Ihnen aber jetzt zum Schluss noch eines: Es gibt hier im Haus - das stelle ich nicht in Frage - viele, die aus Idealismus in die Politik gegangen sind, die nicht irgendein Systemopfer oder sogar Täter werden wollten, sondern das Beste für die Stadt wollen.

Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die heute vielleicht zuschauen und fassungslos über die Zustände in Wien und über die Berichterstattung der letzten Monate sind, sollten vielleicht über eines nachdenken, über eine schlichte Frage, nämlich ob es für sie in Ordnung ist, dass über wichtige Posten in dieser Stadt nicht nur sie als Wählerinnen und Wähler entscheiden, sondern auch Logen, die sich Brüder nennen.

Das ist keine Erfindung von Michi Stumpf und Kameraden der FPÖ, sondern es hat schon einmal damit begonnen, dass Landeshauptmann Doskozil aus dem Burgenland in seinem Buch geschrieben hat, dass die Freimaurer ein wesentlicher Machtfaktor in der Wiener SPÖ und auch in der Bundes-SPÖ seien und dass die Loyalität zur Loge größer ist als die Loyalität zur Partei.

Der "Kurier" hat das Netzwerk nachgezeichnet: Zwei Drittel der Logenmitglieder sitzen in Wien im Rathaus und mitten drin in stadtnahen Betrieben. Ich empfehle jedem die "Dunkelkammer". Das ist ein Podcast des "Kurier" mit dem Investigativjournalisten Michael Nikbakhsh. Da packt der ehemalige Logenbruder Peter Gnaiger aus, ein Salzburger. Wissen Sie, wie oft der Name Michael Ludwig in diesem Podcast vorkommt? Ich habe irgendwann ab dem 50. Mal aufgehört zu zählen: erstaunlich oft. Wie da gepackelt wird! Da ist die Rede von Kellern. Da ist die Rede von Deals. Da ist die Rede davon, warum man keine Frauen dabeihaben will: weil es eben Freimaurerlogen sind.

Wollen Sie Ihre Stadt, Ihre Politik und Ihren Alltag von solchen Geheimbünden bestimmen lassen? Wollen Sie das wirklich? Wollen die Wienerinnen und Wiener das? Wollen die Wienerinnen und Wiener, dass zwei Drittel der Stadtregierungsmitglieder in entsprechenden Logen sitzen? Wollen sie das? - Ich will das nicht. Damit muss Schluss sein. Kurswechsel für Wien jetzt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächster ist GR Brucker zu Wort gemeldet. - Bitte, Sie sind am Wort.

GR Lukas **Brucker**, MA *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Kollege Michi Stumpf hat hier jetzt schon von diesen Logenbrüdergeschichten gesprochen. Ich möchte noch einmal kurz auf diese Familia-Geschichte zurückkommen.

Herr Kollege Neumayer hat in seiner tatsächlichen Berichtigung ja quasi nur dementiert, dass es nicht Sozialdemokratischer Wirtschaftsbund, sondern Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband heißt. *(GR Jörg Neumayer, MA: Sehr ordentlich!)* Was er natürlich nicht dementiert hat, waren diese familiären Verflechtungen, die es da gibt.

Tatsache ist auch, dass er öffentlich zur Verteidigung Walter Rucks ausgerückt ist und sich gleichzeitig von seinem eigenen SPÖ-Funktionär, Herrn Fischer, distanziert hat und ihn quasi schlechtgemacht hat. *(GR Jörg Neumayer, MA: Ich kann schon wieder berichtigen!)*

Das ist kein Wunder. Man braucht sich nur die Seite der WKO anzuschauen *(ein Schriftstück in die Höhe haltend):* Ausschuss für Landesinnung Bau: Innungsmeister Dr. Christoph Ruck, der Sohn des ehemaligen Wirtschaftskammerpräsidenten Walter Ruck, Innungsmeister-Stv. Ing. Markus Neumayer, der Bruder des Herrn Landesparteisekretärs.

Sehr geehrte Damen und Herren, man sieht wieder: Wenn es um die Familie geht, halten Rot und Schwarz zusammen. Da packeln sie. Da geht es um Geschäftsinteressen. Da geht es aber längst nicht mehr um die Interessen der Wienerinnen und Wiener. Daher braucht es in dieser Stadt dringend einen Kurswechsel für mehr Sauberkeit in der Politik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Einer der größten Skandale dieses Sommers - er wurde von StR Nepp schon erwähnt - war ja der Fall der Volkshochschulen in Wien. Man kann das nur so darstellen - ich glaube, auch Sie haben den Artikel im "Profil" gelesen: Die Wiener Volkshochschulen sind ein Paradebeispiel für SPÖ-Misswirtschaft.

Jährlich fließen zig Millionen Euro an Steuergeld in diese Einrichtung. 32 Millionen EUR sind es alleine heu-

er aus dem Kulturbudget. Davor waren es teilweise schon 40 Millionen EUR, mit Zusatzprojekten sogar 50 Millionen EUR. Wofür? - Nicht primär für die Volksbildung, sondern für ein gut geöltes Versorgungsnetzwerk der Ludwig-SPÖ. Die Volkshochschule ist keine Volkshochschule mehr. Es ist eine SPÖ-Hochschule, sehr geehrte Damen und Herren.

Man braucht sich ja nur das Angebot der Volkshochschulen anschauen. Über 40 Prozent des Angebotes betreffen Gesundheit und Bewegung: Tai-Chi, Zumba, orientalischer Tanz, autogenes Training, Lach-Yoga für Frauen. Sehr geehrte Damen und Herren, Lach-Yoga auf Steuerkosten, das ist Ihre rote Prioritätenliste. So kann es nicht weitergehen in dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Josef Taucher: Täte euch auch gut!)*

Die Volkshochschulen sind ja auch ein Hort des roten Postenschachers und der Freunderlwirtschaft. Ich habe Ihnen hier eine Liste mitgebracht *(ein Schriftstück in die Höhe haltend)*, inwieweit SPÖ-Politiker bei den Volkshochschulen involviert und auf hohen Posten sind. Ich glaube, ich würde alleine 15 Minuten benötigen, um Ihnen diese Liste vorzulesen. Bis auf drei Ausnahmen sind sämtliche Volkshochschuldirektoren SPÖ-Bezirksräte, SPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter oder andere Parteifunktionäre. Ich nenne nur ein paar Namen: Carmen Fischer, Karl Dwulit, Walter Schuster - allesamt Parteibuchgänger mit Direktorenposten ab einem Einstiegsgehalt von 4 200 EUR. *(GR Mag. Josef Taucher: Da siehst du wieder, was wir für gute Leute haben!)*

Auch die designierte Nachfolgerin des bisherigen Geschäftsführers Herbert Schweiger, Daniela Ecker-Stepp, war jahrelang selbst Bezirksvorsteher-Stellvertreterin in der Inneren Stadt und sitzt bis heute im SPÖ-Bundesparteipräsidium.

Sehr geehrte Damen und Herren, VHS heißt nicht mehr Volkshochschule. Das heißt nur mehr Versorgungsanstalt für hohe SPÖ-Funktionäre. *(Beifall und Bravorufe bei der FPÖ.)*

Auch das hängt ja wieder mit diesem System Ludwig zusammen, das wir heute schon ausführlich erwähnt haben. Michael Ludwig ist ja persönlich in diesem System der Volkshochschulen politisch aufgewachsen. Er hat darin ja jahrzehntelang eine zentrale Rolle gespielt: Von 1995 bis 2018 war er Vorsitzender des Verbandes der Wiener Volksbildung, ab dem Jahr 2007 Aufsichtsratsvorsitzender der Wiener Volkshochschulen GmbH.

Da heißt es auch von Seiten - ich weiß nicht - des Politikwissenschaftlers Filzmaier immer, Herr Ludwig hat so eine Unternehmensführungs- oder Wirtschaftskompetenz. Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Ludwig ist nur in Parteistrukturen aufgewachsen. Dann hat er als Funktionär noch die Volkshochschulen finanziell in den Sand gesetzt. Jetzt setzt er die Stadt Wien finanziell in den Sand. Damit muss Schluss sein. Es braucht einen Kurswechsel für finanzielle Glaubwürdigkeit und Gerechtigkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man sich noch die jetzige Geschäftsführung der Volkshochschulen, Herrn Herbert Schweiger, anschaut, SPÖ-Bezirksrat in Floridsdorf, in der politischen Heimat von Bgm Ludwig, mit dem er selbst ja auch gut befreundet ist: Ihm unterstehen rund 900 Mitarbeiter. Ende September geht er in Pension. Doch dieser Abgang hat einen extrem schalen Beigeschmack.

Sie haben vielleicht im "Profil" vom Skandal um die geförderte Wohnung in der Roten Emma in der Donaustadt gelesen. Genau dort nämlich, wo die neue Volkshochschule Donaustadt eröffnet wurde, wohnt jetzt die Ehefrau des Geschäftsführers - in einer sozial geförderten Wohnung mit einer gedeckelten Miete von maximal 8,55 EUR pro Quadratmeter. Die Einkommensgrenze für solche Wohnungen liegt bei 61 280 EUR netto im Jahr. Ein Geschäftsführergehalt liegt deutlich darüber.

Was hat Herr Schweiger erklärt? - Meine Frau ist die Mieterin. Bei der Eröffnung soll er sich sogar damit gebrüstet haben, er braucht jetzt nur mehr von der Wohnung seiner Frau herunterzufahren, um in seine VHS zu kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei uns warten Familien jahrelang auf eine geförderte Wohnung. Beim VHS-Chef fährt die Frau mit dem Lift in die geförderte Wohnung und er mit dem Lift in sein Büro. Das ist einfach eine Schande und eine Verhöhnung aller Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gleichzeitig hat auch noch seine Tochter eine Leitungsposition in der VHS im 7. Bezirk bekommen. Was wurde dort als Erstes gemacht? - Man hat dort gleich einen Herbert-Schweiger-Saal eingerichtet. Da kann man einfach nur sagen: Wer noch zu aktiven Zeiten gleich einen Saal nach sich benennen lässt, der hat den Bezug zur Realität und besonders zur Volksbildung völlig verloren, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was eigentlich schon erstaunlich ist - weil Kollege Deutsch ja jetzt noch im Saal ist: Es gibt seitens der Volkshochschulen ja Mitarbeiter, die in einem anonymen Schreiben an Sie als Aufsichtsratsvorsitzenden einen Brief geschrieben haben und von einem Schmierentheater, von Freunderlwirtschaft und von Postenschacherei ganz oben gesprochen haben.

Was ist passiert? - Einen Tag nach diesem Schreiben wurde die Tochter von Herrn Schweiger wieder von der interimistischen Leitung abgezogen. Ich sage Ihnen: Das ist schon eine sehr eigenartige Vorgangsweise. Ich verstehe ehrlich gesagt auch nicht, warum Sie nach diesem Brief und nach diesem Schreiben der Mitarbeiter nicht irgendwelche Konsequenzen in den Volkshochschulen gezogen haben, sehr geehrter Herr Abgeordneter.

Diese Kritik an den Wiener Volkshochschulen üben ja nicht nur wir Freiheitliche. Auch die GRÜNEN sind hier immer wieder mit dabei. Auch der Stadtrechnungshof hat in seinem Bericht 2025 ja schonungslos aufgedeckt, dass hier massiv Steuergeldverschwendung betrieben wird und hier auch massive Missstände bei der Steuergeldverwendung bestehen. Dann haben Sie auch noch versucht, dem Rechnungshof die Prüfkompetenz wegzunehmen. Nach massivem Protest hat er sie jetzt doch wiederbekommen. Trotzdem gibt es kein dauerhaftes

Bekenntnis der Stadt Wien zur Prüfung der Wiener Volkshochschulen.

Ich appelliere an Sie: Sorgen Sie dafür, dass der Stadtrechnungshof die Volkshochschulen auch zukünftig in vollem Umfang prüfen kann, denn das wird bei diesen ganzen Skandalen auch notwendig sein, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, die Wiener Volkshochschulen sind derzeit keine Bildungsnahversorger. Sie sind ein roter Bonzennahversorger. So kann es nicht weitergehen. Wien braucht einen Kurswechsel. Auch die Volkshochschulen brauchen einen dringenden Kurswechsel. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich GR Neumayer gemeldet. - Bitte.

GR Jörg **Neumayer**, MA *(SPÖ)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Kollege, ich habe Ihren Namen leider irgendwie nicht am Radar *(FPÖ: Brucker!)*, aber so wie schon vorhin tatsächlich berichtigt habe ich sehr klargestellt *(GR Maximilian Krauss, MA: Sehr klar? Wo ist der Unterschied zwischen Klarstellung und Sehr-Klarstellung?)*, wie man in manchen Situationen mit Presseanfragen umgeht, nämlich in einem kommunikativen Dreiklang, indem man zum einen die eigene Position festigt und darstellt, wofür man selber steht, zum anderen, indem man Vorwürfe prüft, und zum dritten in einer Wenn-dann-Formel: Sollte etwas sein, dann … Das ist nachzulesen und zu recherchieren. Vielleicht sollten Sie dafür Ihre Zeit opfern.

Das Zweite ist auch durch Recherche leicht erklärbar und auffindbar. Baumeisteringenieur Markus Neumayer ist seit 2014 oder 2015 in der Innung tätig, der genannte Christian Ruck seit 2025. Wer hier eine großartige Verbindung darstellen möchte, kann auch das mittels Recherche wieder hinbekommen, da dazwischen neun Jahre liegen. *(StR Dominik Nepp, MA: Also ist es so!)*

Zum Dritten, werte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich auch daraus keinen Hehl machen: Nachdem ich ja mit Maximilian Krauss und Dominik Nepp in der gleichen Fachhochschule war, ist das vielleicht auch eine sehr amüsante oder interessante Verbindung für dieses Haus. - Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ. - Heiterkeit bei GR Thomas Weber. - StR Dominik Nepp, MA - erheitert: Könnte sein, muss man prüfen!)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächstes ist GR Guggenbichler zu Wort gemeldet ist. - Bitte, Sie sind am Wort.

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren!

Was wir im letzten Dreivierteljahr erleben durften, ist das, was viele ja schon seit Jahren behaupten: dass es in Wien eine Koalition zwischen Ludwig und Ruck und keine Koalition zwischen den GRÜNEN und der SPÖ beziehungsweise keine aktuelle Koalition zwischen den NEOS und der SPÖ gibt.

Wenn man sich anschaut, wie es im Jänner begonnen hat, dann kann ich mich daran erinnern - ich stand hier auf diesem Platz -, dass wir darüber gesprochen haben, wie Kollege Ruck seiner eigenen Frau Preise verliehen hat und sie dann dafür, dass sie schon zwei Preise bekommen hat, einen dritten Preis bekommen hat, weil sie ja so preiswürdig war.

Kollege Ruck hat darüber gesprochen, wie er es geschafft hat, seinem Sohn im 19. Bezirk die Spitzenkandidatur zu verschaffen, obwohl dieser dort gar nicht wohnhaft ist. Mittlerweile ist er Bezirksobmann in einem anderen Bezirk geworden.

Es ist darum gegangen, dass der zweite Zwillingssohn sein Nachfolger in der Bauinnung ist. Innungsmeister heißt das dort, glaube ich. Ich glaube, er ist in der Geschichte der Wirtschaftskammer der Erste, der kein Baumeister ist. *(Zwischenruf von GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović.)*

Darüber haben wir im Jänner gesprochen, und alle haben gesagt: Nein, das ist alles nicht so schlimm. Es ist ja alles nicht so dramatisch. Man soll hier nicht so persönlich werden. Liebe Freunde, man muss aber persönlich werden, und man muss über die Familie sprechen, wenn die Familie versorgt wird. Kollege Ruck hat ja nicht das Wetter beeinflusst, sondern er hat seine Familie versorgt. Also werden wir über das Thema sprechen, wie es am Ende des Tages auch üblich ist.

Dann ist es im Februar beziehungsweise März mit dem Schloss Hernstein weitergegangen, wo die Wirtschaftskammer im Ludwig-Ruck-System - die zwei verstehen sich ja irrsinnig - ein 4-Millionen-EUR-Grab hat. Die Wiener Wirtschaftstreibenden müssen mit ihren Pflichtmitgliedsbeiträgen jedes Jahr 4 Millionen EUR in dieses Finanzgrab tragen, obwohl die Fachgruppen verpflichtet werden, dort in Hernstein Seminare zu machen und auch eine stattliche Miete zu zahlen.

Dann ist in den Medien auch darüber gesprochen worden, dass das Pförtnerhaus um 600 000 EUR als Drittbüro des Kollegen Ruck … Ich nehme an, dass der Bürgermeister im Sinne des Ludwig-Ruck-Systems auch dieses Büro in Hernstein kennt. Es ist also ein Wirtschaftskammerpräsident, der am Ende des Tages drei Büros betreibt. Was wir noch erfahren haben müssen: Er hat auch einen Keller betrieben.

Die SPÖ hat sich heute hier herausgestellt und gesagt: Das sind ja alles nur Zeitungsmeldungen. Das ist ja alles nicht so wichtig. Das ist ja alles nicht so dramatisch. Die SPÖ hat sich herausgestellt und gefragt: Ja, glaubt ihr, was in der Zeitung steht?

Jetzt könnte man darüber diskutieren, dass sich die SPÖ nicht nur nicht darüber aufregt, wenn frauenfeindliche Meldungen erfolgen, sondern dass die SPÖ hier auch ganz bewusst Medien-Bashing betreibt und die Medienfreiheit nicht in irgendeiner Art und Weise wahrnimmt, wie Sie es die ganze Zeit tut.

Im letzten Jahr waren wir ja im Jahr der Transparenz und der Demokratie. Wir haben sogar Institutionen eingerichtet. Kollege Czernohorszky hat diese Institutionen auch verlängert, obwohl wir ja gar nicht mehr in diesem Jahr sind. Gerade im Jahr der Transparenz und der Demokratie müssen wir erleben, wie transparent und demokratisch hier gearbeitet wird: dass Vereinbarungen

und Postenschachereien im Keller passieren und die Demokratie im Ludwig-Ruck-System. Denn das Ludwig-Ruck-System hat ja immer gesagt, dass die Wirtschaftskammer ein starker Partner ist und dass die Wirtschaftskammer im Sinne der Wirtschaft, die Gemeinschaft, im Ludwig-Ruck-System der wichtigste Motor für die Wirtschaft in Wien ist.

Was aber ist in dieser Wirtschaftskammer im Sinne von Demokratie? - Schade, dass Kollege Czernohorszky nicht da ist. Der ÖVP-Wirtschaftsbund hat bei der letzten Wirtschaftskammer im Jahr der Demokratie 8 000 Stimmen bekommen, 25 Prozent der Wähler, und hat es dann durch Tauschgeschäfte und Händelein - was auch immer, man weiß es nicht - am Ende des Tages geschafft, dass er bei einer Presseaussendung hat sagen können, es waren 50,02 Prozent.

Das ist ja der Grund, warum das Ludwig-Ruck-System heuer im Sommer aufgebrochen ist: weil es eine Gemeinschaftsliste des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes mit dem ÖVP-Wirtschaftsbund gegeben hat. Die haben gemeinsam 18 Prozent gemacht. Vorher war ausgepackelt, dass die Wähler getäuscht werden, indem 12 Prozent, zwei Drittel, dem ÖVP-Wirtschaftsbund und ein Drittel dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband zugeschrieben werden. Ruck hat sich nicht mehr daran erinnern können. Sein Freund Ludwig hat dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband nicht geholfen, was zur Folge hatte, dass die Vereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ, also das Ludwig-Ruck-System, nicht gehalten hat.

Das war auch der Grund für dieses Gespräch im Keller. Denn es ist darum gegangen, dass sich der Wirtschaftsbund alle Prozente zugeschrieben hat. Es ist darum gegangen, dass Ruck unbedingt über 50 Prozent haben wollte und damit dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband, einer SPÖ-Organisation, über die Periode hinweg 1 Million EUR an Parteiförderung abspenstig gemacht hat, zirka 200 000 EUR im Jahr. Dann war der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband eine Runde unglücklich, denn die Millionen hätten sie gerne gehabt. Deswegen sind sie auch in diesen Keller gegangen. Deswegen hat es diese Gespräche gegeben.

Was noch aufzuklären ist: Warum sind eigentlich 300 000 EUR in einer Tranche von der Wirtschaftskammer zum Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband im Sinne des Ruck-Ludwig-Systems gegangen? Das ist für mich noch aufklärungsbedürftig. Was für mich auch aufklärungsbedürftig ist: Warum ist es im Ludwig-Ruck-System möglich, dass man dem Wirtschaftsbund Stimmen überschreibt, aber am Ende des Tages nicht von der Fraktion Geld bekommt, sondern Posten und Gelder von der Kammer, von der ganzen Organisation?

Damit wird sich vielleicht auch die Staatsanwaltschaft noch beschäftigen müssen. Denn da geht es nicht darum, dass eine Partei einer anderen etwas abkauft, sondern da kauft eine Partei der anderen etwas ab, und die Allgemeinheit zahlt es. Das finde ich schändlich. Das war auch ein Grund, warum sie sich in diesem Keller getroffen haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn am Ende des Tages hat Bgm Ludwig versucht, seine eigene Fraktion zu beruhigen. Er hat Ernst Nevrivy, seinen Vertrauten, mit in den Keller geschickt und gesagt: Bitte, geh dort hin! Beruhigen wir den Fischer ein bisschen! Genosse Ruck - ich sage wirklich Genosse Ruck, weil er ja nicht besonders zur ÖVP steht - wird schon einlenken. Redet euch das einfach einmal aus, so wie sich das im Ludwig-Ruck-System gehört! Geht einfach hin! Redet euch das aus! - Das mit den 300 000 EUR wissen wir nicht ganz genau. - Schaut einmal, dass ein bisschen Frieden im Haus ist! Regelt das, bitte! - Dann dürfte eines passiert sein: dass das Ludwig-Ruck-System sich gegenseitig nicht mehr vertraut hat.

Ich weiß nicht, wer mitgeschnitten hat. Ich finde das schändlich, aber die Vermutung ist hoch, dass alle mitgeschnitten haben und dass dort schlicht und ergreifend zwei Rote mit zwei Schwarzen gesessen sind, die dem Ludwig-Ruck-System nicht mehr vertraut haben und einander gegenseitig bespitzelt haben. Das ist eine Vermutung, die am Ende des Tages wahrscheinlich noch aufkommen wird. Es ist aber das Ende eures Systems. Es ist das Ende des Systems, wenn man sich nicht mehr vertraut.

Ich habe in einer Presseaussendung geschrieben: Nicht die FPÖ wird die Sozialpartnerschaft beenden, sondern Ruck wird der Totengräber der Sozialpartnerschaft sein. In diesem Keller hat er das bewiesen, indem es nämlich in den Gesprächen - wir kennen nur Gesprächsfetzen - bei Herrn Kollegen Nevrivy, bei Herrn Fischer und bei Herrn Ruck in keiner einzigen Silbe darum gegangen ist, dass sie im Keller gesessen sind und darüber diskutiert haben, wie man etwas für die Wiener besser machen könnte, wie man etwas für die Bürger tun könnte. Es gibt auch kein einziges Zitat, wonach sie darüber geredet hätten, wie man etwas für die Wiener Wirtschaft besser machen könnte. Sondern es ging schlicht und ergreifend nur darum, wie man das mit der AUVA macht und wie man einen One-Pager in die Stadtregierung schickt. Da hat sich Herr Ruck hingestellt und gesagt: Ich mache das schon, denn in der Stadt sind sie ja zu deppert dafür. Ich mache das. Ich mache ihnen einen One-Pager. Dann bringen wir das hin. Wofür die Stadt drei Jahre braucht, machen wir dann in einem Monat.

Da will ich gar nicht wissen, wie viele Seiten an One-Pagern von der Wirtschaftskammer im Ludwig-Ruck-System in anderen Belangen an die Stadt geschickt wurden. Das will ich gar nicht wissen. Auch das werden wir am Ende aber noch herausfinden.

Dann ist es darum gegangen - davor fürchtet sich die SPÖ ja immer noch, weil wir Ernst Nevrivy ja alle kennen: Alle haben Angst vor dem O-Ton, falls das Tonband jemals aufkommt, davor, wie Ernst darauf reagiert hat, als Ruck gesagt hat: Mit der gehe ich nicht in den Keller. Wir wissen alle, Ernst Nevrivy hat ein lautes Organ. Ich hoffe für Ernst Nevrivy, dass er sich dort echauffiert hat und gesagt hat: Bitte, bitte, Walter Ruck, so etwas sagt man nicht! - Aber alle, die den Ernstl kennen, werden vermuten, dass er das wahrscheinlich nicht gesagt hat.

Sonst hätten wir das wahrscheinlich schon in den Medien gelesen.

Es wurde also auch darüber geredet, wie schlecht man Frauen behandelt. Das ist aber nicht das Einzige. Es geht ja schlicht und ergreifend darum, dass eine Wirtschaftsstadträtin in diesem Ludwig-Ruck-System nicht ernst genommen wird. Das ist ein Schaden für die Stadt, dass sie als Frau nicht ernst genommen wird. *(GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović: In den Kellern nicht!)* - Aber auch in ihrer Funktion nicht ernst genommen wird, Frau Arapović. Das ist leider Gottes die Wahrheit. Das ist ein Schaden für die Stadt. Wenn der Wirtschaftskammerpräsident die Finanzstadträtin nicht ernst nimmt, weil sie eine Frau ist, dann haben wir hier ein großes Problem. *(Neuerlicher Zwischenruf von GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović.)*

Frau Arapović, weil Sie sich jetzt zu Wort melden, sage ich Ihnen eines: Ja, liebe NEOS, ihr habt am Ende des Tages den Rücktritt von Ruck gefordert. Der ist auch gegangen. Ihr habt aber auch etwas anderes gemacht. Ihr habt auch den Rücktritt eures eigenen Vizepräsidenten gefordert. Wir haben in der Wirtschaftskammer nämlich nach wie vor einen NEOS-Vizepräsidenten. *(GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović: Stimmt!)* Ihr habt dessen Rücktritt gefordert. Er ist aber nicht gegangen, denn er ist nach wie vor Mitglied und Teil des Ludwig-Ruck-Systems, das wir hier haben. Ich habe ihn noch am Wochenende getroffen. Ich habe ihn gesehen und habe gefragt: Gibt es dich noch? Bist du noch Vizepräsident? - Da sagt er: Na sicher, am Dienstag habe ich Präsidium. Da wird das alles besprochen.

Also, liebe NEOS, ihr seid mittendrin und voll dabei. Nicht einmal euer eigener Vizepräsident ist zurückgetreten, obwohl eure Fraktion ihn darum gebeten hat. Es ist alles nur Schein, was ihr hier tut, alles nur Erzählung, keine Konsequenzen. Der kassiert jedes Monat Geld von der Wirtschaftskammer, liebe NEOS. Ihr braucht euch also gar nicht hinstellen und so tun, als wenn ihr nicht dabei wärt - obwohl ihr bei den politischen Entscheidungen nicht dabei seid. Das macht schon Ludwig mit Ruck.

Auch die ÖVP ist ja nicht dabei. Da macht man zweimal Wumm Wumm. Wer war bei euch heute in der Früh in der Klubsitzung? - Ruck ist ja nicht mehr da. Hat er einen Stellvertreter geschickt? Denn wenn ich mir die Reden von der Scheinopposition ÖVP anhöre, dann muss heute in der Früh ja wirklich einer in der vorbereitenden Klubsitzung gewesen sein und gesagt haben: Wumm Wumm, bitte, ihr dürft schon ein bisschen kritisieren. Reden wir ein bisschen über Bildung! Reden wir über alles, aber reden wir nicht über die wirklichen Skandale, die hier passiert sind! Reden wir nicht über Bgm Ludwig! Das dürfen wir nicht, denn wir wollen ja weiterhin Teil des Systems sein, Teil des Systems bleiben und weiterhin in den Vorständen von Organisationen der Stadt Wien sitzen. Also dürfen wir ein Stück Scheinopposition spielen, aber nicht wirklich ernsthaft Kritik üben. *(Heiterkeit bei GR Harald Zierfuß.)*

Ja, Herr Zierfuß, ich bin wirklich erschüttert von Ihnen. Ich habe wirklich damit gerechnet, dass Sie herauskommen und dieses System kritisieren. Sie sind aber der beste Beweis dafür, dass Sie mit Ihrem alten Freund Ruck … *(Heiterkeit und anhaltende Zwischenrufe von GR Harald Zierfuß.)*

Wir wissen das alle genau. Sie sind mit ihm im ÖVP-Landesparteivorstand bestens verhabert gewesen. Sie waren einer, der ihm bis zum Schluss die Stange gehalten hat, Herr Zierfuß. Deswegen haben Sie heute über alles andere gesprochen, nur nicht über die Skandale, die hier am Ende des Tages passiert sind. *(Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Wir können auch noch darüber reden, was Ernst Nevrivy gesagt hat. Ich will auch noch wissen, was das zu bedeuten hat, dass er einen Teil der Wohnungen selber verscherbelt oder verscheppert oder - ich weiß gar nicht, wie das heißt. Das ist ein Donaustädter Ausdruck gewesen. *(Heiterkeit bei SPÖ und NEOS. - StR Dominik Nepp, MA: Verklopft!)*

Wichtig ist für mich aber schon: Ihr habt euch mit der VIG getroffen. Ihr habt das alles ausgepackelt und ausgedealt gehabt. Ihr wart schon so weit. Kollege Niegl hat am Ende des Tages schon recht gehabt. Ihr traut euch nur nicht, es den Wienerinnen und Wienern zu sagen. *(Heiterkeit bei GRin Martina Ludwig-Faymann.)*

Dann würde ich mich noch freuen, wenn einer von der SPÖ herauskommt und uns erklärt, wie das am Ende des Tages in Zukunft sein wird. Welche Maßnahmen habt ihr getroffen, dass diese Kellertreffen nicht mehr stattfinden? Welche Maßnahmen habt ihr getroffen, dass Frauen, die in der Regierung sitzen, nicht mehr beleidigt werden? Oder sitzt ihr immer noch im Keller und mauschelt euch das weiter aus?

Ich erwarte also schon, dass von der Sozialdemokratie heute noch einer herauskommt - vielleicht auch Klubobmann Taucher *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Der war schon!)*, der uns sagt: Was tut ihr dafür, dass das, was wir seit Jänner im Ludwig-Ruck-System erleben müssen, nicht mehr passieren kann?

Prävention ist ja etwas ganz Wichtiges. Ihr seid ja jetzt draufgekommen, dass das nicht funktioniert. Das ist euch großartig unangenehm, aber ihr schweigt dazu. Ihr sagt nichts dazu. Was tut ihr dafür, dass sich Vertreter dieser Stadt treffen und darüber reden, wie man es für die Bürger besser machen kann, wie man es für die Wirtschaft besser machen kann? - Da kam nichts. Von euch kam nur: Na ja, es ist halt in der Zeitung gestanden. Das ist alles nicht so wichtig. Bitte gehen Sie weiter, es ist nichts passiert. - Das wird sich aber diesmal wirklich nicht ausgehen. *(GR Georg Prack, BA: Redezeit zu Ende!)*

Liebe Freunde der Stadtregierung, ich appelliere an euch: Hört auf mit diesen korrupten Systemen, die wir in der Wirtschaftskammer haben! Hört auf! Die NEOS haben es schon einmal angesprochen. Dort gibt es strukturelle ...

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert** *(unterbrechend)*: Darf ich Sie um den Schlusssatz bitten?

GR Ing. Udo **Guggenbichler**, MSc *(fortsetzend):* Die NEOS haben es angesprochen: Dort gibt es strukturelle Korruption. Gehen Sie bitte in Ihre Wirtschaftsfraktionen hinein! Schaffen Sie ein neues Wahlrecht! Schaffen Sie

dort mehr Demokratie. Und schauen Sie, dass die strukturelle Korruption beendet wird! - Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächste ist GRin Schütz zu Wort gemeldet. - Bitte, Sie sind am Wort.

GRin Angela **Schütz**, MA *(FPÖ)*: Frau Vorsitzende, werte Kollegen, liebe Zuhörer!

Manchmal braucht es offensichtlich vier oder mehrere Stunden in einem Weinkeller, damit man über die Wiener SPÖ mehr erfährt als im Gemeinderat. Das ist, glaube ich, das Bemerkenswerteste an den Tonbandaufnahmen.

Wir Freiheitlichen weisen seit Jahren darauf hin, dass in dieser Stadt viel schiefläuft. Dann heißt es immer: alles übertrieben, alles schlechtgeredet, alles Panikmache. Dann sitzt aber ein Bezirksvorsteher der Donaustadt, nämlich Ernst Nevrivy, mit Walter Ruck in einem Weinkeller, und plötzlich klingt bei der SPÖ alles ganz anders als hier im Gemeinderat.

Über die Wiener Wirtschaftsagentur sagt Nevrivy laut "Kurier": Die Wirtschaftsagentur ist doch der "inkompetenteste Haufen", den es gibt. Über seinen eigenen Parteifreund, Gesundheitsstadtrat Peter Hacker, sagt er: "Erzählen kann er dir alles sehr gut, aber fachlich diskutieren möchte ich mit ihm nicht." - Das Gerede kam aber nicht von der Opposition. Es kam von keinem Freiheitlichen. Es kam auch nicht von einem kritischen Journalisten. Nein, es kam einzig und allein von der eigenen SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Natürlich hat sich Ernst Nevrivy inzwischen entschuldigt - sein gutes Recht. Nur beantwortet die Entschuldigung eine Frage nicht: Wie kommt ein führender SPÖ-Funktionär zu dieser Einschätzung? Vielleicht sollten wir weniger darüber reden, wo das Ganze passiert ist, sondern vielmehr darüber, warum solche Sätze überhaupt gefallen sind.

Da ist es besonders interessant, wo die Geschichte plötzlich zu Takeda geht. Das hat Ernst Nevrivy persönlich bestätigt. Wir reden nicht über irgendeinen Betrieb. Takeda ist der bedeutendste Pharmastandort, den wir in der Stadt haben. Er beschäftigt tausende Menschen. Er produziert in der Donaustadt Medikamente, die in mehr als 100 Länder geliefert werden.

Ausgerechnet bei solchen Aufnahmen erfahren wir von einem Projekt in der Größenordnung von 200 Millionen EUR. Nevrivy erzählt über Flächen in Stadlau, die benötigt werden, und dass der FC Stadlau beziehungsweise diverse Sportanlagen verlegt werden sollen. Er hat laut Überlieferung auch wörtlich gesagt: "Ich war persönlich beim Hacker." Dann hat Nevrivy gesagt: "Dann habe ich erfahren, dass das Projekt abgesagt sei und Takeda abgesprungen ist."

Spätestens da müssten doch bei allen die Alarmglocken geläutet haben. Was war das für ein Projekt? Was war die Rolle des Bürgermeisters und von StR Hacker? Warum spricht Nevrivy über 200 Millionen EUR? Was wurde bei Takeda über den FC Stadlau und über mögliche Ersatzflächen tatsächlich besprochen? Warum ist dieses Projekt laut Nevrivy nicht zu Stande gekommen? - Das schreit definitiv nach Antworten. Diese Fragen sind ungeklärt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ein riesiger internationaler Pharmakonzern über eine Investition dieser Größenordnung von 200 Millionen EUR in Wien nachdenkt, dann geht es um Arbeitsplätze. Dann geht es um Forschung. Dann geht es um Wertschöpfung und letztendlich um den Gesundheitsstandort in Wien.

Wenn in diesem Gespräch im gleichen Atemzug die Wiener Wirtschaftsagentur als - ich zitiere noch einmal - der "inkompetenteste Haufen" bezeichnet wird und Nevrivy über seinen eigenen Gesundheitsstadtrat sagt: "Na ja, fachlich will ich mit ihm nicht diskutieren", dann muss man sich schon fragen: Was ist mit diesem Projekt tatsächlich passiert? Was waren die Forderungen, die dahintergestanden sind und die es letztendlich zum Scheitern gebracht haben - zum Nachteil des 22. Bezirks, zum Nachteil von Arbeitsplätzen und zum Nachteil Wiens als Gesundheitsstandort? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie schon nichts zu Takeda oder Nevrivy sagen wollen, dann sagen Sie vielleicht ein bisschen etwas zu Ihrem Pflege- und Patientenanwalt Gerhard Jelinek. Denn der hat im Juni dieses Jahres Folgendes festgestellt: "Wir haben zu wenige Kassenärzte, die Personalsituation in den Spitälern ist angespannt, und es besteht ein Problem mit langen Wartezeiten." Gleichzeitig sagt er aber: "Na ja, die Qualität ist unverändert supertoll."

Auch da sollte man hellhörig werden und die Warnung vielleicht ernst nehmen, denn irgendetwas kann hier nicht stimmen, wenn mittlerweile selbst aus den Reihen der Stadtregierung eingeräumt wird, dass das Wiener Gesundheitssystem am Limit ist, in vielen Bereichen Personal fehlt, die Pflege überlastet ist sowie Wartezeiten und Engpässe in den Ambulanzen bestehen.

Da reden wir nicht von irgendeinem Problem. Wir reden über Wiener, die einen Facharzt brauchen, über eine ältere Frau, die Pflege benötigt, über einen Patienten, der auf eine Operation wartet, und über Pflegekräfte, die nach Hause gehen und sich dann fragen, ob sie diesen Job ein Leben lang aushalten können.

Wir reden über Menschen, die nicht eine Kreditkarte zücken und sagen können: Na ja, dann gehe ich eben privat. Es ist eine soziale Frage im Gesundheitswesen. Wer genug Geld hat, der findet einen Weg. Wer dieses Geld nicht hat, der wartet. Ausgerechnet im roten Wien wird die Kreditkarte immer öfter zur Überholspur im Gesundheitssystem. Das ist keine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Das ist ein Warnsignal. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann schauen wir in die Pflege. Die Wiener Heimkommission hat im Jahr 2026 festgestellt, dass es immer weniger Pflegehäuser gibt, die über eine eigene ärztliche Betreuung vor Ort verfügen. Das heißt, behandlungsbedürftige Patienten müssen teilweise mit der Rettung ins Krankenhaus gebracht werden.

Wir haben also auf der einen Seite Spitäler, die entlastet werden sollen, und auf der anderen Seite Pflegeeinrichtungen, die Menschen ins Spital schicken, weil die ärztliche Betreuung vor Ort nicht mehr möglich ist. Das

ist ein bisschen, wie wenn Sie eine volle Badewanne entleeren wollen, die knapp vor dem Übergehen ist, gleichzeitig beide Hähne aufdrehen und sich dann wundern, wenn der Boden nass wird.

Meine Damen und Herren, heuer im Sommer haben wir auch im Bereich der Gesundheit viele weitere Problembaustellen erkannt. Die anhaltende Hitze - das haben wir heute schon einmal thematisiert - setzt den Menschen immer mehr zu und trifft vor allem ältere Menschen. Immer öfter erreichen uns Hilferufe aus Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Ambulanzen über unzureichende Klimatisierung. Wir haben uns daher erlaubt, einen Antrag zum Thema "Umfassender Hitzeschutz und Kühlung in Wiener Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Pensionistenwohnhäusern" einzubringen.

Auch zu dem Problem der falschen Medikamenteneinnahme, das nach eineinhalb Jahren heuer im Sommer aufgepoppt ist, haben wir einen Antrag zu einem Maßnahmenpaket gegen Fehlmedikamentation in städtischen Pflege- und Pensionistenwohnhäusern eingereicht. Da sind wir uns schon alle einig: So etwas wie heuer darf nie wieder passieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Menschen, die auf Betreuung angewiesen sind, müssen darauf vertrauen, dass sie bestmöglich betreut werden. Ihre Angehörigen müssen darauf vertrauen, dass ihre Familienmitglieder sicher sind.

Ich möchte hier schon einmal betonen: Es ist nicht das Problem, dass wir nicht ausgezeichnete Ärzte haben. Es nicht das Problem, dass wir nicht großartige Pflegekräfte haben. Ganz im Gegenteil, diese Menschen halten das System in Wien Tag für Tag am Laufen. Das Problem ist, dass wir viel zu viele hart arbeitende Menschen haben, die das System auffangen müssen. Dessen politische Führung erklärt uns seit Jahren, dass sie alles im Griff hat, aber das hat sie nicht.

Jetzt können wir Nevrivy vielleicht etwas besser verstehen, der meint, er möchte mit Hacker nicht fachlich diskutieren. Das Wiener Gesundheitssystem bietet so viele Baustellen, dass man gar nicht weiß, wo man anfangen kann. Ich erinnere in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch an die Aussage eines Stadtrates, der im Sommer gemeint hat, dass ihm Syrer lieber sind als Gastpatienten aus Niederösterreich.

Auch im Bereich der Barrierefreiheit haben wir Baustellen. Da kann ich nur sagen: Da haben sich gleich zwei Stadträte nicht mit Ruhm bekleckert. Denn Barrierefreiheit und Öffis gehen in Wien wohl nicht Hand in Hand. Daher haben wir uns erlaubt, auch dazu zwei Anträge einzureichen, nämlich einen zum Busbahnhof Liesing und zum dringenden Verbesserungsbedarf bei taktilen Bodenmarkierungen. Vielleicht liegt das Problem dort aber darin, dass das ein Umsteigebahnhof ist, an dem sehr viele Niederösterreicher und Burgenländer umsteigen. Vielleicht ist das das Problem.

Den zweiten Antrag haben wir zur Sicherheit von seh- und gehbehinderten Menschen beim Ausstieg an Haltestellen mit Fahrbahnteilern gestellt, damit es dort Sicherheitsdurchsagen gibt.

Ich möchte jetzt aber noch einmal zu Bezirksvorsteher Nevrivy und einem weiteren Thema zurückkommen. Auch das zeigt vielleicht, dass er mit dem Besen einmal bei sich selber und seinen eigenen Problemen kehren sollte, wobei ich sage, dass er auch in diesem Bereich mit StR Hacker in guter Gesellschaft ist, weil es den Gesundheitsbereich betrifft.

Nevrivy ist ja bekannt dafür, recht entschlossen aufzutreten, wenn es Probleme mit Jugendgruppen gibt. So hat er Ende 2023 zu Jugendbanden in Essling gesagt: Wir werden mit aller Härte gegen Gewalt und Kriminalität vorgehen. - Der Sommer dieses Jahres hat gezeigt, dass sich das Problem nicht durch Mikrofon oder Handyaussagen löst. Im Gegenteil, im Sommer ist es im 22. Bezirk eskaliert.

Wir haben dieses Problem aber nicht im 22. Bezirk allein. Wir haben es in allen Bezirken. Deshalb haben wir einen Antrag für ein Präventions- und Sicherheitspaket gegen Jugendbanden, Gewalt und Drogen in Wiener Bezirken eingebracht. Denn das ist der Punkt, an dem sich Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitspolitik treffen. Denn Drogenpolitik ist nicht nur Sicherheitspolitik. Drogenpolitik ist Gesundheitspolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit möchte ich den Kreis zum berühmten Weinkeller noch einmal schließen. Denn wir erleben bei der Wiener SPÖ seit Jahren zwei Welten. Einerseits eine Welt der Pressekonferenzen, wo alles funktioniert: Dort gibt es Strategien, dort gibt es Programme, Konzepte, Arbeitsgruppen und selbstverständlich einen Plan.

Dann geht es offenbar um die Welt nach Dienstschluss. Da sitzt man im Weinkeller und redet plötzlich ganz anders. Da ist die Wirtschaftsagentur - ich zitiere noch einmal - der "inkompetenteste Haufen". Über die Bundesparteispitze der SPÖ hat man eine ähnliche Meinung, und mit dem Gesundheitsstadtrat möchte man fachlich nicht diskutieren.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang allerdings nur eines: Was folgt daraus politisch? Was machen Sie gegen Ärztemangel, Pflegekräftemangel und lange Wartezeiten? Wie wollen Sie verhindern, dass Menschen längere Zeit auf ein reguläres Bett warten? Was tun Sie gegen die Zweiklassenmedizin? Was machen Sie dagegen, dass Jugendliche nicht in Drogen abrutschen? - Das sind die Fragen, die die Wiener da draußen interessieren, und nicht, welcher SPÖ-Funktionär welchen anderen beim nächsten Heurigen wieder lieb hat.

Wir brauchen keine Stadtregierung, die uns jeden Monat erklärt, wie hervorragend sie sich nicht selbst findet. Wir brauchen ein Gesundheitssystem, in dem der Patient im Mittelpunkt steht. Wir brauchen Pflegekräfte, die genügend Kollegen an ihrer Seite haben. Wir brauchen Ärzte, die ausreichend Zeit für ihre Patienten haben. Wir brauchen Prävention bevor Jugendliche in Gewalt und Drogen abrutschen. Wir brauchen Konsequenzen, wenn Grenzen überschritten werden.

Es ist glasklar: Wir brauchen einen Kurswechsel. Wir brauchen einen Bgm Dominik Nepp, der auf die Wiener schaut. *(Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit bei StR Dominik Nepp, MA.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächster ist GR Bussek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. - Bitte.

GR Andreas **Bussek** *(FPÖ)*: Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren!

Als wir vor der Sommerpause das Thema der internationalen Services und deren Beteiligungen behandelt haben, wurde ich von Herrn Kollegen Neumayer gescholten, als ich gesagt habe: Ja, da sitzen sie wieder in der Rauhensteingasse, der Herr Ruck und der Herr Bgm Ludwig, und machen sich aus, wer was macht. - Da hat er mich belächelt und gefragt: Wie kommen Sie zu solchen Aussagen? - Na ja, ein paar Monate später hat man es ja gesehen. Es tut mir leid, wir haben schon wieder recht gehabt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was wir immer vermutet haben und was wir auch aus Respekt nie so richtig ausgesprochen haben, darüber haben nicht nur wir heute gesprochen, sondern darüber hat auch jedes Medium in Österreich noch viel genauer gesprochen. Es war ja weitaus mehr, als wir vermutet und geglaubt haben, was bei uns in Wien alles möglich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Als ich dann heute zu unserem Gemeinderat aufgebrochen bin, habe ich mir beim Thema heute, "Das System Ludwig fördert Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft und mangelnde Transparenz", gedacht: Wie kommen meine Kollegen da eigentlich heraus? Das Thema ist so eindeutig. Entweder sie kommen her, entschuldigen sich und sagen: Ja, so war es, wir versuchen, es besser zu machen - oder sie tauchen weg. Das mit dem Wegtauchen sieht man ja. Die Hälfte der Kollegen aus dem Gemeinderat fehlt ja.

Beim Regierungspartner NEOS habe ich mir gedacht: Wie kommen die NEOS aus der Geschichte heraus? *(GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović: Wie kommen wir herein?)* Wie kommt Kollege Ornig aus der Geschichte heraus? Ich meine, die NEOS - so viel darf man schon sagen, und die, die es nicht wissen, müssen es halt nachlesen - stehen ja für saubere, transparente Politik, beste Bildung, Entlastung und eine Förderung der Wirtschaft. *(GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović: Genau!)*

Kollegen, ihr müsst euch heute in der Früh achtmal angespieben haben. Ich meine, ihr seid ja echt manchmal eh nett *(GR Jörg Neumayer, MA: Der dürfte ein Fan sein!)*, aber seid mir nicht böse: Bei dem, wofür ihr steht, muss das heute für euch ja der Todesstoß gewesen sein. *(GRin Dipl.-Ing. Selma Arapović: Warum?)* Aus dem, was da die letzten Monate herausgekommen ist, was euer Koalitionspartner aufführt, aus der Geschichte kommt ihr nicht mehr heraus, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine, euer Partner erklärt in einem Weinkeller … Übrigens habe ich mich da doch geirrt, weil ich ja gedacht habe, die sitzen alle zusammen in der Rauhensteingasse und entscheiden, wer was macht. Jetzt wissen wir es aber: Sie waren nicht in der Rauhensteingasse, sie waren im Weinkeller.

Ich denke mir die ganze Zeit bis heute: Von welchem Weinkeller reden die? Was war das für ein Weinkeller? - Dank Kollegen Mag. Taucher wissen wir endlich, welcher Weinkeller es war, nämlich eurer. Denn die Aussage - ich habe gut zugehört - des Kollegen heute war: Na ja, woher sollen wir denn wissen, was die in unserem Weinkeller reden, oder was wisst ihr, was eure Leute in eurem Weinkeller reden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines steht fest: Wir haben keinen Weinkeller, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Heiterkeit bei SPÖ und NEOS.)* Wir wussten aber bis heute auch nicht, dass es euer Weinkeller war. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Jörg Neumayer, MA: Bitte!)*

Jetzt aber zurück zum Thema, Herr Kollege, weil Zahlen nämlich - außer am SPÖ-Bundesparteitag - nicht lügen. *(GR Jörg Neumayer, MA: Wie bitte?)* Wenn ich mir das jetzt genauer anschaue und weiter auf die Aussage über eine gemeinsame Zusammenarbeit zwischen SPÖ, Wirtschaftskammer, Ludwig und Ruck eingehe, dann habe ich mir gedacht: Wenn das mit einer 50-Prozent-Beteiligung zwischen der Stadt Wien und der Kammer über die Vienna Economic Development GmbH bei den Vienna International Services möglich ist, dann schauen wir uns an, wo denn das noch auftritt.

Was gibt es noch für interessante gemeinsame Beteiligungen, bei denen viel Eigenkapital eingezahlt wird, viele Kapitalrücklagen eingelegt werden, bei denen aber die Umsätze niedrig und die Gewinne überschaubar sind oder große Verluste gemacht werden und doch große Eigenkapitaldecken sind? *(Zwischenruf von GR Jörg Neumayer, MA.)* - Nein, das ist kein Blödsinn, Herr Kollege. *(GR Jörg Neumayer, MA: Was ist der Punkt?)* - Dann passen Sie auf und lernen Sie! Das habe ich Ihnen schon im Juni gesagt. *(GR Jörg Neumayer, MA: Entzückend!)*

Wir können uns nämlich zum Beispiel die Beteiligung der WH Media an einer gewissen R9 Regional TV Austria GmbH anschauen. Die betreibt eine Werbeagentur und macht die Vermarktung regionaler TV-Anstalten. Es war uns bis jetzt etwas unbekannt, was da vermarktet wird. Interessant ist nur: Sie betreibt ja auch eine Werbeagentur.

Über die WH Media ist ja nicht nur die Stadt Wien an der R9 Regional TV Austria GmbH beteiligt. Nein, es ist auch die Firma Kobza Media Beratung beteiligt, die komischerweise kurz nach der Beteiligung ganz fett bei euren Wahlkämpfen mitverdient hat, indem sie nämlich über ihre Mitarbeiter Kobza und Pelinka …

Niko Pelinka ist ja speziell Ihnen und der SPÖ wahrscheinlich ein Begriff. Ich frage mich nur: Warum braucht ihr externe Werbeagenturen, wenn ihr ja eh eine Beteiligung habt, die eine Werbeagentur ist und die eure regionalen TV-Sender vermarktet? Wieso wird dann noch eine Werbeagentur zusätzlich bezahlt, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Wir können uns aber auch noch gerne über die Wien Holding und deren Beteiligung am Hafen Wien unterhalten. Der Hafen Wien hat zugegebenermaßen ein Eigenkapital von mehreren Millionen Euro. Es stellt sich nur die Frage: Warum braucht man als Gesellschafter und Beteiligter am Hafen Wien wiederum die Wirtschaftskammer Wien? - Ich weiß nicht, was die Wirtschafts-

kammer Wien als Gesellschafter mit dem Hafen Wien zu tun hat, aber auch darauf werden wir noch kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn das schauen wir uns nämlich als Nächstes an.

Über alle anderen Sachen wurde heute schon vieles gesprochen. Sie können sicher sein, wir werden die nächsten Jahre noch genauer darauf schauen, werden auf noch mehr Sachen draufkommen und Sie weiterhin dabei unterstützen, das Geld der Wienerinnen und Wiener nicht für sich selbst und Ihre Mitarbeiter und Posten auszugeben, sondern wirklich für die Wienerinnen und Wiener. - Ich bedanke mich. Auf Wiedersehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächster ist GR Deutsch zu Wort gemeldet. - Bitte, Sie sind am Wort.

GR Christian **Deutsch** *(SPÖ)*: Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den zahlreichen Fake-News, die hier heute sowohl in der Rede des Kollegen Nepp als auch in der Rede des Kollegen Brucker über die Wiener Volkshochschulen verbreitet wurden - es wurde sogar ein anonymes Schreiben von einem Fake-Account herangezogen, um eine Argumentation mit haltlosen Vorwürfen und Unterstellungen aufzubauen *(GR Maximilian Krauss, MA: Da sehen Sie, wie die Leute Angst haben vor Ihnen!)* -, geht es mir jetzt darum, diese natürlich auch strikt zurückzuweisen. Ich sage Ihnen: Hören Sie auf damit, eine der wichtigsten Bildungseinrichtungen … *(StR Dominik Nepp, MA: Sagt das jetzt die Rauhensteingasse?)* - Sie könnten vielleicht zuhören. Das müssten Sie noch lernen. Das lernt man übrigens auch in der Volksbildung. Das würde Ihnen nicht schaden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. - Heiterkeit bei GR Jörg Neumayer, MA.)*

Hören Sie auf, eine der wichtigsten Bildungseinrichtungen dieser Stadt schlechtzureden und zu skandalisieren. Hunderttausende Wienerinnen und Wiener nutzen die Angebote, und Sie versuchen, die Volkshochschule für eine politische Kampagne zu missbrauchen. *(StR Stefan Berger: … auch der Rechnungshof!)*

Schauen Sie, was die Wohnungssuche der Familie Schweiger betrifft, sage ich ganz offen: Das ist keine Angelegenheit der Wiener Volksbildung. Das ist deren Privatsache. Wesentlich ist für uns aber, dass die Vertragsanbahnung, die Vertragsverhandlungen und der Abschluss des Mietvertrages für den neu eröffneten Volkshochschulstandort in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Regeln erfolgt sind.

Alle, die sich einigermaßen mit der Wiener Volksbildung beschäftigen, wissen, dass der Besetzung in der Geschäftsführung, in Direktionen ein transparenter und öffentlicher Ausschreibungsprozess vorangeht. *(StR Dominik Nepp, MA: Ja - nur Rote.)* Was Sie hier wiederholt betreiben, ist eine Gesinnungsschnüffelei, und diese ist strikt abzulehnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich kann Ihnen sagen, Parteizugehörigkeit ist selbstverständlich kein Qualitätskriterium für Stellenbesetzungen, aber ebenso wenig darf eine Parteizugehörigkeit ein Ausschlussgrund sein. Danach gehen wir auch entsprechend vor. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wiener Volksbildung ist nicht irgendein Verein, sondern als GmbH organisiert, deren Organe die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung, also die Gesellschafter, sind. Der Verband Wiener Volksbildung ist Mehrheitseigentümer mit 74,9 Prozent, die Stadt Wien Minderheitseigentümer mit 25,1 Prozent. Selbstverständlich erfüllt die GmbH alle gesetzlichen Vorgaben, hat ein internes Kontrollsystem, hat eine eigene Compliance-Stelle und wird auch von Aufsichtsrat und Generalversammlung kontrolliert. Die bestehende Corporate Governance stellt auch die verantwortungsvolle Führung *(StR Dominik Nepp, MA: Also Rot kontrolliert Rot. - GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Das war bei Bank Burgenland auch so, glaub ich.)*, transparente Kontrolle und das Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschafter nach dem GmbH-Gesetz sicher.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft auch dem Wiener Public Corporate Governance Kodex freiwillig unterworfen, das hätte sie nicht machen müssen, weil die Stadt Minderheitseigentümer ist. Und es ist für uns selbstverständlich, und das wissen Sie auch, weil Ihre Frage, Herr Brucker, im Kulturausschuss schon beantwortet wurde, dass der Stadtrechnungshof natürlich auch das Recht hat zu kontrollieren, und es werden diese Kontrollen auch wahrgenommen.

Ich frage mich nur, welchen Sinn bei Ihnen eine Beantwortung einer Frage im Ausschuss hat, wenn Sie dann im Gemeinderat genau mit derselben wieder daherkommen. Also auch Ihnen empfehle ich lebenslanges Lernen, das wäre hier wirklich angebracht. *(Beifall bei SPÖ und NEOS. - Zwischenruf von GR Lukas Brucker, MA.)*

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, reden wir über die Realität und nicht über Unterstellungen, weil von tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich eine großartige Leistung erbracht wird. *(Zwischenruf von GR Lukas Brucker, MA.)* - Wenn Sie die letzten zehn Jahre ansprechen, da kann ich Ihnen sagen, dass mehr als 270 000 Kurse und Veranstaltungen mit rund 2,4 Millionen Teilnahmen stattgefunden haben. Es gab rund eine Million Anrufe am Bildungstelefon, 3 500 Menschen haben ihren Pflichtschulabschluss geschafft - mag sein, dass Ihnen das wurscht ist, für uns ist das aber ein wesentlicher Punkt -, und es gab mehr als 176 000 Teilnahmen an den Lernhilfekursen als kostenloses Angebot, um die Wienerinnen und Wiener zu unterstützen. Also diese erfolgreiche Leistung als Selbstbedienungsladen darzustellen, dafür sollten Sie sich wirklich schämen. *(Beifall bei der SPÖ. - GR Lukas Brucker, MA: 40 Millionen!)*

Sie meinen 32 Millionen, die sozusagen entsprechend des Finanzierungsübereinkommens die Grundförderung sind? - Aber ich sage Ihnen, der Gesamtumsatz der GmbH sind 89 Millionen. Also der Teil dieses Finanzierungsübereinkommens ist eben, wie gesagt, auch nur ein Teil.

Und: Die Volksbildung ist ein Ort, an dem Menschen die deutsche Sprache lernen, was Ihnen angeblich auch so wichtig ist, aber offenbar nicht der Fall ist. Also Sie sollten sich langsam auch entscheiden, was Sie wirklich wollen, und dann sollten Sie aufhören, eben jene Einrichtungen schlechtzureden, die genau das ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir lassen sicherlich nicht zu, dass Sie die Wiener Volksbildung hier anpatzen, diffamieren. Ich weiß, das ist Ihr politisches Geschäft, aber wir werden uns auch hier im Interesse der Wienerinnen und Wiener ganz klar positionieren. 94 Prozent der Wienerinnen und Wiener kennen die Wiener Volkshochschulen - nahezu jeder Zweite hat auch bereits einen Kurs besucht -, sie sind eine echte Institution in dieser Stadt an 31 Standorten und mit neun spezialisierten Einrichtungen. Natürlich sind die Wiener Volkshochschulen ein Bildungsnahversorger und treten auch in dieser Form auf. Also das ist gut investiertes Geld in die Aus- und Weiterbildung, um Bildung für alle zu ermöglichen. Aber darum geht es Ihnen ja gar nicht. Wenn Sie von Kurswechsel reden, meinen Sie in Wirklichkeit die Zerstörung von funktionierenden Strukturen wie hier auch im Bereich der Bildung. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wiener Volkshochschulen sind auf Erfolgskurs, davon werden wir uns auch von Ihnen nicht abbringen lassen. Daher gilt mein erster Dank vor allem den Wienerinnen und Wienern, die der Wiener Volkshochschule auf das Engste verbunden sind und die auch die Leistungen, die von den Volkshochschulen erbracht werden, zu schätzen wissen.

Der Dank gilt aber auch den rund 970 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den mehr als 2 400 Kursleiterinnen und Kursleitern, die für die Volkshochschulen tätig sind, 69 Prozent davon sind Frauen. Last but not least bedanke ich mich auch bei den hunderten ehrenamtlichen Mitarbeitern, Mitgliedern - parteiübergreifend -, die in den Fördervereinen tätig sind, denen die Arbeit in der Region, was bildungspolitische Anliegen betrifft, eben auch ein besonderes Anliegen ist. - Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Maximilian Krauss. - Bitte, Herr Gemeinderat, Sie sind am Wort.

GR Maximilian **Krauss**, MA *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Deutsch hat sich ja nachgemeldet, um jetzt noch ein Loblied auf die Volkshochschulen zu singen und wie toll dort nicht alles wäre und wie transparent nicht alles ist. *(GR Mag. Josef Taucher: Fakten hat er geliefert, Zahlen, und nicht Schmutzkübel!)* Aber wenn wir über Zahlen sprechen sollen, dann sehen wir uns den Rechnungshofbericht zu genau den Volkshochschulen an, der im vergangenen Jahr publiziert wurde, übrigens auf ein Prüfersuchen der GRÜNEN hin.

Wenn man sich den Kurzbericht durchliest, dann kommt man auf drei Schlagwörter. Es wird kritisiert mangelnde Kontrolle, Lücken bei der Abrechnung und unzureichende Transparenz. Also genau das Gegenteil dessen, was der Herr Deutsch hier gerade vorgetragen hat. Ich glaube, das ist auch sinnbildlich für das SPÖ-Modell, sich die Welt einfach so zurecht zu dichten, wie man sie gerne hätte. Ihre Rede hatte überhaupt nichts mit dem zu tun, was hier im Bericht des Stadtrechnungshofes festgeschrieben wurde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abgesehen davon, dass es da noch viele weitere Kritikpunkte gibt - von den oftmals schlechten Quoten bei den Teilnehmern bis hin zu Standorten, die in der Form überdacht werden sollten, bis zu all dem, was da wirklich sachlich fundiert kritisiert wird -, jetzt einmal ganz ehrlich unter uns: Bei einer GmbH wie den Wiener Volkshochschulen, die über die letzten 15 Jahre gut eine halbe Milliarde Euro an Steuergeldern erhalten hat - 2023 war der Höchstpunkt mit über 40 Millionen, dieses Jahr waren es bis jetzt 32 Millionen -, glauben Sie wirklich, dass diese Liste der Aufsichtsratsmitglieder, die von Ihnen als Vorsitzender des Aufsichtsrates angeführt wird, die geeigneten Personen beinhaltet, um eine solche Unternehmung zu kontrollieren? Glauben Sie wirklich, dass Sie und Ihr Team die Richtigen sind, um dieses Steuergeld so objektiv überprüfen zu können? Wen gibt es dort noch? - Sie sprechen davon, dass das Ganze parteiübergreifend wäre - Finanzreferent Walter Grafinger, SPÖ-Funktionär und gleichzeitig Vorsitzender VHS-Fördervereine, Gerhard Schmid, SPÖ-Gemeinderat und Dritter Landtagspräsident, Angela Lueger, langjährige SPÖ-Politikerin und gleichzeitig Vorsitzende der VHS Floridsdorf. Auch bei der VHS GmbH - ein ähnliches Bild mit sehr ähnlichen Personen. Von einer Überparteilichkeit ist da keine Rede. Aber vor allem ist auch keine Rede davon, dass man wirkliche Finanzexperten, Wirtschaftsprüfer, Anwälte, Leute von der Materie in Aufsichtsgremien nehmen würde. Nein, da wurden ganz und ausschließlich SPÖ-Funktionäre bestellt, natürlich, um den Interessen der Partei dort zu dienen. Mit Überparteilichkeit, mit Bildungsarbeit für die Wienerinnen und Wiener oder sonstigen angeblichen Dingen, die Sie vorgeben, hat das alles überhaupt nichts zu tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Obrecht, erste Wortmeldung. - Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Dr. Sascha **Obrecht** *(SPÖ)*: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Eines ist Fakt: Michael Ludwig ist der beliebteste Landespolitiker, den wir haben, da können wir alle Parteien durchschauen. Michael Ludwig hat zwei Wahlen als Vorsitzender der SPÖ Wien zu verantworten gehabt, und er ist bei beiden Wahlen auf Platz eins gekommen *(StR Dominik Nepp, MA: Knapp!)* mit 40 Prozent. *(StR Dominik Nepp, MA: Noch! Noch!)* - Knapp, ja, noch, da können Sie sagen, wie Sie wollen. *(StR Dominik Nepp, MA: Mit Babler geht's weiter so.)* Es ist also gar nicht schwer zu erraten, warum die FPÖ dieses Thema nimmt, um zu versuchen, in den Herbst zu starten. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es ist Ihnen nicht sonderlich gut gelungen.

Denn was ist denn der Punkt? - Sie haben ja mit ganz vielen Anschüttungen gearbeitet, mit ganz vielen Anschuldigungen, mit ganz viel: Wir haben eine Sachverhaltsdarstellung dargestellt. - Aber wenn es konkret wurde, dann ist es dünn geworden. Da waren es dann andere Personen; da war es irgendjemand, der irgendetwas gesagt oder gehört hat; da war es ein Hörbuch, das wir alle zur Genüge in dem Sommer gehört haben. Aber wenn Sie konkret irgendetwas formuliert haben an den Bürgermeister, dann war nichts dran, und das muss man festhalten! Sie haben uns jetzt gerade hier in diesem Rahmen so viele Stunden unserer Zeit damit beschäftigt und keinen einzigen Vorwurf an den Bürgermeister gerichtet, der stichhaltig wäre! *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Stattdessen gab es sehr viel Hörensagen und sehr viel Halbwissen, teilweise sehr, sehr belustigendes Halbwissen. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Null Selbstreflexion. Das gibt's ja gar nicht.)* Ich habe nicht gewusst, dass die Volkshochschule die Machtbasis des Bürgermeisters war und er dort ein parteiinternes Netzwerk aufgebaut hat - ganz spannend, offensichtlich bin ich im falschen, weil das ist nicht meines. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich kann jetzt sagen, vielleicht war es aber auch deswegen, weil der Bürgermeister eine klare Vision dazu vorgebracht hat, wo er die Stadt sieht in der Zukunft, weil er eine Mehrheit innerhalb der SPÖ Wien davon überzeugt hat, dass sein Weg der richtige ist, und weil er schlussendlich dann auch zweimal bei Wahlen erfolgreich den Wienerinnen und Wienern das vermittelt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es sind ja nicht nur die Blauen, auch die GRÜNEN üben sich an harter Kritik an unserem Vorsitzenden und bringen dafür fast schon dialektische Beispiele. Sie sagen, es würde weggeschaut werden bei der MA 59, das ist ein überragendes Beispiel. Es wird nicht weggeschaut. Es kommt etwas auf, es gibt eine Handlung, und die Person ist nicht mehr Leiter dieser Magistratsabteilung, weil diese Vorwürfe rauskommen. *(Zwischenruf von GR Georg Prack, BA. - StR Dominik Nepp, MA: Wo ist sie denn? Sagt, wo sie untergekommen ist!)* - Wenn Sie diese Vorwürfe kannten, warum haben Sie sie nicht geäußert? - Mir waren sie nicht bekannt. *(Beifall bei SPÖ und NEOS. - GR Jörg Neumayer, MA: Bravo!)*

Und dann immer wieder dieser Vorwurf, es reicht, dass Politik im Hinterzimmer gemacht wurde. Noch einmal zur Wiederholung: Der Bürgermeister war nicht in diesem Keller, das ist so offensichtlich wie wahr, er war dort nicht unten. *(Beifall bei der SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: Im Geist war er anwesend.)*

Das einzig Ungesunde, was man über den Bürgermeister aus diesen Leaks herausfinden konnte, war, dass er gerne eine Stelze im Schweizerhaus isst - und das machen viele Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir machen auch nicht plötzlich eine Kampagne für leistbares Wohnen, wir arbeiten für leistbares Wohnen in dieser Stadt seit 120 Jahren. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Jaaa. Genau.)* Das dient als glaubwürdigerer Beleg, als jeder andere hier vorlegen kann. Liebe Blaue, Sie haben die neue Liebe für den Gemeindebau entdeckt, das klang vor ein paar Jahren noch ganz anders, noch vor ein paar Wochen klang das anders, auf einmal ist die Liebe wieder da. Aber die Sozialdemokratie lebt die Liebe zum Gemeindebau, und das tut sie seit 120 Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Wienerinnen und Wiener verdienen sich auch das Versprechen des Bürgermeisters, dass er mit Frauen auf Augenhöhe arbeitet, absolut. Das tut er auch. Wie Sie wiederholt richtig sagen, ist seine engste Vertraute momentan die Vizebürgermeisterin, die eine Frau ist. Und ob Sie es glauben oder nicht, seine engste Vertraute davor war auch eine Frau, nämlich die Vizebürgermeisterin Gaál. Vielmehr auf Augenhöhe kann man doch nicht mehr arbeiten als dem engsten Vertrauten die … *(StR Dominik Nepp, MA: Was ist bei der SPÖ die gläserne Decke für die Frauen? - Der Männerbund.)* - Ja, na super, wenn Sie das sagen, die Fakten sprechen eine andere Sprache, Sie sehen es ganz deutlich. *(StR Dominik Nepp, MA: Das sage nicht ich, das sagen höherrangige SPÖ-Politikerinnen.)* Doris Bures gilt wohl auch als eine seiner engsten Vertrauten, die ist auch kein Mann, wie Ihnen sicherlich bekannt ist. Insofern, der Vorwurf geht völlig ins Leere. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es war ganz anders, als die Kollegin Arapović gesagt hat. Nicht: Einmal alles ohne Scharf. - Es war: Einmal ohne alles, dafür mit ordentlich Scharf. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Der Herr Guggenbichler hat ja auch noch eine sehr wichtige und wesentliche Sache gesagt, die ich gar nicht kleinreden will. Er hat gesagt, man muss wissen, was man für die Wiener und Wienerinnen besser macht. Aber Sie haben es tatsächlich geschafft, bei all dem nichts zu sagen, was das Leben der Wienerinnen und Wiener besser macht. Sie haben keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, Sie haben die Chance davonziehen lassen, Ihre Vision für diese Stadt zu zeichnen. Das haben Sie wieder nicht gemacht. Sie haben sich darauf zurückgehalten, einfach einmal mit Dreck zu werfen und schauen, was picken bleibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wissen Sie, das Spiel kann man halt gemeinsam auch spielen, wenn man will, und ich will es gar nicht so weit spielen, dass ich mit Hörensagen arbeite. Aber es gibt schon die eine oder andere Sache, die man da erwähnen könnte. Man könnte zu einer vergleichbaren Stadtpartei nach Graz schauen, wo rund 1,8 Millionen EUR Klubförderung anscheinend für edle Weine, für Barbesuche, für Restaurantrechnungen verwendet wurden. Und wissen Sie, warum ich sage, das ist kein Hörensagen? - Weil der Finanzreferent der FPÖ sich selbst angezeigt hat deswegen. Da wissen wir, dass es passiert ist. *(Beifall bei der SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: Eingestellt! Eingestellt!)*

Wir haben auch so viel über öffentliche Wohnungen geredet. Und was Sie nicht erwähnt haben, was Ihnen praktischerweise entfallen ist, das sind die BUWOG-Wohnungen, oder? - Mehrere tausend Wohnungen, die einfach verscherbelt wurden zum Nachteil der WienerInnen, zum Nachteil der Österreicherinnen und Österrei-

cher. Das ist Ihr Vermächtnis, dafür haben sich mehrere Leute verantworten müssen. Auch das ist ganz klar Ihre Sache. *(Beifall bei der SPÖ. - StR Dominik Nepp, MA: … der Hochegger bei euch …)*

Sie wollten nämlich wissen, was in dieser Frage die Reaktion der SPÖ war. *(StR Dominik Nepp, MA: Wer saß jahrelang zusammen mit ihm bei der SPÖ?)* Und Sie haben eine ganz deutliche Antwort bekommen, alle Verantwortlichen vom Bürgermeister abwärts haben sich ganz klar für den sozialen Wohnbau ausgesprochen. Wissen Sie, wer der Einzige war, der es nicht tat? - Das war der Ernst Nevrivy, ein, wie Sie sagen, hochrangiger SPÖ-Funktionär, der allerdings nicht einmal im Landesparteivorstand der SPÖ Wien sitzt und tatsächlich nie in die Verlegenheit kommen wird, diese Entscheidung zu treffen. *(StR Dominik Nepp, MA: Was willst du damit sagen?)* Die Meinung der SPÖ Wien ist hier völlig klar, 120 Jahre werden Sie nicht mit einem saloppen Ausrutscher im Weinkeller wegwischen können, das wird Ihnen nicht gelingen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber gehen wir vielleicht weiter, gehen wir ein bisschen näher nach Hause, gehen wir zur FPÖ Wien. Der Herr Vilimsky ist ja ein Wiener Abgeordneter, so wie ich weiß, seine Fraktion hat im Europaparlament was gemacht? - Champagner, Essen, teure Geschenke wurden beanstandet bei Abrechnungen. *(StR Dominik Nepp, MA: Falsch. Auch schon widerlegt.)* - Bei Abrechnungen ist es natürlich falsch, trotz allem hat seine Fraktion alles zurückzahlen müssen. Das ist ja dann bemerkenswert, wenn das falsch ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und eine Person kann ich Ihnen da natürlich auch nicht vorenthalten, das war H. C. Strache, den kennen Sie auch in der FPÖ Wien, den Landesparteivorsitzenden - Parteigelder für Urlaub, private Feiern, Geschenke, für die eigene Wohnung, für die Gattin die neue Handtasche, weil man kann ja. *(Zwischenruf bei der FPÖ: Überall freigesprochen.)* - Das ist die FPÖ Wien, wenn Sie am Machttrog ist. Das ist Ihr System als Partei, so wie Sie es machen. Und das ist eine Sache, von der haben wir uns ganz klar und überzeugend distanzieren können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es braucht eine klare Vision davon, was wir von dieser Stadt wollen. Wir wollen eine Stadt, in der es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gut geht, das zeigen wir jeden Tag mit unseren Maßnahmen im waff. Was machen Sie? - Sie stimmen für den 12-Stunden-Tag, Sie stimmen für die Verkürzung der Ruhezeiten. Wir wollen eine Stadt mit dem besten Gesundheitssystem, wo jeder und jede eine gute Versorgung bekommt. Was machen Sie? - Sie machen die Patientenmilliarde, die uns mehrere hundert Millionen kosten und keine Verbesserung bringt. Das ist glasklare Politik von Ihnen und das ist die Vision, die wir haben und jeden Tag versuchen, in pragmatische Politik zu übersetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden diesen Weg weitergehen, in ganz vielen Bereichen. Wir werden die sozialdemokratische Vision für diese Stadt durchdeklinieren. Wir werden weiterhin zu Wahlen antreten. Wir werden weiterhin den Führungsanspruch in dieser Stadt stellen. Wir werden 2030 mit Michael Ludwig antreten und die Wienerinnen und Wiener werden sich entscheiden. Und ich bin mir ganz sicher, sie entscheiden sich für unseren Bürgermeister. *(Beifall bei SPÖ und NEOS. - Zwischenruf von StR Dominik Nepp, MA.)*

Vorsitzende GRin Dr. Jennifer **Kickert**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Bevor wir zur Abstimmung der Anträge kommen, die übrigens alle auf sofortige Abstimmung lauten, möchte ich bekannt geben, dass die Präsidiale für die Gemeinderatssitzung für Mittwoch um 14 Uhr stattfindet.

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung der Anträge.

Als erstes, Antrag der FPÖ, Kein Verkauf von Wiener Gemeindewohnungen. Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe die Zustimmung der FPÖ alleine. Dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist abgelehnt.

Antrag der GRÜNEN, Wiener Gemeindebau vor Privatisierung schützen. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe die Zustimmung der FPÖ und der GRÜNEN. Auch dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist abgelehnt.

Der nächste Antrag der FPÖ lautet auf Wohnungsvergabe NEU. Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Auch dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist abgelehnt.

Nächster Antrag der FPÖ, Keine Staatsbürgerschaft für Zuwanderer. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung der FPÖ alleine. Auch hier die Minderheit und daher abgelehnt.

Antrag der FPÖ zur vorzeitigen Auflösung des Gemeinderates. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung der FPÖ. Dieser Antrag ist ebenfalls abgelehnt, weil in der Minderheit.

Nächster Antrag der FPÖ zur Verbesserung der Barrierefreiheit der öffentlichen Verkehrsmittel. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe die Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Auch dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist abgelehnt.

Nächster Antrag der FPÖ zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer Österreich. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe die Zustimmung der FPÖ alleine. Auch dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist abgelehnt.

Nächster Antrag der FPÖ für ein verbindliches Maßnahmenpaket gegen Fehlmedikationen. Wer da zustimmen kann, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Dieser Antrag ist ebenfalls abgelehnt.

Nächster Antrag der FPÖ zur Neuaufstellung des Wiener Taxigewerbes. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung ÖVP und FPÖ. Auch dieser Antrag ist hiermit abgelehnt.

Antrag der FPÖ zur Verbesserung der Barrierefreiheit am Busbahnhof Liesinger Platz. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen. - Zustimmung der ÖVP und FPÖ. Auch damit in der Minderheit und abgelehnt.

Nächster Antrag der FPÖ zu Hitzeschutz in Wiener Krankenhäuser. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen. - Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Nächster Antrag der FPÖ zu Präventions- und Sicherheitspaket gegen Jugendbanden. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe die Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Auch dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist abgelehnt.

Der nächste und letzte Antrag der FPÖ betrifft das Kopftuchverbot für öffentlich Bedienstete. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Dieser Antrag bleibt in der Minderheit und ist ebenfalls abgelehnt.

Der letzte Antrag kommt von SPÖ und NEOS betreffend Erhalt und Weiterentwicklung des Gemeindebaues. Wer diesem Antrag zustimmen kann, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe die Zustimmung der FPÖ, der SPÖ und der NEOS, der ÖVP ebenfalls und der GRÜNEN, womit dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Gut. Damit haben wir die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns morgen zum Landtag.

Schönen Nachmittag.

*(Schluss um 13.24 Uhr.)*